



Stadtratssitzung

Donnerstag, 16. September 2010, 13.30, 17.00 und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK); Ersatzwahl	09.000085
2. Kleine Anfrage Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Wildwest-Kapitalismus vor der Reitschule? (SUE: Nause)	10.000203
3. Prüfungsauftrag Jahresbericht 2010 bis 2012: Wahl der verwaltungsunabhängigen Revisionsstelle (AK: Conzetti)	00.000643
4. Produktegruppen-Budget 2011 (Abstimmungsbotschaft) (FD: Friedli / FPI: Hayoz)	10.000057

Inhaltsverzeichnis	Seite
Protokoll Nr. 24	1043
Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.30 Uhr	1044
Mitteilungen des Präsidenten	1045
Traktandenliste	1045
1 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK); Ersatzwahl	1045
3 Prüfungsauftrag Jahresbericht 2010 bis 2012: Wahl der verwaltungsunabhängigen Revisionsstelle	1045
4 Produktegruppen-Budget 2011 (Abstimmungsbotschaft)	1047
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.45 Uhr	1078
4 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2011 (Abstimmungsbotschaft)	1079
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.45 Uhr	1099
4 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2011 (Abstimmungsbotschaft); Detailberatung	1100
Eingänge	1121

Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
 Peter Ammann
 Cristina Anliker-Mansour
 Vinzenz Bartlome
 Giovanna Battagliero
 Kathrin Bertschy
 Henri-Charles Beuchat
 Sonja Bietenhard
 Lea Bill
 Manfred Blaser
 Peter Bühler
 Rithy Chheng
 Conradin Conzetti
 Bernhard Eicher
 Susanne Elsener
 Regula Fischer
 Rudolf Friedli
 Judith Gasser
 Jeannette Glauser
 Simon Glauser
 Thomas Göttin
 Claude Grosjean
 Guglielmo Grossi

Beat Gubser
 Leyla Gül
 Kurt Hirsbrunner
 Jimmy Hofer
 Mario Imhof
 Roland Jakob
 Dannie Jost
 Ruedi Keller
 Vania Kohli
 Michael Köpfli
 Peter Künzler
 Lea Kusano
 Annette Lehmann
 Edith Leibundgut
 Daniela Lutz-Beck
 Martin Mäder
 Ursula Marti
 Corinne Mathieu
 Robert Meyer
 Christine Michel
 Patrizia Mordini
 Stéphanie Penher
 Halua Pinto de Magalhães

Pascal Rub
 Rahel Ruch
 Hasim Sancar
 Martin Schneider
 Alexandre Schmidt
 Silvia Schoch-Meyer
 Miriam Schwarz
 Tanja Sollberger
 Hasim Sönmez
 Barbara Streit-Stettler
 Luzius Theiler
 Aline Trede
 Gisela Vollmer
 Nicola von Greyerz
 Tanja Walliser
 Peter Wasserfallen
 Béatrice Wertli
 Manuel C. Widmer
 Rolf Zbinden
 Christoph Zimmerli
 Beat Zobrist

Entschuldigt

Rania Bahnan Buechi
 Dolores Dana
 Tania Espinoza
 Jacqueline Gafner Wasem

Lukas Gutzwiller
 Ueli Jaisli
 Stefan Jordi
 Daniel Klauser

Yves Seydoux
 Martin Trachsel
 Thomas Weil

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
 Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE
 Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Bettina Kläy, Ratssekretärin
 Annemarie Masswadeh, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
 Petra Hirt, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadtschreiberin

Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident: Herzlich willkommen zur ersten von drei Sitzungen heute. Besonders begrüßen möchte ich die Klasse von Martin Schneider auf der Tribüne. Ebenfalls besonders begrüße ich Alexandre Schmidt, den Nachfolger von Philippe Müller. Er ist Direktor der Eidgenössischen Alkoholverwaltung, 40 Jahre alt, Mitglied des Vorstands FDP der Stadt Bern, verheiratet und hat zwei Kinder.

Traktandenliste

Der Präsident: Traktandum 2 entfällt, der Gemeinderat ist am Montag nicht dazu gekommen, die kleine Anfrage zu behandeln. Die Traktanden 13, 14 und 15 werden gemeinsam behandelt. Es liegt ein Antrag zur Traktandenliste von nächster Woche vor, die FDP möchte die vorgesehene erste Sitzung mit „Kindertraktanden“ verschieben. Ich bitte Sie als Präsident, dem Antrag nicht zu folgen, weil dieser Termin schon sehr lange bekannt und auch auf der Jahresterminliste aufgeführt ist.

Ordnungsantrag Fraktion FDP (Bernhard Eicher)

Die Stadtratssitzung vom 23. September 2010, 14.00–15.15 Uhr wird abgesagt, die vorgesehenen „Kindertraktanden“ an einer späteren, ordentlichen Sitzung ab 17.00 Uhr behandelt.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag ab (28 Ja, 35 Nein).

1 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK); Ersatzwahl

Geschäftsnummer 09.000085

Beschluss

Der Stadtrat wählt für den zurückgetretenen Philippe Müller (FDP) die von der Fraktion FDP nominierte Dannie Jost, FDP, einstimmig als Mitglied in die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur.

- Das Traktandum 2 wird auf eine spätere Sitzung verschoben. -

3 Prüfungsauftrag Jahresbericht 2010 bis 2012: Wahl der verwaltungsunabhängigen Revisionsstelle

Geschäftsnummer 00.000643 / 10/231

Antrag Aufsichtskommission

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht der Aufsichtskommission vom 30. August 2010 betreffend Prüfungsauftrag Jahresbericht 2010-2012: Wahl der verwaltungsunabhängigen Revisionsstelle.

2. Er erteilt der BDO AG, Niederlassung Bern, den Zuschlag im Vergabeverfahren und wählt sie als verwaltungsunabhängige Revisionsstelle für die Dauer von 1. Oktober 2010 bis zum 31. Juli 2012 (Prüfung der Jahresberichte 2010 bis 2012).
3. Der Zuschlag erfolgt in Form einer beschwerdefähigen Verfügung; das Ratssekretariat wird mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt.

Bern, 30. August 2010

Referent AK *Conradin Conzetti* (GFL): Die AK beantragt Ihnen, für die Revision der Jahresberichte 2010 bis 2012 die Firma BDO zu wählen. Ich erläutere in drei Schritten, wie es dazu gekommen ist und mache anschliessend noch zwei kurze Nachbemerkenungen. Erstens: Die Gemeindeordnung schreibt gemäss den kantonalen Gesetzen vor: „Der Stadtrat wählt zu Beginn der Legislatur eine verwaltungsunabhängige Revisionsstelle als Organ der Rechnungsprüfung.“ Vor eineinhalb Jahren hat der Stadtrat auf Antrag der AK beschlossen, den Auftrag der bisherigen Revisionsgesellschaft um ein Jahr zu verlängern, weil damals die Frage offen war, ob der Stadtrat eventuell ein anderes System der Rechnungsrevision aufbauen möchte, dies im Zusammenhang mit der Untersuchung der Zusammenarbeit des Finanzinspektorats (FI) mit der Direktion BSS. Damals hat der Rat die AK aber auch beauftragt, auf jeden Fall bis zum September 2010 die Wahl einer Revisionsstelle für die restlichen drei Jahre der Legislatur vorzubereiten und das ist das, was jetzt vorliegt. Eine kurze Zwischenbemerkung zur Frage, ob der Rat die Finanzkontrolle grundsätzlich neu aufbauen sollte. – Das hängt zusammen mit einem Postulat Eicher, das dazumal überwiesen wurde: Die AK hat die Frage geprüft, auch im Gespräch mit dem Gemeinderat, und ist zum Schluss gekommen, dass ein grundsätzlich anderer und neuer Aufbau nicht nötig und nach kantonalem Recht auch fast nicht möglich sei, dass aber innerhalb des jetzigen Systems Verbesserungen angebracht sind. Das Postulat liegt beim Gemeinderat. Der zweite Schritt: Die Fachstelle für das Beschaffungswesen hat im Auftrag der AK und nach kantonalem Recht am 21. Juli 2010 die Ausschreibung vorgenommen. Es gibt ein Pflichtenheft mit 20 Seiten, mit Angaben zu den konkreten Aufgaben, zur Zusammenarbeit mit dem FI, mit den formalen und inhaltlichen Anforderungen an die Revisionsstellen, die Kriterien des Zuschlags und den Terminplan. Auf Grund der Diskussionen im Rat wie auch in unserer Kommission haben wir in diesen Aufgabenkatalog eine Neuerung eingefügt, nämlich, dass der Stadtrat zur Prüfung der Jahresrechnung bis zu 15 Arbeitstage zusätzliche Prüfungen einsetzen kann. Wir meinen, das erweitert die Möglichkeiten des Parlaments, direkt Prüfungen zu veranlassen. Diese Tage sind frei einsetzbar, für sie besteht ein Kostendach. Der dritte Punkt: Bis zum Abgabetermin am 18. August 2010 sind fünf Angebote eingegangen. Eine Delegation der AK und der Leiter der Fachstelle Beschaffungswesen haben die Angebote überprüft, sie erfüllen alle die fünf Eignungskriterien. Die Angebote liegen in der Spanne zwischen 105'000 und 285'000 Franken für die drei Jahre. Gemäss Ausschreibung muss der Zuschlag an das preisgünstigste Angebot gehen, folglich hat die AK beschlossen, dem Stadtrat die Wahl des Angebots für 105'000 Franken zu empfehlen, dem der Firma BDO. Die zusätzlich bereitgestellten Arbeitstage werden mit 1'270 Franken pro Tag berechnet. Die BDO AG ist eine Mitgliedfirma des internationalen BDO-Netzwerks, mit Schweizer Hauptsitz in Zürich. Sie führt viele kantonale und auch gemeindliche Revisionen durch, ist also erfahren in der Prüfung von Rechnungen der öffentlichen Hand. Die Nachbemerkenungen: Die AK war mit der Arbeit der bisherigen Revisionsfirma sehr zufrieden und sie dankt der KPMG für die in den letzten Jahren geleistete Arbeit. Zugleich aber begrüsst sie aus grundsätzlichen Überlegungen, dass es jetzt einmal zu einem Wechsel der Firma kommt. Und zweitens: Die AK war erstaunt über die finanzielle Spannweite der Angebote. Ihr ist bewusst, dass das BDO-Angebot ausserordentlich günstig ist. Bis anhin hat der Stadtrat jährlich über 80'000 Franken für die externe Revision eingesetzt, neu sind es 35'000

Franken pro Jahr. Die AK beantragt Ihnen einstimmig, die BDO AG für diesen Auftrag zu wählen und ich füge im Namen der Fraktion an: Auch wir unterstützen den Antrag.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt den Anträgen 1-3 der AK zu (49 Ja, 0 Nein).

4 Produktegruppen-Budget 2011 (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 10.000057 / 10/216

Gemeinderatsantrag

1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit den Produktegruppen-Budgets für das Jahr 2011, der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 999 985 421.14 ausgeglichen ist, wird den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen mit folgenden Festlegungen:
 - die Steueranlage beläuft sich unverändert auf das 1,54-fache der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze,
 - die Liegenschaftssteuer beträgt weiterhin 1,5 Promille des amtlichen Werts,
 - die Hundetaxe je Hund und Jahr beträgt wie bisher Fr. 100.00.
2. Der Stadtrat genehmigt das Produktegruppen-Budget 2011 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben zu Handen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.
3. Er bereinigt und genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.

Bern, 23. Juni 2010

Der *Präsident*: Wir führen zuerst eine Grundsatzdebatte, mit den Fraktionserklärungen. Am Ende der Grundsatzdebatte wird über den Rückweisungsentscheid FDP bzw. über Eintreten abgestimmt. In der Detailberatung gehen wir die Anträge der Reihe nach durch.

Referent Finanzdelegation (FD) *Rudolf Friedli* (SVP): Der Gemeinderat legt uns ein ausgeglichenes Produktegruppen-Budget (PGB) mit einem Aufwand und einem Ertrag von je knapp 1 Mia. Franken vor, bei einem unveränderten Steuersatz von 1.54. Auf dem Bilanzfehlbetrag ist eine Abschreibung von 12.5 Mio. Franken budgetiert oder einfacher gesagt: Der Gemeinderat will nur 12.5 Mio. Franken altrechtliche Schulden abbauen, nur die Hälfte der dritten und letzten ausserordentlichen Gewinnablieferung von ewb. Warum will er nur so wenige Schulden zurückzahlen? Er begründet es damit, dass es eine kantonale Steuergesetzrevision gebe, die auf 2011 Wirkung zeigen werde. Gemäss Beschlüssen des Grossen Rats ergibt sich für die Stadt Bern ein Ertragsausfall von gut 10 Mio. Franken. Andererseits sind im Budget auch Mehrkosten von rund 2 Mio. Franken für einen Leistungsausbau aufgenommen.

Der Gemeinderat schreibt, das Budget habe nur dank den gekürzten Globalvorgaben, also dank den Budgetweisungen, die er der Verwaltung erteilt hat, und dank dem Verzicht auf eine Teuerungsanpassung der Löhne ausgeglichen gestaltet werden können. Aber das ist nicht alles; es ist deshalb ausgeglichen, weil der Gemeinderat wie erwähnt nur 12.5 Mio. Franken der Schulden zurückzahlen will. Es fragt sich deshalb bereits jetzt, ob genug eingespart wurde. Die FD hat lange darüber diskutiert, ob nicht die vollen 25 Mio. Franken für die Schuldendrückzahlung eingesetzt werden müssten. Das würde bedeuten, bei den Ausgaben 12.5 Mio. Franken einzusparen, also den Gürtel noch enger zu schnallen. Immerhin könnte man so auch Schuldzinsen einsparen. Einige FD-Mitglieder meinten aber, es bestehe kein Grund zur Eile, die Stadt habe ja einen Vorsprung gegenüber dem langfristigen Schuldentrückzahlungsplan. Die FDP hat bereits in der FD beantragt, der Stadtrat solle das Budget an den Gemein-

derat zurückweisen, mit der Auflage, 25 Mio. Franken Schulden zurückzuzahlen und trotzdem ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Dieser Antrag wurde mit 2 Ja gegen 4 Nein abgelehnt.

Zu einem anderen Thema: Der Teuerungsausgleich für das Personal ist nicht budgetiert, weil die Prognosen einen Anstieg von weniger als einem Prozent erwarten lassen, womit gemäss Personalreglement ein Ausgleich nicht zwingend erfolgen muss. Manche Mitglieder der FD finden es richtig, den Teuerungsausgleich nicht zu gewähren, weil die Stadt nach wie vor in einem finanziell engen Korsett sei, andere meinten, die Stadt solle den Teuerungsausgleich gewähren, weil dies die Kaufkraft erhalte. Irrtum vorbehalten liegt ein entsprechender Erhöhungsantrag vor und ich werde die Haltung der FD anlässlich seiner Beratung darlegen.

Auch das Thema „Neue Stellen“ war in der FD ziemlich präsent. Mit Ausnahme von durch Dritte oder vollumfänglich über den kantonalen Lastenausgleich finanzierten Stellen sind praktisch keine neuen Personaleinheiten budgetiert. Zusätzliche Stellen beanspruchen aber gleichwohl 1.2 Mio. Franken, davon 0.4 Mio. Franken drittfianziert. 290'000 Franken beansprucht der Ausbau von PINTO, das ist Bestandteil des Sicherheitsinitiative-Gegenvorschlags, den das Volk ja angenommen hat. Aber nach Abzug von PINTO bleiben immer noch 900'000 Franken. Zieht man die 0.4 Millionen der Drittfianzierung ab, bleibt immer noch eine halbe Mio. Franken, die der Gemeinderat für neue Stellen ausgeben will. Der Kanton Bern, dies zum Vergleich, schafft keine einzige neue Stelle. Dort gibt es der prekären Finanzlage wegen einen absoluten Personalstopp. Auch zu den Stellen liegen Anträge vor und auch dazu werde ich die Haltung der Delegation in der Detailberatung bekannt geben, so weit die Anträge der FD überhaupt vorlagen.

Kommen wir noch zur Ertragsseite. Der budgetierte ordentliche Steuerertrag sinkt gegenüber dem Budget 2010 unter Berücksichtigung der kantonalen Steuergesetzrevision um 25 Mio. Franken. Das ist zurückzuführen auf massiv eingebrochene Steuern bei den juristischen Personen, wobei die Steuerteilungen bereits berücksichtigt sind. Man muss gegenüber dem Budget 2010 eine Einbusse von 52 Mio. Franken gewärtigen und das ist sehr betrüblich. Der Ertrag bei den natürlichen Personen dagegen steigt unter Einbezug der Steuerteilungen um 26 Mio. Franken. Ein Merci also an die natürlichen Personen in der Stadt Bern. Betreffend Abgeltung der Zentrumslasten des Kantons an die Stadt anerkennt der Kanton grundsätzlich, dass höhere Kosten entstehen als abgegolten werden, aber er will diese Kosten erst mit der Revision des FILAG-Gesetzes per 2012 anpassen, das ist ärgerlich. Der Gemeinderat muss seinen Druck auf den Kanton in dieser Sache aufrechterhalten, damit wir in Zukunft besser abgegolten werden. Bei den Beiträgen für die eigene Rechnung hat der Gemeinderat eine höhere Gewinnablieferung von ewb in der Höhe von 2 Mio. Franken und bei den StaBe von 1.3 Mio. Franken budgetiert.

Auf S. 18 des Budgets sind die wesentlichen Merkmale nach funktionaler Gliederung aufgeführt. Bei Kultur und Freizeit steigt der Gesamtaufwand um 1.4 Mio. Franken, insbesondere wegen stark erhöhter Heiz- und Nebenkosten für die Sportanlagen und wegen des Defizitdeckungsbeitrags an den Verein Eiskunstlauf-Europameisterschaften 2011. Das lässt sich nicht mehr rückgängig machen, das haben wir so beschlossen. Für die Kulturförderung sind 200'000 Franken mehr budgetiert. Die soziale Wohlfahrt beansprucht fast 90 Mio. Franken, voraussichtlich fast 10 Mio. Franken oder 12% mehr als im laufenden Jahr. Das ist konjunkturell bedingt: Wegen der schlechten Wirtschaftslage wachsen z.B. die Auslagen im Sozialhilfereich um fast 5 Mio. Franken. Bei Umwelt und Raumordnung steigt der Gesamtaufwand um 600'000 Franken, allein bei der Raumplanung ist es eine halbe Mio. Franken. Bei der Arealplanung und bei der Stadterweiterung sollen Stellen aufgestockt werden, das soll knapp 280'000 Franken kosten. Es gibt Anträge, diese Aufstockungen nicht zu gewähren, ich werde die Haltung der FD in der Detailberatung erklären.

Es gibt auch einen Leistungsabbau. Der Gemeinderat hat allen Direktionen einen Sparauftrag in Form einer Reduktion der Globalvorgabe um 10 Mio. Franken erteilt, damit gestützt auf den IAFP ein ausgeglichener Voranschlag präsentiert werden kann. Die Direktionen haben den Auftrag umgesetzt, in den Direktionsübersichten und in den Kommentaren sehen Sie die Aussagen, die im Zusammenhang mit dieser Umsetzung gemacht werden. Teilweise gab es Kostenreduktionen auch bei den Leistungen. Beispielsweise wird auf die Durchführung der autofreien Sonntage verzichtet und auf den nicht benötigten Pool für Praktikumsplätze für Lehr- und Studienabgänger, das Projekt Hängebrücke soll geschlossen und der Filmförderungskredit stark gekürzt werden. Zu fast allen dieser Kürzungen liegen aber Aufstockungsanträge vor und so läuft offenbar das Spiel: Der Gemeinderat nimmt ein paar Brocken raus, weiss aber ganz genau, dass seine linke Mehrheit im Stadtrat diese Gelder wieder ins Budget reinpacken wird. Verschoben oder verzögert werden Bauprojekte und Ersatzanschaffungen, nur fragt es sich, ob es sinnvoll ist, Sanierungen zu verschieben oder nicht durchzuführen, um das Budget zu schonen. Das wird sich vielleicht rächen, weil später mehr kaputt ist und saniert werden muss.

Verschiedene Projekte wurden gestrichen oder reduziert, z.B. „DuSeischWoDüre“, MuKi-Deutsch oder die Ferieninsel. Gekürzt worden ist – das ist bemerkenswert – auch die Freibadsaison, um je eine Woche am Anfang und am Schluss. Auch hier gibt es Anträge, das wieder rückgängig zu machen und auch dazu werden wir uns später äussern.

Ich möchte noch einmal auf die Abschreibung des Bilanzfehlbetrags zurückkommen bzw. auf die Schuldentrückzahlungsrate von 12.5 Mio. Franken. Die anderen 12.5 Mio. Franken will man ganz einfach für den Konsum verwenden. In der FD haben sich einige gefragt, warum man nicht den ganzen Betrag von ewb für die Schuldentrückzahlung aufwendet, damit wir Ende 2011 keine Schulden mehr haben, und dafür das Budget noch einmal um 12.5 Mio. Franken kürzt. Der IAFP sagt auf den Seiten 16-20, dass wir ab 2012 bereits wieder neue Defizite haben werden, im 2012 28 Mio. Franken, im 2013 22 Mio. Franken und 2014 25 Mio. Franken. In diesen drei Jahren werden wir also voraussichtlich schon wieder 75 Mio. Franken Defizit aufhäufen. Das ist gigantisch und macht viele der Sparanstrengungen zunichte. Da verlangen natürlich einige, man solle schon im 2011 mit Sparen anfangen, damit wir es später ein wenig einfacher haben. Der IAFP sagt auf den Seiten 16-20 auch, dass die Gewinnablieferung der StaBe sinken wird und dass in der Produktegruppe „Liegenschaften im öffentlichen Interesse“ grosse Sanierungen notwendig sind, die zu Folgekosten führen werden. Und ewb wird uns wie gesagt keinen ausserordentlichen Gewinn mehr abliefern. Das sind alles schlechte Aussichten, die uns alarmieren und die uns dazu anhalten sollten, im Budget 2011 noch mehr zu sparen. Zumindest ist dies die Ansicht eines Teils der Mitglieder der FD. Dazu kann man vielleicht auch noch erwähnen: Wenn wir jetzt 25 Mio. Franken und nicht nur 12.5 zurückzahlen würden, so könnten wir auch Schuldzinsen einsparen. Bei einem Prozent macht das 125'000 Franken. Die Verwaltung hat uns erklärt, man könnte mit einem theoretischen Zinssatz von 2.8% rechnen, was bereits eine Einsparung von 250'000 Franken ergäbe und das finde ich einen beträchtlichen Betrag. Die FD hat den Rückweisungsantrag der FDP auch unter diesem Aspekt gewürdigt, aber letztlich gegen eine Rückweisung entschieden. Die Mehrheit hat gefunden, in den vergangenen habe der IAFP immer Defizite prognostiziert, er sei einfach eher pessimistisch ausgerichtet und könne nicht die Begründung sein, um im Voraus einen Grenzwert festzulegen, man wisse ja noch gar nicht, wie nötig es wirklich sein werde, auf die Bremse zu treten. Ich persönlich finde dieses Verhalten fahrlässig: Der IAFP ist doch gerade dazu da, dass wir früh genug auf die Bremse treten.

Und zum Schluss möchte ich sagen: Ich hoffe, es gibt eine konstruktive und nicht eine obstruktive Budgetberatung.

Fraktionserklärungen

Hasim Sancar (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion GB/JA! dankt den Angestellten der Verwaltung und den Kommissionsmitgliedern ganz herzlich für die Vorbereitungsarbeit des PGB 2011. Trotz konjunkturellem Tief, trotz des harschen Windes, der uns vom Kanton mit Steuergeschenken an die Reichen entgegen bläst, ist das Budget 2011 ausgeglichen und bietet eine gute Grundlage für eine konstruktive Behandlung. Es beläuft sich auf rund eine Milliarde Franken, mit ausgeglichenem Aufwand und Ertrag, bei einer unveränderten Steueranlage von 1.54. Auf dem Bilanzfehlbetrag ist eine Abschreibung von 12,5 Mio. Franken budgetiert. Damit wird nur die Hälfte der dritten und letzten ausserordentlichen Gewinnablieferung von ewb zur Tilgung der altrechtlichen Schulden verwendet. Dies ist trotz stark abnehmenden Einnahmen bei den juristischen Personen von ca. 52 Mio. Franken und dank des um ca. 26.5 Mio. Franken steigenden Ertrags durch die Abgaben der natürlichen Personen möglich. Die Strategie der Wohnbauförderung und der Stadterweiterung tragen ihre Früchte. Mit anderen Worten: Die natürlichen Personen, die 76% des ordentlichen Steuerertrags erbringen, sind die treuesten Klientinnen der Steuerverwaltung, zu denen wir mit einem guten, bedarfsorientierten Service public Sorge tragen müssen und dies auch können.

Leider können wir, wie bereits erwähnt, nur die Hälfte der ausserordentlichen Gewinnablieferung von ewb für die Abschreibung des Finanzfehlbetrags verwenden. Ein Grund sind das von den gut bonierten Managern verursachte konjunkturelle Tief sowie eine massive Einbusse der Steuereinnahmen von den juristischen Personen. Ein weiterer Grund ist die vom bürgerlich dominierten Grossrat schon zum zweiten Mal erwirkte Steuerreduktion für Reiche. Diese bedeutet ca. 10 Mio. Franken Steuerausfälle für die Stadt Bern. Die Fraktion GB/JA! setzt sich für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ein, die ökologisch und sozial ausgerichtet ist. Die Steuerausfälle, die uns der Grosse Rat eingebrockt hat, schränken die nachhaltige Finanzpolitik der Stadt massiv ein. Wir haben deshalb die Initiative „Faire Steuern – für Familien“ mit lanciert. Die Initiative soll die Auswirkungen der Steuergesetzrevision finanz- und sozialpolitisch tragbar machen.

Wir sehen auch, dass das Rating von Moody's dieses Jahr dem Stadtberner Budget wiederum eine gute Note gegeben hat und das ist ja durchaus erfreulich.

Wenn nun die FDP mit ihrem Rückweisungsantrag die Budgetbehandlung blockieren will, macht sie sich die Arbeit allzu einfach und wertet die Arbeit ihrer für die Finanzen zuständigen Gemeinderätin gewaltig ab. Wir lehnen diesen Antrag entschieden ab. Die FDP muss ein Stück zurück schauen und sich die Frage stellen, wann sie, wenn überhaupt, letztmals die Arbeit ihrer Gemeinderätin anerkannt und gewürdigt hat und nicht mit schrägen Anträgen in die Budgetbehandlung gekommen ist – und dies sogar, als die Stadt Bern 68 Mio. Franken sparte und damit Schulden abbauen konnte.

Auch dieses Jahr bezahlt die Stadt Bern als Milchkuh 7.2 Mio. Franken mehr als im Vorjahr für den Finanzausgleich, obwohl die Abgeltungen der Zentrumslasten an die Stadt Bern unverändert auf 32.1 Mio. Franken bleiben, was wir stossend finden. Einmal mehr bezahlen die Einwohner der Stadt Bern für die anderen Gemeinden. Die bürgerlichen Grossräte beabsichtigen offensichtlich, die Stadt Bern finanziell in die Knie zu zwingen. Der Gemeinderat trägt da eine grosse Verantwortung und wir erwarten, dass er mit dem Kanton hart verhandelt und eine faire Abgeltung für Zentrumslasten (FILAG) verlangt.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist beim Sparen Vorsicht geboten. Wir haben in guten Zeiten gut gespart und haben einen erheblichen Vorsprung für das Tilgen des Finanzfehlbetrags, obwohl wir elf Sparrunden durchgemacht und die Schmerzgrenze bei den Sparübungen überschritten haben. Wir sollten unsere Hausaufgaben und die Verantwortung in sozialen und ökologischen Bereichen nicht vernachlässigen und nicht einer Sparhysterie zum Opfer fallen. Das vorgelegte PGB 2011 entspricht nicht ganz unseren Vorstellungen, dennoch können wir

es als Basis für die Behandlung akzeptieren und darauf aufbauend mit einigen Anträgen Korrekturen vornehmen. Autofreie Sonntage sollen in Bern die Luft und das Klima schonen, neue Mobilitätsformen aufzeigen und einen Beitrag an unsere Gesundheit leisten. Bis heute hat der Gemeinderat leider nicht gehandelt und weder die interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP von 2004 noch den angenommenen Antrag vom letzten Jahr umgesetzt. Die Fraktion GB/JA! verlangt die Realisierung von zwei autofreien Sonntagen, die uns knapp Fr. 377'000 kosten. – Die ökologischen Anliegen sind diesen Betrag wert!

Die Sicherheitskosten von 150'000 Franken im BärenPark belasten Jahr für Jahr das Stadtbudget zusätzlich, obwohl die Stadt die höchsten Sicherheitsbeiträge an Police Bern bezahlt. Wir haben dazu eine Lösung vorgeschlagen, die uns aus diesem Dilemma herausholen würde: Die Sicherheitskosten für den BärenPark sollten vorläufig den StaBe belastet werden. Bei der Verhandlung des Ressourcenvertrags, die auf dem angenommenen Gegenvorschlag der Sicherheitsinitiative basieren, sollte dieser Betrag vom Gesamtbetrag an den Kanton abgezogen werden.

Die Fraktion GB/JA! begrüsst die Investitionen für 40 neue Kinderbetreuungsplätze, dies reicht uns aber nicht, wenn 700-800 Kinder auf einen familienexternen Betreuungsplatz warten. Wir möchten zusammen mit der SP/JUSO-Fraktion 40 zusätzliche Kita-Plätze einrichten, damit wenigstens für einen Teil dieser Kinder das Warten ein Ende hat. Die Kosten von 500'000 Franken sind gut investiertes Geld.

Das städtische Personal musste auf den Teuerungsausgleich verzichten, was unseres Erachtens inakzeptabel ist, denn die städtischen Angestellten arbeiten hart und gut und verdienen diesen Ausgleich. Mit unserem Antrag für eine Erhöhung von „Leistungen für die Verwaltung“ um 1.4 Mio. Franken sollten der Teuerungsausgleich oder eine Lohnerhöhung gewährleistet werden. Das würde auch helfen, die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Das Einfrieren der Löhne ist Gift und bremst den Aufschwung.

Zu den Anträgen der anderen Parteien und Kommissionen werden wir bei der Detailbehandlung Stellung nehmen. Ich möchte an dieser Stelle explizit erwähnen, dass wir den Antrag der AK für die Erhöhung der Ressourcen für Ombudsmann und Datenschutzbeauftragten von 50'000 Franken für nötig erachten und annehmen werden. Das tragische Ereignis in Biel hat uns wieder Recht gegeben. Die Stadt Bern hat mit der Anstellung eines Ombudsmanns, der seine Arbeit übrigens seriös und sehr gut macht, richtig gehandelt. Wir können auf unsere Vorreiterrolle im Kanton Bern stolz sein, was auch die Presse bestätigt hat. Doch leider hat der Kanton Bern eine solche Stelle sogar nach der Kantonalisierung der Polizei dezidiert abgelehnt und kommt jetzt in der Öffentlichkeit in eine Rechtfertigungsnotlage. Wir hätten gewünscht, dass uns dieses tragische Ereignis, der Ärger und der Aufwand erspart geblieben wären.

Die Fraktion GB/JA! lehnt den Rückweisungsantrag der FDP ab und wird voraussichtlich dem Produktegruppen-Budget 2011 zustimmen. Das StaBe-Budget und die Abstimmungsbotschaft zum PGB 2011 nehmen wir zustimmend zur Kenntnis.

Annette Lehmann (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO steht hinter dem Budget des Gemeinderats. Wir möchten an dieser Stelle der Verwaltung und den Kommissionsmitgliedern für ihre Arbeit danken. Wir sind ausserdem froh, dass die Finanzdirektorin heute da ist, wir begrüssen es, dass sie ihre Reise nach New Bern verschoben hat. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass sie bei dieser Debatte anwesend ist, die Haltungen der Parteien und Fraktionen anhört, Fragen beantworten und bei wichtigen Anträgen zumindest heute reagieren kann. Alles andere wäre unseriös und unverständlich.

Wir haben erneut ein ausgeglichenes Budget. Das zeigt, dass unsere rot-grüne Stadt eine solide und weitsichtige Finanzpolitik betreibt. Wir können weiterhin den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag abbauen, Ende 2010 beträgt er noch 25 Mio. Franken und Ende 2009 hatten wir

bereits einen Vorsprung von 116.1 Mio. Franken auf die Vorgabe des Kantons. Wir haben ein nahezu konstantes Ausgabenniveau und zum dritten Mal wird der Stadt Bern in der Kreditwürdigkeitsanalyse im Moody's-Rating der dritthöchste Rang vergeben. Wir begrüssen die Investitionen in die familienexterne Kinderbetreuung, in die Bildung, in den öV, in den Lärmschutz, in die Kultur. Es gibt aber auch Wermutstropfen bzw. Einnahmeverluste, die schmerzen. Die vom Grossen Rat beschlossene Steuergesetzrevision führt zu Mindereinnahmen von 10.2 Mio. Franken. Dies hat unter anderem dazu geführt, dass Investitionen verschoben werden müssen, die wir als sehr wichtig erachten, z.B. Neugestaltungen von Quartierplätzen. Sie führt aber auch zu anderen Einsparungen und zu neuen Sparrunden, die die Verwaltung und auch die Bevölkerung schmerzen werden. Trotz praktisch gleich bleibendem Leistungsniveau müssen wir Federn lassen, dank der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat.

Wir nehmen den Ruf nach Ausgabendisziplin ernst. Die Fraktion SP/JUSO zeigt dies auch beim Einreichen von kostenrelevanten Vorstössen, wir haben in letzter Zeit weitgehend darauf verzichtet. Aber wir finden gleichzeitig, dass es auch in schwierigen Zeiten oder gerade dann wichtig ist, in unsere Zukunft zu investieren. Jetzt sparen zu wollen, ist absolut fehl am Platz, vor allem auch, weil wir ja einen sehr grossen Vorsprung haben beim Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags. Wir können nicht stehen bleiben und vor lauter Sparmassnahmen unsere Aufgaben als Parlament vernachlässigen. Wir machen so bestimmt keine zukunftsgerichtete Finanzpolitik und wir haben auch eine soziale Verantwortung. Darum hat die Fraktion SP/JUSO drei Anträge zum Budget gestellt. Sie sind sehr moderat und wir beschränken uns auf Themen und Projekte, von denen wir der Meinung sind, dass wir Einsparungen nicht vertreten können. Wir setzen den Schwerpunkt bei den Kindern und Jugendlichen und bei den Familien. Sie sehen unsere drei Anträge in der Synopse. Kurzfristig haben wir auch noch einen Gegenantrag zum Stadtplanungsamt beschlossen und eingereicht. Der Antrag der Finanzdelegation und der SVP dazu ist fahrlässig. Wir werden auch einzelnen weiteren Anträgen aus Kommissionen oder Parteien zustimmen, die Begründung für Zustimmung oder Ablehnung liefern wir jeweils in der Debatte. Den Rückweisungsantrag der FDP nehmen wir aus den vorher genannten Gründen nicht an. Wir sind der Meinung, dass es unter den gegebenen Voraussetzungen völlig in Ordnung ist, wenn nur die Hälfte der zusätzlichen Gewinnablieferung von ewb für den altrechtlichen Finanzfehlbetrag verwendet wird.

Wir begrüssen es sehr, dass die SVP dieses Jahr seriöser Anträge gestellt hat, natürlich wieder ohne Diskussion in den Kommissionen, aber immerhin zeitgerecht und in überschaubarer Menge. Der Antrag 57a, zu den Steuereinnahmen der natürlichen Personen, ist fast schon originell. Wir möchten dazu anmerken, dass die Finanzverwaltung bei den Steuereinnahmen immer sehr vorsichtig budgetiert. Wir werden also auch diesen Antrag ablehnen. Mit Freuden haben wir festgestellt, dass die FDP keinen Antrag auf Steuersenkung stellt. Vielleicht ist ja auch sie zur Erkenntnis gekommen, dass Steuersenkungen allein nicht die Lebensqualität einer Stadt ausmachen. Vielleicht haben sie im Sommer aber auch die verschiedenen Studien gelesen, z.B. der Uni Genf oder der Uni Basel, in denen deutlich zum Ausdruck kommt, was die SP schon lange sagt: Den Kantonen, die Steuern gesenkt oder die Erbschaftssteuer abgeschafft haben, geht es nicht besser, sondern schlechter als vorher. Noch ein paar Worte zu den Anträgen der GLP: Die Pauschalanträge zu Sozial-, Schul- und Jugendamt können wir schlicht nicht verstehen. Beim Jugendamt ist nicht einmal eine Begründung aufgeführt. Die drei Anträge zeigen sehr klar auf, wo die GLP ihre Schwerpunkte eben gerade nicht setzt. Sie wollen die Betreuung und die Bildung der Kinder privatisieren, der Markt soll spielen. Das verschlechtert die Arbeitsbedingungen und die Chancengleichheit für die sozial Schwächeren. Wir werden diese Anträge ablehnen. Fazit: Die Fraktion SP/JUSO steht hinter dem Budget 2011, wie es der Gemeinderat vorschlägt, nimmt den Ruf nach Ausgabendisziplin ernst, setzt sich aber trotzdem für ein paar Korrekturen im Bereich der Bildung und der familienexternen Kinderbetreuung, der Ökologie und der Arbeitsbedingungen ein.

Michael Köppli (GLP) für die Fraktion GLP: Auch die GLP möchte es nicht unterlassen, der Verwaltung, den Sachkommissionen und natürlich auch der Finanzdelegation für die Vorarbeit für das Budget zu danken. Wir denken, dass die FD langsam den Weg gefunden hat und eine wertvolle neue Institution ist. Das ausgeglichene PGB 2010 habe ich in meinem Votum vor einem Jahr als scheinheilig bezeichnet, das heute vorliegenden Budget ist nicht einmal mehr scheinheilig, sondern offensichtlich der Grundstein für eine Neuverschuldung. Im Gegensatz zum Vorjahr wird nicht einmal mehr die ganze ausserordentliche Gewinnablieferung von ewb für den Schuldenabbau verwendet, sondern man braucht die Hälfte, ganze 12.5 Mio. Franken, dafür, das Budget noch irgendwie ausgeglichen zu gestalten. Wir alle wissen, dass es die ausserordentlichen Gewinnablieferungen in Zukunft nicht mehr geben wird, das kann also offenbar keine nachhaltige Strategie sein. Das ist nicht irgend eine Prophezeiung, die ich in den Raum stelle, sondern im IAFP sieht man, dass in den kommenden Jahren eine Neuverschuldung in der Höhe von vielen zehn Mio. Franken absehbar ist und dass wir so sicher nicht weiterfahren können; sonst sind wir bald wieder dort, wo wir vor zehn oder 15 Jahren waren. Die Fraktion GLP wird dem Rückweisungsantrag der FDP zustimmen, dies darum, weil wir es grundsätzlich richtig finden, dass die Gewinnablieferung vollständig für den Schuldenabbau verwendet wird. Aber es gibt ein grosses Aber: Die FDP-Fraktion war die Fraktion, die bei der Behandlung des IAFP sämtliche Planungserklärungen der GFL oder/und der FD abgelehnt und gesagt hat, sie wolle dann beim Budget sparen. Obwohl genau beim IAFP dem Gemeinderat mit Planungserklärungen Signale gegeben werden, wo er bis zum Budget sparen und wie er für ein besseres Budget sorgen soll. Wir haben ein gewisses Verständnis, wenn einzelne Fraktionen heute dem Rückweisungsantrag aus diesem Grund nicht zustimmen, aber wir stehen inhaltlich dahinter. Wir machen uns aber keine Illusionen, der Antrag wird keine Chance haben und aus diesem Grund haben wir auch eigene Anträge eingereicht und werden im Rahmen der ordentlichen Budgetdebatte für ein nachhaltiges Budget kämpfen. Zu den einzelnen Anträgen werden wir in der Detailberatung Stellung nehmen.

Ganz allgemein möchte ich sagen: Das Problem, das wir schon letztes Jahr bemerkt haben, bleibt bestehen, es ist für ein Milizparlament, wie wir es sind, schwierig einzuschätzen, wo wie viel Sparpotenzial vorhanden ist oder wo vielleicht auch mehr Ressourcen notwendig sind. Unser Informationsstand kann nicht der gleiche sein wie der der Verwaltung oder des Gemeinderats. Wir haben darum schon letztes Jahr, das hat die SP vorhin angesprochen, Einsparungen bei gewissen Globalbudgets verlangt. Sie sind nicht einfach zufällig ausgewählt, sondern es sind die Globalbudgets oder Dienststellen, die in den letzten Jahren stark überproportional gewachsen sind. Es geht uns nicht darum, beim Schulamt, bei den Kindern oder bei den Jugendlichen zu sparen, es geht uns um den Verwaltungsapparat. Hören Sie sich um: In letzter Zeit haben sich beispielsweise immer mehr Lehrer in der Öffentlichkeit darüber beschwert, der Verwaltungsapparat werde immer grösser und belästige sie mehr, als er sie in ihrer Arbeit unterstütze. Man kann dort also Geld sparen, ohne dass dies auf Kosten der Schüler geht. Wir haben wie erwähnt bereits letztes Jahr gesagt, wir seien davon überzeugt, dass beim Verwaltungsapparat Sparpotenzial vorhanden sei und siehe da, wir hatten Recht: Der Gemeinderat hat uns im Vorfeld der heutigen Debatte eine Tabelle zugestellt, in der er aufzeigt, welches seine ersten Massnahmen zur Erreichung des Budgets sind, nämlich Sparmassnahmen in der Grössenordnung von rund 10 Mio. Franken. Allein hunderttausende von Franken konnten eingespart werden durch Massnahmen wie „Weniger Drucksachen“, „Tiefere Sachkosten“, „Einsparungen bei Porti“, „Reduktion Büromaterial“ etc. – Allesamt Einsparungen, die die Bernerinnen und Berner nicht spüren werden. Ohne den notwendigen Budgetdruck hätte die Verwaltung diese Einsparungen nicht gemacht, das Geld jahrein, jahraus ausgegeben und so Steuergelder verkleckert. In der Tabelle fällt ein wichtiges Detail auf: Einsparungen in der Art, wie ich sei eben angesprochen habe, sind vornehmlich in der PRD, der

SUE und der FPI gemacht worden. Insofern soll diesen Direktionen auch ein gewisses Lob ausgesprochen werden. Ansatzweise ist es auch bei der TVS der Fall. Überhaupt nicht der Fall ist dies aber bei der BSS. Dort schliesst man lieber die Bäder, streicht erfolgreiche externe Projekte oder verkauft den Wegfall der Kinderzulage für Nicht-Erwerbstätige als Sparmassnahme. Aber das ist keine Sparmassnahme, sondern eine Änderung einer nationalen Vorgabe. Auch die Reduktion der Mietkosten in Absprache mit den StaBe ist keine Sparmassnahme, sondern da wird einfach ein wenig Geld der Stadtberner Steuerzahler herumgeschoben. Beim Verwaltungsapparat der BSS, der seit Jahren mit Abstand am meisten wächst, wurde wieder praktisch nichts gespart. Aus diesem Grund fordert die GLP auch dieses Jahr wieder substantielle Kürzungen bei dieser Direktion. Wir haben aber auch bei anderen Direktionen (moderate) Sparanträge eingereicht. Völlig unverständlich ist für uns das Vorgehen von GB und SP, die das Budget, das jetzt schon nicht nachhaltig ist, aber mit einem Trick ausgeglichen gestaltet werden konnte, noch ausbauen wollen und sich offensichtlich keine Gedanken dazu machen, wie man das künftig finanziert. Das ist verantwortungslos und führt in Zukunft zu einer massiven Neuverschuldung. Die GLP will das nicht verantworten. Wir wollen unseren Nachkommen möglichst viel Handlungsfreiheit ermöglichen; dazu braucht es eine intakte Umwelt, aber eben auch gesunde Finanzen. Das bereits erwähnte Moody's-Ranking, das ist richtig, ist grundsätzlich positiv, der Gemeinderat hat das ja auch gross verkündet, es gibt aber eine grosse Kritik, nämlich die vergleichsweise grosse Schuldenlast der Stadt, dort besteht Handlungsbedarf. Leider werden wir heute und nächste Woche wieder viele Stunden debattieren, aber ändern wird sich nicht viel. Die GLP stellt darum auch in Frage, ob die Budgetdebatte wirklich der richtige Moment ist, um den Finanzhaushalt der Stadt in unserem Sinn zu beeinflussen, oder ob man nicht viel früher ansetzen müsste. Es wurde der IAFP genannt, aber für uns noch viel wichtiger wären institutionelle Vorgaben wie z.B. eine Schuldenbremse, wie sie auf kantonaler und auf Bundesebene bereits erfolgreich eingeführt ist. Wir haben deshalb dieses Frühjahr eine parlamentarische Initiative für eine Schuldenbremse eingereicht, die wahrscheinlich gegen Ende Jahr in den Rat kommt, und wir hoffen sehr, dass sie hier Unterstützung findet. Wir werden aber auch darüber diskutieren und Wege suchen, damit der Stadtrat bereits beim IAFP eine verbindliche Mitsprache hat und nicht nur Planungserklärungen abgeben kann. In anderen Gemeinden oder Kantonen ist dies der Fall. Die Aufgabe des Parlaments wäre doch eigentlich, dem Gemeinderat die langfristigen Strategien vorzugeben und nicht, im Rahmen des Budgetprozesses ein wenig herum zu schrauben, aber im Moment haben wir leider keine anderen Möglichkeiten. Zusammenfassend: Die GLP wird der Rückweisung der FDP zustimmen, ohne Hoffnung, und wird, wenn es doch zu einer Debatte kommt, dem Budget nur zustimmen, wenn substantielle Einsparungen gemacht werden.

Und noch ein Appell an die Parteien von GFL bis SVP – wir schliessen uns da auch ein, wir haben das vielleicht auch zuwenig gesucht: Diese Parteien, die im Rat eine Mehrheit hätten, zeigen grundsätzlich Sparwillen und wir sollten diese Koalition der Vernunft nutzen für das nächste Jahr, früher zusammensitzen und versuchen, einen Konsens finden, um das Budget in die richtige Richtung zu steuern. Was uns im Zusammenhang mit dem IAFP stört, ist die Neuverschuldung, die jeweils für die Folgejahre in Kauf genommen wird: Im IAFP 2011 sind es 20 Mio. Franken, im nächsten IAFP erscheinen die Schulden dann im Jahr 2012 usw. Das ist keine nachhaltige Finanzpolitik und darum stellen wir den Antrag zur Abstimmungsbotschaft, dass der IAFP über die ganzen vier Jahre ausgeglichen sein sollte und nicht immer nur für das kommende Jahr.

Peter Künzler (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Das diesjährige Budget ist geprägt von der schlechten Einnahmesituation, davon haben wir schon gehört. Man budgetiert fast 26 Mio. Franken weniger Einnahmen; hoffentlich kommt es nicht ganz so schlimm, man sollte immer daran denken, dass ein Budget erst einmal ein Prognose ist. Besonders unschön an diesem

Budget ist die Tatsache, dass ein Teil der ausserordentlichen Einnahmen von ewb nicht zur Tilgung unsere altrechtlichen Finanzbeträgen eingesetzt werden kann. In dieser Hinsicht haben wir ein gewisses Verständnis für den Rückweisungsantrag der FDP, wir werden ihn aber aus den folgenden Gründen nicht unterstützen: Das Grundproblem unserer gegenwärtigen Handhabung des Budgetprozesses, und mit „uns“ meine ich den Stadtrat, ist: Wir befassen uns alle viel zu kurzfristig mit dem Budget, das hat Michael Köpfler eben angesprochen. Es ist z.B. nicht realistisch, so kurz vor dem 1. Januar 2011, das Budget mit massiven Kürzungen zu befrachten. Man müsste bis zum 1.1.2011 das ganze Budget neu machen, und so weit Kürzungen Konsequenzen haben für Stellen, hätten wir bei einer Kürzung bereits Probleme mit den Kündigungsfristen. Aber die Stadt kann aus juristischen und auch aus sozialen Gründen doch nicht Leute ohne Einhaltung der Fristen kündigen! Und was Globalkürzungen betrifft: Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Budgetprinzipien eigentlich Globalkürzungen verbieten. Sie verlangen immer die Kürzung eines Betrags im Verhältnis zu einer definierten Leistung. All das ist anspruchsvoll, erlaubt aber dem Parlament, langfristig tatsächlich zu steuern. Und das Parlament nutzt diese Möglichkeit völlig ungenügend. Ein Grund dafür ist ganz einfach: Wenn man aufstockt oder nicht spart, fallen fast alle diese Schwierigkeiten weg. Niemand ärgert sich, wenn es mehr Geld gibt, sogar wenn theoretisch mehr Leistungen damit verbunden sind, personalrechtlich ergeben sich keine Konsequenzen. Wir müssen lernen, mit dem Budgetprozess besser und langfristiger umzugehen. Wir haben deshalb, mit anderen zusammen und im Zusammenhang mit dem IAFP, angestrebt, langfristig auf das Budget Einfluss zu nehmen. Wir haben Planungserklärungen formuliert und vorgelegt, aber die wurden abgelehnt, und zwar nicht nur von der Ratslinken, sondern eben auch von der FDP. Jetzt sind aus diesem Grund von uns aus gesehen nur noch geringfügige Korrekturen am Budget möglich. Grosse Korrekturen – das ist vergeben. Wir müssen rechtzeitig steuern, einen so grossen Dampfer, eine Milliarde pro Jahr, wenden wir nicht in eineinhalb Monaten.

Wir streben strategisch – um jetzt ein wenig voraus zu schauen – generell nicht einen Abbau des Staates an, das entspricht nicht unserer Grundeinstellung, aber einen Umbau. Nur widerspricht Umbauen im Rahmen der bestehenden Mittel nun einmal so grossen Organisationen wie der Stadtverwaltung grundsätzlich, da müssen Abteilungen Stellen hergeben usw. Unsere Prioritäten liegen in Zukunft auch bei den Stabsdienstleistungen, wir wollen in der Verwaltung grundsätzlich mehr Indianer und weniger Häuptlinge sehen.

Zum Inhaltlichen: Wir folgen im Grossen und Ganzen den Vorschlägen des Gemeinderats. In gewissen Fällen, die für uns hohe Prioritäten bedeuten, werden wir Aufstockungen befürworten. So weit dies möglich ist, werden wir sie an anderen Orten zu kompensieren versuchen, durch Zustimmung zu Sparanträgen. Wir werden also nichts Wesentliches ändern. Wir sind der Meinung, an diesem Budget könne man zwar kleine Korrekturen vornehmen, grosse Korrekturen jedoch bedingen wie gesagt ein anderes Vorgehen.

Noch etwas zur Schwarz- und Rosa-Malerei. Das Budget bietet den Schwarz- und den Rosamalern und -malerinnen immer eine wunderbare Möglichkeit für einen Auftritt. Wir als Fraktion GFL/EVP wollen weder in schwarzmalerscher Panik unüberlegte Leistungskürzungen per Hauruck-Übung durchdrücken noch in rosamalerscher Unbedarftheit ein Wunschprogramm umsetzen, das einfach nicht finanzierbar ist. Zum Schluss möchten wir dem Gemeinderat, den Kommissionen und der Verwaltung für die einmal mehr riesige Arbeit danken, die mit diesem Budget verbunden war und nicht zuletzt wünschen wir der Delegation des Gemeinderats nach New Bern eine schöne Reise.

Robert Meyer (SD) für die Fraktion SVPplus: Unsere Fraktion hat sich auch dieses Jahr eingehend mit dem Budget befasst, wir halten dies für eine Kernaufgabe des Parlaments. Ich möchte zuerst allen in der Verwaltung mit dem Budgetierungsprozess befassten Leuten unsere Anerkennung aussprechen für die grosse Arbeit, die hinter dem umfangreichen Zahlenwerk

steckt. Und ich möchte vorausschicken: Wenn von unserer Seite auch dieses Jahr wieder Kürzungsanträge kommen, so nicht aus einer Sparhysterie heraus, wie es bestimmt wieder heissen wird, auch nicht aus einem generellen Misstrauen gegenüber der Stadtverwaltung heraus. Auch unserer Fraktion ist klar, dass es viele Aufgaben gibt, die zwingend in die öffentliche Hand gehören und die finanziell vernünftig ausgestattet sein müssen. Wir anerkennen auch die Arbeit der meisten städtischen Angestellten. Es gibt aber – nicht nur hier in Bern, sondern weltweit – eine allgemein feststellbare Tendenz der öffentlichen Verwaltung sprich einer Bürokratie, sich selber immer ein wenig zu vergrössern, sich selber neue Aufgaben zu suchen und das Personal schleichend zu erhöhen. Es gibt extreme Beispiele dazu wie die ehemalige Sowjetunion oder auch das heutige Griechenland, wo um die 25% der erwachsenen Personen einen Lohn vom Staat beziehen, ohne wirklich Arbeit zu haben. Natürlich ist es in Bern nicht so, aber es gibt diese Tendenz. Und wir erachten es als nötig, dieser Tendenz jedes Jahr entgegenzutreten.

Ich möchte aber nicht nur das Negative sehen. Man hat ein Sparübung von insgesamt 25 Mio. Franken durchgezogen, auf Grund des Steuerausfalls von 4.5 bis 5 Mio. Franken und eines deutlichen, konjunkturbedingten Rückgangs bei den Steuern der juristischen Personen, und man muss anerkennen, dass gewisse links-grüne Hätschelkinder wie z.B. die Anzahl Kita-Plätze auch nicht vollends geschont werden. Unsere Anträge wollen gezielt und sinnvoll kürzen, wir haben uns von folgenden Grundsätzen leiten lassen: Erstens wollen wir dort Gegensteuer geben, wo wir jedes Jahr eine schleichende Umschichtung feststellen, z.B. von der öffentlichen Sicherheit hin zum Sozialwesen und zur Kultur. Wenn wir immer wieder auf die Kultur verweisen, so geschieht dies nicht aus einer Kulturfeindlichkeit heraus. Kultur ist gut, aber wir sind gegen das übermässige Subventionieren der Kultur, dort ist das Fuder ein bisschen voll. Der zweite Grundsatz: Bei manchen Aufgaben muss man sich grundsätzlich fragen, ob das überhaupt Sache der öffentlichen Hand ist und dann sagen, diese Stelle oder jenes Büro müsse gänzlich weg. Das ist sinnvoller, als immer nur kleine Beträge bei einzelnen Posten zu kürzen. Es gibt in dieser Stadt Institutionen und Projekte, die aus unserer Sicht keinen erkennbaren Nutzen haben, z.B. PINTO. Und es gibt sogar welche, die nicht nur keinen erkennbaren Nutzen haben, sondern sogar Schaden anrichten. Da möchte ich das Kompetenzzentrum Integration oder das Gleichstellungsbüro nennen. Ich habe im Internet geschaut, was diese Stellen so an Papier und Kreisschreiben produzieren. Ich finde es schlimm, auf welchen anti-liberalen Geist man hier stösst. Solche Institutionen dienen nicht den Bürgern, sondern wollen sie mit Veranstaltungen und mit Kreisschreiben umerziehen. Man sollte sie abschaffen. Wir wollen staatliche Stellen, die Service-Leister sind für die Bürger und nicht staatlich bezahlte Büros, in denen man fragwürdige Ideologien verbreitet. Ein anderes Beispiel: Die LA21 ist eine Sache, die von irgend woher von oben international verordnet und initiiert wurde, wo sich irgendwelche Gutmenschen vor allem zu Apéros treffen; das sind unnötige Sachen.

Noch etwas zur Verteilung des Geldes auf die einzelnen Direktionen. Es fällt auf, dass praktisch jedes Jahr eine kleine Verschiebung zu zwei Direktionen erfolgt, zur Präsidialdirektion, die nota bene inzwischen fast das halbe Budget beansprucht, und zur Direktion BSS. Ist es ein Zufall, dass beides Direktionen sind, die von SP-Vertretern geführt werden? Der arme Reto Nause, der Sicherheitsdirektor, bleibt budgetmässig auf seinen knapp 17 Mio. Franken sitzen. Vielleicht ist er in der falschen Partei. Die Verschiebungen pro Jahr sind vielleicht nicht dramatisch, aber über die Jahre läppert sich das zusammen. Philippe Müller hat in der Debatte um die Sicherheitsinitiative aufgezeigt, dass solche kleinen Verschiebungen über die Jahrzehnte zu einer grossen Umverteilung von Geld führen können. Ich möchte noch kurz auf die Erhöhungsanträge der links-grünen Ratsseite eingehen. Es ist mir unverständlich, dass die SP als grösste Fraktion und als bestimmende Kraft in der Regierung nicht die Verantwortung übernimmt und selber Kürzungsvorschläge bringt. Von dieser Seite kommen immer nur Anträge für Erhöhungen: Beim Schulamt plus 50'000 Franken, beim Gesundheitsamt plus

150'000, beim Jugendamt plus eine halbe Million. Man will Steckenpferde wie die Schulsozialarbeit, die ohnehin schon genug Geld hat, zusätzlich alimentieren und so versuchen, Probleme in den Griff zu bekommen, die man durch die eigene Ideologie selber verursacht hat. Noch weiter geht GB/JA! mit dem Antrag, 1.4 Mio. Franken zurückzustellen für den Teuerungsausgleich. Das ist gewissermassen eine Sicherungsaktion für die eigene Klientel, man will noch etwas Geld beiseite legen, so lange es noch da ist.

Ich erlaube mir, noch etwas zu zwei wichtigen Zahlen zu sagen. Die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben beträgt 999'985 Franken. Lassen Sie sich diese Zahl auf der Zunge vergehen und Sie merken vielleicht etwas! Als Buchhalter kann ich Ihnen sagen: Per Zufall kommt eine solche Schnapszahl nicht zu Stande. Eigentlich sollte man bei einem Budget seriös die Einnahmen schätzen und dann wäre man vielleicht bei 985'000 Franken gelandet, aber wohl kaum ganz knapp unter einer Milliarde. Man hat vermutlich einfach gesagt, aus politischen Gründen, damit es bei der Volksabstimmung gut aussieht, müssen wir so weit kürzen, dass wir unter der Milliarde bleiben, aber weiter sparen wollen wir dann doch nicht. Da drängt sich der Verdacht auf, dass man dafür bei gewissen Einnahmenposten ein wenig raufgeschraubt hat. Ich habe den Posten „Steuern der natürlichen Personen“ ein wenig unter die Lupe genommen und habe den Eindruck, man habe auf der Einnahmenseite geschraubt, um auf diese knappe Milliarde zu kommen, und das ist meiner Meinung nach nicht die seriöse Art, ein Budget anzugehen. Ich komme im Verlauf der Debatte noch einmal darauf zurück.

Ganz zum Schluss: Die Abschreibung des Bilanzfehlbetrags zu halbieren, finden wir einen kurzfristigen Entscheid. Es gibt ja die Maxime „Gouverner, c'est prévoir“. Man sollte also ein wenig in die Zukunft schauen, auf die kommenden drei oder vier Jahre, und da kommen ja härtere Zeiten auf uns zu, vor allem weil die ewb-Ausschüttungen wegfallen und man noch mehr sparen müssen. Da hätte man genau so gut jetzt schon damit anfangen können. Und schliesslich möchte ich noch sagen, dass wir den Antrag der FDP auf Rückweisung des Budgets unterstützen.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Unsere Fraktion dankt allen Beteiligten für das vorliegende Budget. „Friede, Freude, Eierkuchen“ – es ist festzustellen, dass das Budget ausgeglichen ist, die Steueranlage gleich bleibt und der altrechtliche Bilanzfehlbetrag abgebaut wird. Bei genauem Hinschauen stellt man aber fest, dass das Budget nicht von sorgsamer, langfristiger, verantwortungsbewusster und nachhaltiger Finanzpolitik des Gemeinderats zeugt. Bekanntlich ist die Fraktion BDP/CVP nicht untätig gewesen. Wir haben in einer Motion darauf hingewiesen, dass bereits im PGB 2010 der Abbau des Bilanzfehlbetrags nur durch eine ausserordentliche Gewinnablieferung von ewb erreicht werden konnte und dass bereits dieses Budget strukturell nicht ausgeglichen war. Wir haben gesagt, angesichts der aktuellen schwierigen Wirtschaftslage und des zu erwartenden Rückgangs der Steuereinnahmen sei es unumgänglich, im PGB 2011 Sparmassnahmen vorzusehen und haben den Gemeinderat unter anderem aufgefordert, eine Aufgabenanalyse vorzunehmen, in der directionsweise und pro Produktgruppe dargelegt wird, welche Aufgaben beeinflussbar und welche rechtlich zwingend vorgegeben sind – so wäre ersichtlich, wie gross das Volumen der beeinflussbaren Aufgaben ist – und zusätzlich mit einem gezielten Aufgabenabbau und/oder durch Verzicht auf konkrete Projekte weitere 20 Mio. Franken einzusparen. Was hat der Gemeinderat aus den damaligen Forderungen gemacht? Wir sehen nichts. Trotz einem Sparauftrag von zehn Mio. Franken, die der Gemeinderat den Direktionen erteilt hat, liegt ein Budget vor, mit dem wir mehr Geld ausgeben, als wir zur Verfügung haben. Und einmal mehr muss ewb für die verfehlte Finanzpolitik des Gemeinderats den Kopf hinhalten, obwohl die durch den Stadtrat beschlossene Eignerstrategie dies eigentlich verbieten müsste. Dieses Jahr kommt es noch schlimmer: Die Gewinnablieferung von ewb wird nur noch zur Hälfte zur Tilgung des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags gebraucht, die andere Hälfte fliesst direkt ins ordentliche Budget,

wird also umgehend verprasst. Mit der Zehnmillionen-Franken-Sparübung des Gemeinderats kann gerade mal ein Teil der konjunkturell bedingten Steuerrückgänge aufgefangen werden. Die Stadt verbraucht immer noch insgesamt 55 Mio. Franken aus ewb. Der Sprecher der GLP hat darauf hingewiesen: Wir verkonsumieren die Erträge von ewb, die werden aber bald schmelzen wie der Schnee an der Sonne. Die 10 Mio. Franken, die der Stadt wegen der Steuergesetzrevision des Kantons entgehen, sind nicht konjunkturell bedingt, sie werden bleiben und müssen demnach durch strukturelle Verbesserungen aufgefangen werden. Auf welche Aufgaben hat der Gemeinderat wirklich verzichtet? Die beschönigenden Worte des Gemeinderats, dass die Tilgung des Bilanzfehlbetrags einfach verschoben werde, befriedigen uns in keiner Art und Weise. Das vorliegende, vordergründig ausgeglichene Budget täuscht geschickt darüber hinweg, dass die Ausgaben der Stadtregierung jährlich steigen, der Schuldenabbau und die Sanierung der Stadtfinanzen, der Gebührenabbau und vielleicht auch einmal eine dringend notwendige gerechte Steuersenkung aber auf den St.-Nimmerleinstag verschoben werden. Unter diesen Umständen erachtet es die Fraktion BDP/CVP als sinnvoll, dem Rückweisungsantrag der Fraktion FDP zuzustimmen. Der Gemeinderat muss dem Stadtrat ein Budget vorlegen, das ohne ewb-Gewinn-Verbrauch auskommt. Die Fraktion BDP/CVP fordert neue Steuerungsinstrumente in der Finanzplanung. Sie will eine Finanzpolitik, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist und fordert eine langfristige Gesundung der städtischen Finanzen. Sie will nicht einfach Haltestellen schliessen und in der Leistungserbringung Kahlschläge riskieren. Konkret orten wir Sparpotenzial insbesondere bei der BSS, durch Aufgabenverzicht in der Verwaltung und bei den Infrastrukturausgaben, durch eine konsequente Umsetzung der Philosophie „VW statt Rolls Royce“. Wir fordern den Gemeinderat auf, das jetzt vorliegende Budget strukturell zu verbessern und zusammen mit Fachpersonen grundlegende Probleme anzugehen. Es ist für das Parlament fast unmöglich, im Rahmen der Budget-Diskussion grundlegende Korrekturen, wie wir sie als nötig erachten, vorzunehmen. Mit ihrer Motion hat die Fraktion BDB/CVP vor einem Jahr einen konstruktiven Vorschlag eingebracht. Die Handschrift dieses Vorstosses ist im vorliegenden Budget nicht zu erkennen. Wie gesagt kann die Fraktion BDB/CVP das vorliegende Budget nicht mittragen und unterstützt den Rückweisungsantrag, weil wir für eine lebenswerte Stadt mit gesunden Finanzen eintreten. Weil wir aber wissen, dass diese Rückweisung chancenlos ist, werden wir uns später zu einzelnen Anträgen äussern oder Sie werden unsere Haltung an der Farbe auf der Leuchttafel bei der Abstimmung feststellen können.

Pascal Rub (FDP) für die Fraktion FDP: Auch die FDP möchte der Verwaltung ganz herzlich danken für den grossen Aufwand und die seriöse Arbeit im Zusammenhang mit dem Budget. Für die Freisinnigen ist das Budget trotzdem nicht akzeptabel. Das Budget hat gravierende Mängel, das Budget hat keine Steuersenkung – damit mussten wir rechnen –, das Budget hat kaum echte Sparanstrengungen, das Budget ist nicht nachhaltig und vor allem, das wurde heute bereits mehrmals gesagt: Es ist nicht ausgeglichen. Das Budget ist deshalb zurückzuweisen. Die FDP hat in den vergangenen zwei Jahren mit einem Alternativbudget aufgezeigt, wo man sparen könnte. Die Mitte-Parteien haben anfangs Jahr, anlässlich der Behandlung des IAFP gezeigt, wo sie sparen würden. An Ideen fehlt es also nicht. Umso mehr sind wir enttäuscht, dass dieses Budget nicht ausgeglichen ist und dass praktisch nichts gespart wurde. Im 2012 hat die Plünderung von ewb ein Ende. Weitere Mehrausgaben sind bereits jetzt geplant und absehbar. Im nächsten Budget, meine Damen und Herren, müssen wir deshalb 20 Mio. Franken sparen. Der Sprecher der Finanzdelegation hat es gesagt: Es wäre sehr weise gewesen, bereits 2011 erste Massnahmen zu ergreifen. Aber der Gemeinderat hat sich leider ausgeruht und er hat sich dem Prinzip Hoffnung verschrieben. Zusätzlich hat er uns ein paar kleine Sparbrocken hingeworfen: Öffnungszeiten der Bäder, „DuSeischWoDüre“. Es ist ja abzusehen, dass diese lächerlichen Sparvorschläge heute gewendet werden, wir werden so-

gar mithelfen. Der Gemeinderat kann nachher sagen, er habe ja sparen wollen, aber der Stadtrat habe nicht mitgemacht. Wollen wir uns wirklich auf dieses Spiel einlassen? Es ist Aufgabe des Gemeinderats, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren und schon deshalb muss es überarbeitet werden. Wenn es so weitergeht, verliert dieses Parlament jegliche Bedeutung und verkommt zu einem Abnicker-Gremium. Vielleicht haben die, die letztes Frühjahr beschlossen haben, dass man nur noch alle zwei Wochen zusammen kommen solle, in weiser Voraussicht schon einmal die Budgetdebatte gestrichen, wir können nämlich darauf verzichten.

Aber am meisten rege ich mich über die Voten der GFL auf. Früher, ich weiss nicht, ob das heute noch politisch korrekt ist, hat man in solchen Fällen von pharisäischen Voten gesprochen. Es ist absolut möglich, innerhalb von drei Monaten ein neues Budget auszuarbeiten. Das bedeutet viel Arbeit und die Verwaltung tut mir jetzt schon leid, aber es muss sein. Es ist auch absolut möglich, Kündigungen auszusprechen. Selbstverständlich sind Verträge einzuhalten, da steht die FDP auch dahinter. Aber auch wenn eine Stelle erst im März abgebaut wird, sind immer noch neun Monate davon gespart. Und im Hinblick darauf, dass wir im 2011 die grosse Sparübung machen müssen, muss man das eben jetzt machen, meine Damen und Herren, und nicht erst mit einer so genannten Planungserklärung im nächsten IAFP. Das ist nämlich nichts wert, und Sie sehen jetzt auch gerade warum: Der Gemeinderat foutiert sich um sämtliche Erklärungen dieses Parlaments, erklärt sie zu Richtlinienmotionen und lacht nur über Ihre Planungserklärungen. Der Gemeinderat wäre ja schon hier verpflichtet, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren und macht es nicht. Was glauben Sie denn, was er mit Ihren Planungserklärungen macht! Jetzt übernehmen sie einmal Verantwortung, Sie sind in diesem Rat Mehrheitsmacher bei diesem Thema. Von links erwarten wir nichts anderes; dass sie den Staatsapparat aufblähen wollen ist normal und gehört zur Logik dieses Rats, aber Sie, die Sie von Sparen sprechen und von Verantwortung, müssen jetzt einmal zeigen, wie Sie das machen wollen. Wir sind gespannt darauf zu sehen, wie das geht. Wir haben die Möglichkeit, mit einer Rückweisung einen Neuanfang zu machen und ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Wenn dies nicht möglich ist, werden wir das Budget ablehnen.

Gemeinderat

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Auch ich möchte zuerst danken, all den Sprecherinnen und Sprechern der Sachkommissionen, den Delegationen der Sachkommissionen, der Finanzdelegation und ihrem Sprecher und den Mitarbeitenden in der Verwaltung. Ein ganz spezieller Dank geht an Charles Pfister. Er ist dieses Jahr zum letzten Mal in der Budgetdebatte anwesend, nach 26 Jahren in der Finanzverwaltung der Stadt Bern geht er in Pension. Ich hoffe, dass er die Stadt in Bezug auf das Budget 2011 mit einem guten Gefühl verlassen kann. Ich möchte mich auch bei meinen Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat bedanken für ihre Unterstützung und vor allem auch für den Willen, das Budget dem Parlament ausgeglichen präsentieren zu können. Zum Inhaltlichen. Die Zahlen sind transparent und sprechen eine eigene Sprache, dazu bedarf es keiner Auslegung, egal, wo man oder frau politisch steht oder sich bewegt. Die Eintretensvoten der Fraktionen haben eines deutlich gemacht: Sparen ist immer schwieriger als Geld auszugeben oder: Es besteht kein Erkennungsdefizit, sondern eher ein Umsetzungsdefizit. Der Gemeinderat beurteilt es als äusserst gefährlich und fahrlässig, den Anträgen zuzustimmen, die das Budget verschlechtern würden und so den Finanzhaushalt der Stadt Bern nicht nur aus dem Lot, sondern auch in die roten Zahlen bringen würden. Das können und dürfen wir uns nicht leisten, weil die Zeche am Schluss die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, also wir alle, bezahlen. Interessant ist auch, dass die Kürzungsanträge zum Budget 2011 ausschliesslich die Verwaltung und die Exekutive betreffen und das Parlament bei sich selber den Rotstift nicht ansetzt. Das PGB der Stadt Bern für das Jahr

2011 sieht erneut ein ausgeglichenes Ergebnis vor, dies in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld, das erzielte Ergebnis ist nur dank Kürzungsvorgaben des Gemeinderats und einer gegenüber dem Vorjahr halbierten Tilgung des Verlustvortrags von 12.5 Mio. Franken erzielt worden. Sie werden nicht erstaunt sein zu hören, dass ich als Finanzdirektorin auch lieber 25 Mio. Franken abbauen würde beim Bilanzfehlbetrag, aber, und das ist auch bekannt und wir haben das schon lange im Voraus gesagt, die kantonale Steuergesetzrevision und vor allem auch die konjunkturelle Lage verunmöglichen es uns, einen stärkeren Abbau der altrechtlichen Bilanzfehlbetrags bereits im 2011 vorzunehmen. Im Budget 2010 hatten wir im Bezug auf den Leistungsausbau und auf Neuaufgaben netto noch 13.4 Mio. Franken vorgesehen, im Voranschlag 2011 sind es gerade noch 2.2 Mio. Franken netto, also praktisch nichts. Die 10 Mio. Franken Reduktion bei den Globalvorgaben aus dem 2010 laufen auch im 2011 weiter und bewirken bei drei Direktionen sogar einen gegenüber dem Vorjahr reduzierten Nettoaufwand. Die Struktur der Stadtberner Wirtschaft ist geprägt durch den öffentlichen Sektor, das beschränkt das Ausmass sowohl an positiven wie auch an negativen konjunkturellen Schwankungen, was vor allem auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein grosser Vorteil ist. Aber trotzdem sind bei den Steuereinnahmen, und das vor allem bei den juristischen Personen, oder auch bei den Sozialausgaben die Auswirkungen der Rezession sehr wohl spürbar. Das Investitionsbudget 2011 umfasst netto Aufwendungen in das steuerfinanzierte Verwaltungsvermögen von 47.3 Mio. Franken. Aus Spargründen haben wir das Investitionsbudget auf einen Netto-Aufwand von 41.1 Mio. Franken vor allem im Tiefbaubereich reduziert. Zur seriösen Finanzpolitik der Stadt Bern in den vergangenen Jahren liegt inzwischen zum dritten Mal ein externes neutrales Gutachten vor, die Firma Moody's hat das gute AA2-Rating der Stadt Bern auch dieses Jahr bestätigt. Die neutrale Kreditwürdigkeitsanalyse bestätigt, dass Bern eine solide Finanzpolitik verfolgt. Primäres Ziel bleibt dabei der Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags. Die hohe Kreditwürdigkeit der Stadt resultiert aus der soliden Haushaltlage, die das Ergebnis einer umsichtigen Finanzpolitik der Stadtregierung ist. Als positiv streicht Moody's unter anderem die Tatsache hervor, dass die Stadtverwaltung ihre laufenden Ausgaben nahezu konstant halten konnte.

Kein Unternehmen, auch nicht die Stadt, kann jegliche Investitionen aus der laufenden Rechnung finanzieren, in dem Sinn wird die Stadt immer Schulden respektive eine Verschuldung haben. Anders ist es mit dem Bilanzfehlbetrag, der muss zwingend abgebaut werden, damit wir wieder Handlungsspielraum haben, und der Gemeinderat hat ja ganz klar erklärt, dass er dies bis 2012 erreichen möchte. Ich stelle in den Debatten immer wieder fest, dass die beiden Begriffe verwechselt werden und darum mein Appell: Unterscheiden Sie bitte zwischen Fremdverschuldung und Bilanzfehlbetrag.

Der Gemeinderat hat dem Stadtrat ein ausgeglichenes Budget 2011 vorgelegt, mit dem die bisherige erfolgreiche finanzpolitische Richtung weiter verfolgt wird. Sie lautet: Vollständiger Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags bis Ende 2012, Beibehaltung der Ausgabendisziplin in der Verwaltung und strikte Kontrolle der Fremdverschuldung. Die Analyse von Moody's bekräftigt den gewählten Kurs des Gemeinderats hin zu einem grösseren finanziellen Handlungsspielraum der Stadt.

Kurz noch zur aktuellen Hochrechnung, wir schauen ja bereits ins folgende Jahr: Sie zeigt, dass trotz bereits beschlossenen Gegenmassnahmen per Ende Jahr ein Defizit ins Haus steht; der Gemeinderat und der Stadtrat müssen darum den eingeschlagenen Kurs der eiserne Ausgabendisziplin und weiterer Sparanstrengungen konsequent weiter verfolgen. Die schwierigen Jahre liegen bekanntlich noch vor uns. Darum hoffe ich, dass der Stadtrat die vorsichtige Finanzpolitik des Gemeinderats unterstützt. Der Gemeinderat lehnt in diesem Sinn alle Anträge ab, mit Ausnahme der Steuerungsvorgaben und der Kennzahlen aus den vorberatenden Kommissionen, aber er lehnt alle Anträge ab, die eine Verschlechterung des Bud-

gets 2011 bringen würden. Ich danke Ihnen für die mehrheitlich positive Aufnahme des Budgets 2011.

Rückweisungsantrag FDP

Das PGB 2011 Budget sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit dem Antrag, die gesamte zusätzliche Gewinnablieferung des EWB von 25 Mio. Franken für den Schuldenabbau zu verwenden.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP ab (28 Ja, 37 Nein).
2. Der Stadtrat beschliesst Eintreten.

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie

Referent FSU *Peter Bühler* (SVP): Wie immer könnte man viel zu der Sache sagen, aber machen wir es kurz und bündig. Wir wollten ursprünglich einen Antrag stellen für 140'000 Franken für eine zusätzliche Stelle im AfU. Nach der Rückweisung in der FD haben wir aber entschieden, ihn zurückzuziehen. Zum Polizeiinspektorat haben wir entschieden, dass man eine Zielüberprüfung vornehmen sollte; Umsetzung der Vorgabe des Kooperationsgremiums statt des Kooperationsgesetzes, denn es gibt kein Kooperationsgesetz. Ich möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, der Direktion für ihre offenen und sehr detaillierten Ausführungen zu danken, wir konnten alles sehen, was wir sehen wollten. Ich möchte noch zwei Anmerkungen machen, die erste zum Wirtschaftsamt: Es ist interessant, dass der Stadtrat im November Ja sagt zum Budget, dass er Ja sagt zum Wirtschaftsamt, und im Februar kommt der Gemeinderat daher und streicht es wieder. Das gibt uns zu denken, wir sollten einmal überlegen, in welche Richtung wir gehen wollen. Die zweite Anmerkung: Es ist sehr erfreulich, wie gut sich der Bärenpark entwickelt hat, die Besucherzahlen werden hoffentlich auch in Zukunft so bleiben. In dem Sinn vielen Dank der Direktion für ihre Kooperation.

16.	S. 143 Amt für Um- weltschutz (220140)	SVPplus	Ersatzlose Streichung der Bruttokosten Lokale Agenda 21 von Fr. 873'900.87 abzüglich Erlös von Fr. 3'399.96, somit ersatzlose Streichung der Netto- kosten von total Fr. 870'500.91 zulasten P 220140
-----	---	---------	--

Robert Meyer (SD) für die Fraktion SVPplus: Die LA21, ich habe es bereits in meinem Eintretensvotum kurz erwähnt, ist eine Sache, die nach dem Up-Down-Prinzip nicht von den Bürgern nach oben gekommen ist, sondern von irgendwelchen Gremien von oben nach unten. Es geht da um Umweltschutz. Ich muss klar sagen, wir sind nicht gegen Umweltschutz, ich persönlich schon gar nicht, aber Sachen, die man durch gewisse NGOs und gewissermassen von oben an den Parlamenten vorbei implementieren will und irgendwelche Veranstaltungen, an denen sich vor allem die links-grüne Schickeria trifft und die vor allem aus Apéros bestehen – bei solchen Sachen sind wir sehr skeptisch, darauf kann man problemlos verzichten.

Direktor SUE *Reto Nause*: Im Umweltbereich gibt es zwei Strategien. Die erste sind Verbote, Lenkungsabgaben, die zweite sind freiwillige Massnahmen und Sensibilisieren. In der LA21 sind sämtliche freiwilligen und partizipativen Massnahmen gebündelt: Die Klimaplattform der Wirtschaft, der Umwelttag, der Umweltkalender, das Umweltmanagement. Und ausgerechnet dort, bei den freiwilligen Massnahmen, will die SVP kürzen, ich bitte Sie um Ablehnung des Antrags.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Antrag 16 ab (13 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltung).

17.	S. 143 Amt für Um- weltschutz (220140)	GB/JA!	Erhöhung Nettokosten um Fr. 376'934.00 auf Fr. 1'247'434.91 zugunsten Lokale Agenda 21 (P220 140) ¹
-----	---	--------	--

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Das ist kein neuer Antrag im Budget, es ist auch nicht eine neue Forderung, sondern wir haben sie 2004 gestellt: Das Parlament wollte vier autofreie Sonntage. Das wurde nie umgesetzt, die Direktion des Amtes hat gewechselt und die neue Person wollte es nie umsetzen, obwohl es im Parlament klar durchgekommen war. Wir stellen den Antrag dieses Jahr wieder, im Bewusstsein, dass man nicht nächstes Jahr gleich einen Slow up wird umsetzen können, weil Slow up selber gesagt hat, man sei an der Grenze der Kapazitäten. Aber die Stadt kann bereits Massnahmen ergreifen und ein Projekt erarbeiten, das man, wenn die Kapazitäten wieder vorhanden sind, gleich übergeben kann für die Umsetzung. Es ginge darum, das 2012 zu übergeben und 2013 in Bern den ersten Slow up durchzuführen. Wir halten trotzdem daran fest, dass wir im nächsten Jahr einen autofreien Tag wollen, im heutigen „Bund“ hat es einen schönen Artikel dazu. Es geht hier nicht um Ideologien, sondern um die Freude, wenn eine Stadt einmal autofrei ist, darum, was man an diesem Tag alles machen kann. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Rudolf Friedli (SVP) für die SVPplus: Das geht für uns zu weit, wenn man für die reine Freude Geld ausgeben will, das lehnen wir ganz klar ab. Wir sind in der Stadt Bern nicht in der Situation, dass wir uns aus reiner Freude etwas leisten und einen riesigen Aufwand betreiben können, damit die Autos einmal nicht fahren. Und nachher fahren sie ja genau gleich weiter. Das bringt nichts.

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es wurde bereits erwähnt, die Motion für vier autofreie Sonntage wurde im 2004 eingereicht. Der Gemeinderat hat alles getan, um das abzuwenden. Zuerst hat er das Ganze ein paar Jahre in der Schublade liegen lassen, dann hat er einen Antrag gestellt, man solle die Motion doch bitte zurückziehen, aber das geht nach Reglement gar nicht, und er hat völlig übertriebene Kostenberechnungen angestellt. Der Stadtrat hat immer wieder gesagt, man wolle das, der Gemeinderat hat gesagt, er helfe nicht mit und hat es nicht ins Budget aufgenommen. Letztes Jahr haben wir einen Betrag ins Budget aufgenommen, wenigstens für zweimal, worauf der Gemeinderat gesagt: Offenbar wollt ihr ja nur zwei und nicht vier, in dem Fall schreiben wir gleich ab. Der Stadtrat hat gesagt, nein, es werde nicht abgeschrieben, weil man ja eigentlich vier wolle, man habe nie etwas anders gesagt. Und dann kam noch der übelste Trick, indem der Gemeinderat den Betrag, den wir vor einem Jahr gesprochen hatten, gleich wieder gestrichen hat bis ins 2014, unter dem Sparmantel. Ich glaube, der Gemeinderat wusste in diesem Fall ganz eindeutig nicht mehr, was eine Motion bedeutet. Ich bitte den Stadtrat, dran zu bleiben und jetzt endlich einmal anzufangen mit diesen autofreien Sonntagen. Abgesehen von den inhaltlichen Punkten geht es auch darum, dass man uns einigermaßen ernst nimmt.

¹ Durchführung von 2 autofreien Tagen/Slow up: Sperrungen Altstadt/Innenstadt: Fr. 108'467.00 pro Anlass [Sperrung Aarebogen (Fr. 64'167), Sperrung Loeb bis Bärengaben (Fr. 15'000) und Sperrung Innenstadt (Fr. 29'300). Die Zahlen basieren auf der Antwort des Gemeinderats] zu untenstehender Motion Rahmenprogramm (Stadtanteil): Fr. 80'000 pro Anlass. Weitere Mittel für das Rahmenprogramm sind über Dritte (Tourismus, Gesundheitsförderung, etc.) zu generieren.

Pascal Rub (FDP) für die Fraktion FDP: Autofreie Fortbewegung ist ein hehres und gutes Ziel, Radfahren ist ein hehres Ziel. Mit dem Fahrrad zur Arbeit gehen, zu Fuss oder mit dem öV – alle, die das machen, tun etwas für unsere Umwelt, sie tun das freiwillig und es sind bereits sehr viele. Die Stadt macht auch bereits sehr viel, um es zu begünstigen. Es gibt alle möglichen Aktionen, Sensibilisierungs- und Mobilitätskampagnen. Gerade letzte Woche wurde ich als Unternehmer wieder dazu eingeladen, eine Mobilitätsberatung in Anspruch zu nehmen. Alles sinnvolle Projekte, aber darum geht es nicht, sondern es geht darum, dass wir keine staatlich verordneten Zwangsmassnahmen brauchen. Wir müssen die Leute über sinnvolle Massnahmen zum Umdenken bewegen und nicht über Spassanlässe. Ich bin selber auch Besucher des Slow up, das ist eine gute Organisation und funktioniert wunderbar, aber wenn wir ganz ehrlich sind, müssen wir sagen: Es geht dort um einen Grossevent und um etwas, was mobilitätsmässig nicht ganz durchdacht ist, wenn man sieht, wie viele mit Privatautos an den Murtensee fahren. Wollen wir das wirklich auch für Bern? Darum bitten wir Sie, auch im Hinblick auf die finanziell angespannte Situation, auf den Antrag zu verzichten.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 17 zu (30 Ja, 21 Nein, 9 Enthaltungen).

- | | | | |
|-----|---|---------|--|
| 18. | S. 143
Amt für Um-
weltschutz
(220150) | SVPplus | Ersatzlose Streichung der Bruttokosten von Fr. 1'093'889.74 abzüglich Erlös von Fr. 38'781.80, somit ersatzlose Streichung der Nettokosten von Fr. 1'055'107.94 zu Lasten Energiestadt P220150 |
|-----|---|---------|--|

Robert Meyer (SD) für die Fraktion SVPplus: Ich kann nahtlos anschliessen an das vorherige Votum, es geht auch hier um die Art und Weise. Das Ziel ist auch hier eigentlich gut, es geht ums Energiesparen und dagegen haben wir bestimmt nichts, aber wir haben etwas gegen Ämter, die das in einer bevormundenden Art durchsetzen wollen, und Energiestadt ist etwas in diesem Sinn und Geist. Wenn man Energie sparen will, so muss man dies mit Anreizen machen, mit Infrastrukturmassnahmen, aber bestimmt nicht mit einem Büro, das die Leute quasi umerziehen will.

Pascal Rub (FDP) für die Fraktion FDP: Um zu unterstreichen, was ich vorher gesagt habe: Hier geht es schergewichtig um Massnahmen mit baulichen und mit Infrastrukturauswirkungen, um Investitionen, die sehr lange in die Zukunft Wirkung zeigen. Aus diesem Grund finden wir das Geld hier sinnvoll investiert, wir bitten um Ablehnung des Antrags.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 18 ab (8 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltung).

- | | | | |
|-----|--|---------|---|
| 19. | S. 143; Amt
für Umwelt-
schutz
(220150) | FSU | Erhöhung der Nettokosten um Fr. 140'000 auf Fr. 1'195'107.94 zugunsten Energiestadt (1 zusätzliche Stelle)
<i>Dieser Antrag wurde zurückgezogen!</i> |
| 20. | S. 143
Amt für Um-
weltschutz
(220150) | GFL/EVP | Erhöhung der Nettokosten um Fr. 100'000 auf Fr. 1'155'107.94 zugunsten Energiestadt (P220150) |

Barbara Streit-Stettler (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Sie haben es bestimmt schon lange bemerkt: Für unsere Fraktion ist Energie ein wichtiges Thema und auch wir sind der Meinung, es brauche dafür noch mehr Ressourcen und Kompetenzen im AfU. Wir sind aber im Gegensatz zum FSU-Antrag zu diesem Thema, der inzwischen zurückgezogen wurde, nicht der Meinung, dass es gleich eine 100%-Stelle sein muss, sondern dass eine Teilzeitstelle ein guter Anfang und ein gangbarer Kompromiss ist im Hinblick darauf, dass die Stadt Bern im Moment nicht gerade auf Rosen gebettet ist. Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

Tanja Sollberger (GLP) für die Fraktion GLP: Unser Schwerpunkt liegt auch im Umweltschutz und wir haben anfangs Sommer mitgeholfen, die Motion 2000 Watt zu überweisen. Damit diese Motion nicht zum Papertiger verkommt, braucht das AfU Stellen und darum sind wir sehr gern bereit, diese Erhöhung der Nettokosten zu unterstützen. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen: Wir sind bereit, dafür an anderen Orten zu sparen. Und ich möchte darauf hinweisen, dass das AfU pro Jahr 5.9 Mio. Franken erhält, während wir für Kultur 33 Mio. Franken ausgeben.

Giovanna Battaglio (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion will, dass etwas läuft im Energiebereich in der Stadt Bern, das haben wir schon mehrfach gezeigt und darum unterstützen wir diesen Antrag für eine neue Stelle. Wir wissen, wie viele neue Aufgaben auf das AfU zukommen, wir wissen, dass die Leute heute schon am Anschlag arbeiten und wir hätten darum auch die Flexibilität bis zu einer 100%-Stelle mitgetragen, aber selbstverständlich unterstützen wir auch die Schaffung einer Teilzeitstelle und bitten um Zustimmung zum Antrag.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 20 zu (40 Ja, 22 Nein).

- | | | | |
|-----|-------------------------------------|--------|---|
| 21. | S. 145
Amt für Um-
weltschutz | GB/JA! | Änderung Steuerungsvorgabe 11) Durchführung
autofreie Sonntage; Soll: 2 [statt 0] ² |
|-----|-------------------------------------|--------|---|

Barbara Streit-Stettler (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wie Sie gesehen haben, haben wir uns bereits beim Antrag 17 grossmehrheitlich enthalten, und zwar, weil es uns sehr schwer fiel, diesem Antrag – und jetzt auch dem Antrag 21 – nicht zuzustimmen. Wir haben bekanntlich die Motion für vier autofreie Sonntage mitgetragen und auch beim letzten Budget einer Erhöhung zu Gunsten von autofreien Sonntagen zugestimmt. Grundsätzlich halten wir natürlich am Ziel von zwei autofreien Sonntagen fest, sind aber der Meinung, jetzt sei der falsche Zeitpunkt, um so etwas erzwingen zu wollen. Wie gesagt, wir enthalten uns schweren Herzens, weil wir der Meinung sind, man müsse die autofreien Sonntage der Finanzlage wegen etwas aufschieben. Für uns ist es also ein Aufschieben und nicht ein Aufgeben.

Michael Köppli (GLP) für die Fraktion GLP: Ich kann mich in weiten Teilen meiner Vorrednerin anschliessen, autofreie Sonntage sind „Nice to have“ und sicher auch gute Sensibilisierungs-

² Die überwiesene interfraktionelle Motion GB/JA, GFL/EVP: „Einführung von jährlich vier autofreien Sonntagen in der Stadt Bern“ vom 12. August 2004 verpflichtet den Gemeinderat zur Umsetzung. Der Stadtrat hat ein Rückkommen auf die Motion am 13. August 2009 deutlich abgelehnt. Im Budget 2010 wurde der Betrag für zwei autofreie Tage angenommen. Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Beschreibung der Motion wurde am 20. Mai 2010 vom Stadtrat abgelehnt. Bald darauf fielen die autofreien Tage einer Sparrunde zum Opfer. Schliesslich sind sie auch aus der Mittelfristen Finanzplanung bis 2014 gestrichen worden. Vorerst soll die Umsetzung von zwei (der ursprünglich vier geforderten) autofreien Sonntage gemacht werden. Davon kann an einem Tag ein City-SlowUp durchgeführt werden.

massnahmen, aber bei dem knappen Budget, das wir haben, sollten wir andere Schwerpunkte setzen. Wir haben uns vorher enthalten, haben aber jetzt gesehen, dass die Anträge auch angenommen werden, wenn GLP und GFL/EVP sich enthalten. Darum stellen wir ad hoc den Antrag, die Zahl der autofreien Sonntage auf 1 zu senken. Ich hoffe, die linken Parteien helfen ebenfalls mit. Sie haben ja selber gesagt, es sei nicht realistisch, dass wir nächstes Jahr bereits zwei autofreie Sonntage durchführen können und im Hinblick auf das Budget wäre das eine sinnvolle Alternative.

21 neu	S. 145 Amt für Um- weltschutz	GLP	Änderung Steuerungsvorgabe 11) Durchführung autofreie Sonntage; Soll: 1 [statt 0]
-----------	-------------------------------------	-----	--

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir sind schon etwas inkonsequent, wenn wir zuerst das Geld sprechen für zwei autofreie Sonntage und dann sagen, man habe zwar jetzt das Geld, aber man wolle trotzdem nicht zwei machen. Und ich bin etwas erstaunt über Barbara Streit. Sie hat gesagt, das Ziel seien zwei autofreie Sonntage, aber sie hat wohl einfach von kommendem Jahr gesprochen, die Motion verlangt ja vier. Der Gemeinderat hat das Ziel von vier ohnehin schon lange übel verpasst hat, also wäre es nicht wirklich tragisch, wenn man diesmal das Ziel zwei verpassen und nur einen machen, aber für den zweiten planen würde. Und von daher kann man es auch so lassen. Wer A sagt, sagt auch B.

Pascal Rub (FDP) für die Fraktion FDP: Ausnahmsweise gebe ich Beat Zobrist Recht. Ich verstehe GFL/EVP wirklich nicht. Sie sind gewählt, um Ja oder Nein zu sagen zu einem autofreien Sonntag, mit den entsprechenden finanziellen Konsequenzen. Entscheiden Sie sich bitte, was sie wollen. Wir haben gesagt, wir möchten das Geld nicht sprechen und konsequenterweise lehnen wir auch den Antrag 21neu ab.

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir können in dieser „Versandungsspirale“, die der Gemeinderat seit 2004 führt, auch mitziehen und sagen: Gut, von vier sind wir jetzt auf zwei runtergegangen, dann reduzieren wir vielleicht noch auf einen halben Tag und am Schluss machen wir noch eine Stunde. Aber 150'000 Franken für eine Stunde autofreie Stadt Bern ist wohl etwas viel Geld. Ich kann dem Antrag 21neu nicht zustimmen, aber ich bin froh, wenn Sie sich enthalten.

Beschluss

1. Der Antrag 21 obsiegt dem Antrag 21neu (35 ^{Antrag 21}, 29 ^{Antrag 21neu}, 2 Enthaltungen).
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 21 zu (31 Ja, 24 Nein, 11 Enthaltungen).

21. a)	S. 151 Polizei- inspektorat (230280)	GR	Transfer des Beitrages FanarbeitYB/SCB von Fr. 30'000.00 von der Direktion BSS gemäss GRB 0850 v. 26.5.2010 Ziffer 6: Erhöhung der Netto- kosten um Fr. 30'000 auf 547'290.77 (P230280); (vgl. S. 290 Jugendamt P330160)
--------	---	----	--

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 21a) zu.

22.	S. 158 Polizei- inspektorat	SVPplus	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 120'000 auf Fr 485'717.73 zugunsten ausländerrechtliche Massnahmen
-----	-----------------------------------	---------	--

(230440)

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir stellen hier ausnahmsweise einen Antrag für die Schaffung einer Stelle, und zwar, weil – unlängst wurde das auch in der Zeitung bestätigt – die illegale Einwanderung auch in die Stadt Bern zugenommen hat und weil die Fremdenpolizei zuwenig Personal hat für den Vollzug der Aufgaben, zu deren Erfüllung sie gesetzlich verpflichtet ist. Es gibt schon Jahre zurück Anträge der FrePo um Stellenaufstockungen und jedes Mal hat man ganz restriktiv vielleicht eine Stelle bewilligt, wenn sie drei verlangt haben. Alexander Ott, der Chef, leistet sehr gute Arbeit, in Zusammenhang mit der Prostitution oder mit der Bettelei macht er Pionierarbeit in der Schweiz und es wäre etwas zynisch zu sagen, er solle halt dort ein wenig zurückfahren, damit die anderen Aufgaben erledigt werden können. Diesen Einsatz und diese Initiative sollte man im Gegenteil belohnen. Ich sähe es als Kapitulation des Rechtsstaats an, wenn man zwar Gesetze erlässt, sie aber am Schluss nicht vollzieht, mit der Begründung, man habe zu wenig Personal. Ich finde, auch die linken Parteien könnten hier zustimmen, weil ja gerade das Projekt hinsichtlich Prostitution an und für sich sozial ist. Ich finde es enttäuschend, dass der Gemeinderat durch die Finanzdirektorin ausrichten lässt, er lehne jegliche Erhöhungen ab, die wir im Stadtrat beantragen. Das ist kurz-sichtig und es wäre interessant, vom Sicherheitsdirektor zu erfahren, wie in diesem Fall eine Ablehnung begründet wird.

Miriam Schwarz (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir wissen, dass beim Polizeiinspektorat und bei der Fremdenpolizei in verschiedenen Bereichen neue Aufgaben dazu gekommen sind, wie die Umsetzung des neuen Ausländergesetzes, die Integrationsvereinbarungen, Frauenhandel usw. Auch dass man im Polizeiinspektorat und bei der Fremdenpolizei sehr gute Arbeit leistet, wissen wir. Wir stimmen dem Antrag trotzdem nicht zu. Für uns ist nicht ersichtlich, für welche Aufgaben diese 120'000 Franken eingesetzt werden sollen. Sollte die Situation sich aber drastisch verändern, kann der zuständige Gemeinderat sich an die FSU wenden, wir werden bestimmt offen sein für ein Gespräch und die Situation neu beurteilen.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Auch wir sind mit der SVP der Ansicht, dass die Fremdenpolizei tendenziell immer noch über zuwenig Ressourcen verfügt. Trotzdem werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir haben die Fremdenpolizei in den letzten Jahren verschiedentlich aufgestockt, es wäre also im Zusammenhang mit unserer angespannten Finanzlage unverhältnismässig, wenn wir schon wieder aufstocken würden und damit anderes gefährden, das auch wichtig ist. Ausserdem haben die letzten neu eingestellten Mitarbeitenden erst im Februar 2010 angefangen, man muss jetzt zuerst schauen, was die Neuanstellungen bringen, vor allem, weil die Einarbeitungszeit sehr lange dauert. Für uns ist aber klar, dass man diesen Bereich im Auge behalten muss. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, es kann also durchaus sein, dass wir beim nächsten Budget einem derartigen Antrag zustimmen werden.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Unsere Fraktion ist sich in dieser Frage nicht einig. Wichtig scheint mir aber festzuhalten, dass wir wahrscheinlich nicht einfach neue Stellen schaffen, sondern dort wo es brennt, temporär Stellen bewilligen müssen. Und wenn es einen Nachkredit braucht, so braucht es halt einen Nachkredit.

Pascal Rub (FDP) für die Fraktion FDP: Dem kann sich die FDP nicht anschliessen, wir möchten gar nicht erst anfangen damit, dass der Gemeinderat das Mittel des Nachkredits extensiv zu nutzen beginnt. Wir haben hier einen Brennpunkt und es ist ganz klar eine Stelle, die bewiesen hat, dass sie sehr sorgfältig mit den Ressourcen umgeht. Wir sehen diesen Antrag

auch im Zusammenhang mit einem noch folgenden Antrag zu einer Reduktion im Kompetenzzentrum Integration. Die Ämter arbeiten sehr eng zusammen und wir sehen dort eine Verlagerung hin zur Fremdenpolizei und befürworten deshalb hier eine Aufstockung.

Peter Ammann (GLP) für die Fraktion GLP: Wir haben über diesen Antrag auch aus aktuellem Anlass, in Zusammenhang mit Alexander Ott, den man in letzter Zeit öfters in den Medien gesehen hat, diskutiert. Wir haben den Eindruck, dass in der Stadt Bern in diesem sehr heiklen Bereich sehr gute Arbeit geleistet wird. Ich wage hier den Vergleich zwischen Bern und Zürich, auch wenn die beiden Städte nicht so direkt vergleichbar sind. Das Problem ist für uns das Gesamtbudget: Wir möchten um keinen Preis am Schluss höher sein als jetzt schon und das wird eine Mehrheit unserer Fraktion dazu bewegen, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Rudolf Friedli (SVP): Es ist symptomatisch: Alle finden es eigentlich nicht so schlecht, aber alle finden, nicht gerade jetzt, alle mit etwas unterschiedliche Ausflüchten. BDP und SP sagen, wenn es wirklich sein müsse, so könnten die Betroffenen in die FSU gehen und es dort begründen. Andere sagen schon zum zweiten Mal heute, aufgeschoben sei nicht aufgehoben – so kann man am Schluss sagen, man sei ja nicht dagegen gewesen. Niemand hat den Mut zu sagen, es brauche dort mehr Personal, das enttäuscht mich.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 22 ab (22 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen).

23.	S. 159 Polizei- inspektorat (230400)	FSU	Hinweise zur Zielüberprüfung: Umsetzen der Vorgabe des Kooperationsgremiums (KOG) (P440) [statt Kooperationsgesetzes]
-----	---	-----	---

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 23 zu.

24.	S. 183 Wirtschaftsamt (260100)	SVPplus	Ersatzlose Streichung der Nettokosten von Fr. 952'501.12 (ohne Beiträge an Institutionen, Bern Tourismus) zulasten Wirtschaftsförderung 260100 ³
-----	--------------------------------------	---------	---

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Das Wirtschaftsamt kommt hier jedes Jahr wieder aufs Tapet. Wir sind der Meinung, dass der Wirtschaftsförderer der Stadt Bern mehr für den Kanton und die umliegenden Gemeinden tätig ist und weniger für die Stadt Bern. Er war in unserer Fraktion, hat sich erklärt und hat uns gezeigt, welche Visionen er hat. Das sind nicht unsere Visionen, sie gehen in eine andere Richtung, in Richtung von Unterstützung anderer Gemeinden. Da sind wir nicht dafür. Brauchen wir das Geld hier, oder geben wir es dem Kanton und schauen wir, was wir von dort erhalten. Aber die Mittellösung, die jetzt mit Adrian Probst vollzogen wurde, ist nicht die Arbeit, die wir uns für die Stadt Bern erhoffen, auch wenn er vielleicht gute Arbeit leistet.

Direktor SUE *Reto Nause*: Wenn man ganze Ämter wegstreichen will, und das würde der Antrag hier ja bedeuten, muss ich schon etwas dazu sagen. Da frage ich Sie: Wer beschäftigt sich nachher mit Themen wie Sozialpartnerschaft, regionale Zusammenarbeit, Tourismusför-

³ Überregionale Wirtschaftsförderung (oder Übertrag an Bern Tourismus).

derung etc? Wer stellt den Agenten des Kantons, die im Ausland für die Greater Geneva-Bern Area neue Firmen für die Schweiz und für Bern akquirieren, die Dossiers über Bern zur Verfügung? Wer erhebt die offenen Gewerbeland-Parzellen? Wer beantwortet all Ihre Vorstösse zu den Themen, die ich jetzt genannt habe? Mit anderen Worten: Sie können das Wirtschaftsamt nicht abschaffen, wenn Sie sich nicht ins eigene Fleisch schneiden wollen. Ich kenne keine andere Stadt, in der gerade die Bürgerlichen ihre Anliegen so fahrlässig verraten. Ich möchte auch erwähnen, dass einiges gelaufen ist im Wirtschaftsamt: Wir hatten einen personellen Wechsel, wir haben die Teilkonferenz Wirtschaft gegründet, das Wirtschaftsamt ist von überregionaler Bedeutung, wir sind daran, den Auftritt von Wirtschaft und Tourismus zu vereinheitlichen, wir haben eine sanfte Renovation der Website in die Wege geleitet, wir sind auf verschiedenste Seiten vernetzt, wir haben die Trägerschaft des HR-Forums (HR=Human Resources) auf neue Beine gestellt. Das Schiff ist auf Kurs, bitte hacken Sie ihm jetzt nicht die Schiffsschraube raus.

Roland Jakob (SVP): Ich möchte zum Votum von Reto Nause eine Bemerkung machen: Wenn wir schon regional denken wollen, so bin ich auch dafür, dass man regional finanziert. Und vor allem ist es nicht ein Schiff, das irgendwohin Kurs genommen hat, sondern es ist ein Schiff, das Schiffbruch erleiden wird. Man hat von der schönen Wohnstadt Bern geredet. Ich weiss nicht, ob eine KMU unbedingt an einen Ort ziehen will, wo man propagiert, dass man zwar eine schöne Wohnstadt hat, aber sehr wirtschaftsfeindlich ist. Messen wir uns lieber dort, wo wir können, spielen wir nicht in den falschen Ligen mit, vermarkten wir unseren eigenen Standort und nicht regionale Standorte, mit der Begründung, wenn man jemanden in die Agglomeration bringe, so beschere uns das vielleicht ein paar Leute, die zu uns wohnen kommen. Diese Aussage haben wir so gehört, da sollte man darüber nachdenken.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 24 ab (7 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltung).

24.a.	S. 183	GFL/EVP	Kürzung Nettokosten um 100'000.00 zulasten
	Wirtschaftsamt		260100 (verteilt auf P 260110, P260120 und P260130) ⁴

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Wie wir aus dem Budget ersehen können, haben die Eintritte für die drei festen Eisbahnen abgenommen und wir sehen nicht ein, warum wir in dem Fall auch noch eine Eisbahn auf dem Bundesplatz brauchen, die erst noch nicht in der gleichen Produktegruppe ist, sondern offenbar unter Imagepflege im Wirtschaftsamt figuriert. Wir wollen den festen Eisbahnen nicht das Wasser abgraben, die Kosten nehmen ja nicht ab, wenn die Eintritte abnehmen. Die Eisbahn auf dem Bundesplatz war nur gedacht als Ersatz für die Eisbahn Bern Arena, als diese umgebaut wurde und wir sind nicht bereit, daraus ein Providurium zu machen und sie ins ordentliche Budget aufzunehmen.

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Das Problem ist erkannt, es bestreitet niemand, dass die Eintritte bei den Eisbahnen kräftig sinken und beispielsweise die Eintritte in den Hallenbädern kräftig zunehmen. Darum haben wir ja den Vorstoss gemacht, den Sie hoffentlich unterstützen, eine Eisbahn zu schliessen und dafür ein Hallenbad mehr zu bauen. so wird man ein bisschen mehr sparen als diese 100'000 Franken, und dies nachhaltig. Ich bitte Sie, dem Antrag hier nicht zuzustimmen. Es ist sehr schade, wenn sie diese Eisbahn streichen,

⁴ Die fest installierten Kunsteisbahnen haben an Eintritten verloren. Die GFL/EVP- Fraktion lehnt es daher ab, die Eisbahn auf dem Bundesplatz, die als vorübergehender Ersatz für die Eisbahn Bern Arena gedacht war, weiterzuführen.

die langsam zu einem Markenzeichen von Bern wird, sei es für den Tourismus, sei es für die Bernerinnen und Berner. Dieser Vorstoss ist ganz klar lustfeindlich. Wir haben alle Freude an dieser Eisbahn und sie ist nicht teuer. Ich verstehe gar nicht, warum Sie diesen Antrag stellen.

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion ist geteilt bei dieser Frage. Ich kann meine Meinung dazu sagen: Man hat mit dieser Eisbahn auf dem Bundesplatz angefangen und gesagt, sie werde durch Sponsorengelder finanziert. Dann hat man gesehen, dass die Sponsorengelder nicht reichen und im Parlament einen Nachkredit verlangt. Der wurde abgelehnt und jetzt kommt man im Budget noch einmal damit. Zwar für nächstes Jahr, aber trotzdem. Man soll doch die Kunsteisbahn so gross machen, wie es die Gelder erlauben, die über Sponsoring reinkommen und nicht öffentliche Gelder investieren.

Michael Köppli (GLP) für die Fraktion GLP: Vielleicht zu Ihrer Überraschung lehnen ich und auch die Fraktion diesen Antrag ab. Ich schliesse mich Beat Zobrist an: Wir haben wohl zu viele Eisbahnen in der Stadt Bern, aber wir wollen ausgerechnet die zumachen, die am besten läuft und die uns am wenigsten kostet! Ich habe den Antrag gestellt, den Nachkredit abzulehnen. Dabei ging es aber nicht grundsätzlich um die Eisbahn, das habe ich damals schon gesagt, sondern es ging darum dass es nicht angeht, dass der Gemeinderat grosse Versprechungen macht und sich profiliert, dass etwas gratis ist und dann kostet es trotzdem. Aber jetzt kommt es ins ordentliche Budget und das ist für uns so in Ordnung, unter der Bedingung, dass man mittelfristig etwas verändert in Richtung, wie es Beat Zobrist gesagt hat. Ich bin gespannt, ob für die Eisbahn von letztem Winter noch ein Nachkredit auf uns zukommt.

Pascal Rub (FDP) für die Fraktion FDP: Wir sind bestimmt nicht dafür, dass man in diesem Amt jetzt plötzlich damit beginnt, Eisbahnen zu betreiben und wir sind auch nicht dafür, dass man die Wahlkampfisbahn von Herrn Tschäppät weiterhin finanziert. Ich sage es noch einmal und ich habe es schon letztes Mal gesagt, ich war Referent für das Geschäft Leistungsvertrag mit den Eisbahnen: Man hat das vor ein paar Jahren als Übergangslösung geplant, als man im Wankdorf, das man für viel Geld gebaut hatte, nicht draussen Eis laufen konnte. Wir haben Anlagen, sie sind dort fix installiert, wo sie auch Sinn machen und dort soll weiterhin Eis gelaufen werden. Und für alles andere gilt: Wenn wir Werbesponsoren finden, die das machen, tant mieux, aber bestimmt nicht mit Stadtgeldern.

Direktor SUE *Reto Nause*: Es ist das erste Mal, dass die Eisbahn auf dem Bundesplatz ins Budget aufgenommen ist. 2010 war sie nicht im Budget und es wird einen Nachkredit geben von ca. 81'000 Franken. Nur damit das bereits klar und transparent ist.

Wir haben im Herbst 2009 mit der Vertragsaushandlung begonnen, um die Eisbahn aufrecht erhalten zu können und wir haben mit den Sponsoren und mit der BEA Expo Zweijahresverträge abgeschlossen. Wenn Sie den Betrag aus dem Budget 2011 streichen, können wir unsere Verträge mit den Sponsoren nicht einhalten und wahrscheinlich kommt es gar nicht billiger, weil wir trotzdem bezahlen müssen. Darum bitte ich Sie, auf die Streichung zu verzichten. Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass die Eisbahn auf dem Bundesplatz 2012 nicht mehr im IAFP ist.

Barbara Streit-Stettler (EVP): Reto Nause hat uns eben hoch und heilig versprochen, dass es 2012 keine Eisbahn mehr geben wird auf dem Bundesplatz und darum ziehen wir den Antrag zurück. Wir waren einfach alarmiert, dass die Eisbahn jetzt im ordentlichen Budget ist und auf ewige Zeiten weiter betrieben wird.

Direktor SUE *Reto Nause*: Ich habe gesagt, im IAFP 2012 sei sie nicht mehr vorgesehen.

Pascal Rub (FDP): So einfach hatte ich es noch nie mit einem Antrag: Antrag 24a wird zu einem FDP-Antrag.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 24a ab (31 Ja, 32 Nein, 6 Enthaltungen, mit Stichentscheid des Präsidenten).

25.	S. 189 Tierpark (270150)	GB/JA! GLP	Kürzung Nettokosten des Produkts 270150 Bärenpark um Fr. 150'000 auf Fr. 860'543.81 ⁵ und ⁶
-----	--------------------------------	---------------	---

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Stadt bezahlt dem Kanton 30 Mio. Franken für Sicherheitsmassnahmen Polizei. Jetzt kommen diese 150'000 Franken noch dazu, obwohl ja der Gegenvorschlag zur Sicherheitsinitiative angenommen wurde. Für unsere Fraktion ist somit viel zu viel Geld ausgegeben worden. Wir sind der Meinung, dass die Sicherheitsmassnahmen wahrgenommen werden müssen und auch wahrgenommen werden können, aber das soll im Rahmen des Vertrags, den man mit dem Kanton hat, geschehen. Bis es so weit ist, denn das braucht neue Verhandlungen, sollen die StaBe die 150'000 Franken übernehmen.

Michael Köppli (GLP) für die Fraktion GLP: Es geschieht selten, dass GB/JA! und wir den gleichen Antrag mit fast der gleichen Begründung einreichen. Für uns ist auch absolut nicht ersichtlich, warum man jetzt 150'000 Franken sprechen soll für Securitas beim Bärenpark. Der Bärenpark wird für die Stadt Bern immer mehr zu einem finanziellen Fass ohne Boden. Zuerst verspricht man gross, er sei vollständig privat finanziert. Noch vor zwei Jahren hat Barbara Hayoz gesagt, der Auftrag sei klar, die Sponsoren würden auch die Mehrkosten übernehmen, und jetzt kommen jedes Jahr weitere Kosten dazu. Entweder wird das durch das Sicherheitsbudget gedeckt oder, noch besser, von einem der vielen Sponsoren von Barbara Hayoz übernommen.

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich möchte die Sponsoren sehen, die ihr Portemonnaie ausgerechnet für die Securitas öffnen. Wir sind wieder einmal dort, wo wir häufig sind: Wir sind nun einmal die Hauptstadt und wir sind Zentrum und können einmal mehr etwas nicht abwälzen. Man kann jetzt sagen, man spreche das Geld nicht und schaue einmal, was passiert. Man hat beim Bärenpark schon oft geschaut, was passiert, manchmal ist dann etwas Dummes passiert. Wir sind geteilter Meinung, das muss ich hier auch sagen. Es gibt ja auch Vergleiche, z.B. mit dem Fussball: Jedes Hochrisikospiele kostet uns 200'000 Franken und diese 200'000 Franken fallen x-Mal an, Sie wissen, wie viele Spiele YB spielt. Und wir bezahlen im ganzen Kanton pro Kopf bei weitem am meisten an die Polizei. Und das andere ist:

⁵ Mit dem Betrag sollen Massnahmen zu Sicherheit geleistet werden. Dafür besteht jedoch ein Vertrag mit dem Kanton. Es geht nicht, dass neben einem hohen jährlichen Betrag von 30 Millionen Franken an den Kanton, die Stadtkasse trotzdem immer wieder mit neuen Sicherheitskosten belastet wird. Die Sicherheitskosten von BärenPark müssen vorläufig an die StaBe angelastet werden. Wenn die Stadt die Verhandlungen zur Ausführung des Gegenvorschlags zur Sicherheitsinitiative mit dem Kanton führt, sind der Sicherheitsauftrag beim Bärenpark und die daraus resultierenden Kosten einzugliedern.

⁶ Verzicht auf neue Securitas für den Bärenpark. Der angeblich „überwiegend auf privater Basis“ finanzierte Bärenpark wird für die Berner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler immer mehr zu einem Fass ohne Boden. Die Finanzierung der Securitas darf das städtische Budget nicht zusätzlich belasten, dafür müssen andere Wege gefunden werden.

Man sollte Modelle ausarbeiten, damit man gelegentlich auch etwas Einnahmen generieren kann, man könnte ja einmal eine anständige Spendenkasse aufstellen, oder man könnte einen guten Shop einrichten.

Bernhard Eicher (JF) für die Fraktion FDP: Die GLP hat offenbar etwas Mühe damit, Investitionskosten und Folgekosten auseinander zu halten. Bei den Versprechungen, die Michael Köpfli erwähnt hat, geht es um Investitionskosten, aber hier reden wir von Folgekosten. Es wurde gesagt, die StaBe sollen bezahlen. Wenn die StaBe bezahlen, haben wir einfach 150'000 Franken weniger Gewinnablieferung, aber die Stadt bezahlt genau gleich, da hat jemand offenbar noch nicht ganz verstanden, wie es läuft. Und das dritte Argument, wir hätten einen Vertrag mit der Polizei, sie solle das machen, ist für mich auch etwas billig. Es war von Anfang an klar, dass wir von der Polizei bestimmte Leistungen erhalten. Wenn wir Zusatzleistungen wollen, müssen wir die auch bezahlen. Und zum Schluss: Wir schicken gern die Trauerpartei, wenn wieder einmal ein Kind in die Aare fällt, zur GLP und zum Grünen Bündnis.

Direktor SUE *Reto Nause*. Der Bärenpark ist ein Riesenerfolg. Nehmen Sie das doch einfach zur Kenntnis und freuen wir uns darüber, statt diesen Erfolg klein zu reden. Zwei Millionen Besucher und Besucherinnen nach einem Jahr: Das ist ein x-faches von dem, was alle Kulturinstitutionen in Bern zusammengenommen erreichen. Das ist im nationalen Kontext unerreicht, dreimal die Street Parade. Im europäischen Kontext spielen wir mit in der Champions League; der Eiffelturm hat 6.5 Mio. Besucher pro Jahr, der Europa-Park in Rust vier Millionen und der Bundestag in Berlin zwei bis drei Millionen. Diesen Zuschaueraufmarsch bewältigt ein Mini-Team, das möchte ich hier betonen, das sich daneben mit Tierbetreuung, Shop, Gästefo etc. auseinander setzen muss. Und wir habend dort unten keine Kriminalitätsproblem. Was wir dort brauchen, ist Sicherheitspersonal für die Lenkung der Besucherströme, Sicherheitspersonal, das das Fütterungsverbot durchsetzt, das die Eltern ermahnt, die ihre Kinder auf die Brüstung setzen. Das sind nicht Aufgaben der KaPo. Allerdings muss ich auch sagen, die Polizei ist ebenfalls mit erhöhter Präsenz vor Ort. Wir können auf diese privaten Sicherheitskräfte ganz einfach nicht verzichten und die 150'000 Franken, die im Budget vorgesehen sind, sind sehr knapp bemessen. Kosten senken ist dann möglich, wenn wir a) den Park in der Nacht schliessen und wenn wir b) Eintritt verlangen. Aber es war genau dieser Rat, der verlangt hat, der Park solle 24 Stunden pro Tag zugänglich sein. Und jetzt müssen Sie halt mit den Folgen dieser Entscheide leben. Oder Sie müssen die Verantwortung übernehmen, wenn dort wieder etwas passiert. Ich sage es noch einmal: Wir haben hier ein Juwel, reden Sie es nicht klein zu einem Klunker. Hören Sie mit dieser Diskussion auf und lehnen Sie diesen Antrag ab.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 25 ab (28 Ja, 35 Nein, 4 Enthaltungen).

Direktion für Bildung, Soziales und Sport

Referentin SBK *Su Elsener* (GFL): Die SBK hat das Budget der BSS diesen August beraten. Die Delegationsbesuche verliefen sehr zufrieden stellend und alle Fragen konnten beantwortet werden. Im Namen der SBK danke ich der Verwaltung hier ganz herzlich. Ich gehe auf die einzelnen Ämter ein. Der Schulzahnmedizinische Dienst wurde einmal mehr als Vorzeigebetrieb gelobt. Das Alters- und Versicherungsamt wird im Moment umgeschichtet, es bleiben nur zwei grössere Produktgruppen übrig, weil ausser Kühlewil alle Alters- und Pflegeheime an den Kanton zurückgeführt wurden. Es ist im Moment ein Alterskonzept in Arbeit. Im Sozialamt kam es zu keiner Fallzunahme, es ist aber zu erwarten, dass diese im nächsten Jahr erfolgt.

Die Fälle werden vor allem durch die steigenden Gesundheitskosten von Mal zu Mal teurer. Die Dienststelle Sucht steht vor der Einführung des Case Managements und konnte auf Grund der stadträtlichen Vorstösse die Zusammenarbeit mit den Leistungsnehmern des Kantons verbessern. Die Drogensituation hat sich generell beruhigt. Die Dienststelle verfügt selber über zu wenige eigene Ressourcen, die Gelder sind kantonal gebunden, darum gibt es hier nicht allzu viel Sparpotenzial für die Stadt. Das Kompetenzzentrum Integration hat seit diesem Sommer ein neues Leitbild, das noch vor den Stadtrat kommen wird. Auch hier sind die Gelder an Leistungsverträge mit dem Kanton gebunden, was unseren Einfluss in Sachen Sparen enorm schmälert. Beim Schulamt stellt die SBK einen Antrag (Nr. 40). Es soll eine neue Kennzahl bei der jetzigen Nr. 7 eingeführt werden, die den Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler auf Realschulniveau beziffert. Das dient der genaueren Erkennung des Gesamtbildes der Schulen. Die wenig besuchte fünfte Ferieninsel im Brunnmatt-Pestalozzi wurde wieder gestrichen. Der Antrag Nr. 41, die Erhöhung der Nettokosten um 50'000 Franken, um die fünfte Ferieninsel weiterzuführen, ist in der SBK durch Stichentscheid abgelehnt worden. Die neue Stelle des Integrationsbeauftragten, der in der Zeit der Einführung von Art. 17 geschaffen wurde, erhöht die Kosten im Schulamt. Zum Gesundheitsdienst. Hier will man das erfolgreiche Projekt „DuSeischWoDüre“ streichen und so 140'000 Franken sparen. Das Projekt bietet in der Oberstufe Lebenshilfe und Orientierungshilfe, besonders in Bezug auf die Berufswahl. Die SBK findet es nicht verantwortbar, das Projekt nach 22 Jahren während dieses Integrationsprozesses völlig zu streichen. Damit in reduziertem Umfang weiter gearbeitet werden kann, beantragt sie, mit einer Enthaltung und ohne Gegenstimme, eine Erhöhung der Nettokosten dieses Produkts um 80'000 Franken (Nr. 50). Damit werden immer noch 60'000 Franken gespart im Vergleich zum Vorjahr. Dementsprechend ist auch die Steuerungszahl, die die Anzahl der durchgeführten Gruppen beziffert, anzupassen. Antrag 49, 150'000 Franken zur Erhöhung der Schulsozialarbeit um eine Hundertprozentstelle, wurde von der Kommission knapp abgelehnt, da die Schulen der Stadt Bern im Moment alle Zugang zur Schulsozialarbeit haben und in diesem Bereich im vergangenen Jahr ausgebaut wurde. Beim Jugendamt gab es durch die Abschaffung der Hängebrücke, die keine grosse Nachfrage mehr hatte, einen Leistungsabbau. Eine Effizienzsteigerung gab es beim Fäger, bei dem mehr Plätze geschaffen wurden, weil der Deckungsgrad auf hohem Niveau gehalten werden konnte. Der nötige und vom Volk beschlossene Ausbau von PINTO wird sich auf das Budget auswirken. Da erst einmal der Bestand erhöht werden muss, entstehen zuerst Investitionskosten, bevor die Präsenz auf der Strasse zu sehen ist. Der Ausbau der Kita-Plätze verursacht beim Jugendamt Mehrkosten. Ich bleibe auf der budgetrelevanten Ebene und gehe nicht auf die Kita-Initiative ein, was ich auch den nachfolgenden Rednerinnen und Rednerinnen empfehlen möchte. Statt der 60 stadträtlich geforderten sieht das Budget 40 neue Kita-Plätze vor. In der SBK haben wir zwei Erhöhungsbeiträge besprochen, einen über 500'000 Franken für 40 neue Plätze, und einen über 250'000 für 20 weitere Plätze. Da der Kanton bei den zusätzlichen Kita-Plätzen, die die Anzahl von vierzig übersteigen, keine Mitfinanzierung vorsieht, wurden beide Anträge mit Stichentscheid als Kommissionsanträge abgelehnt, sie werden heute wieder eingereicht (Nr. 47). Ein weiterer Kommissionsantrag, Nr. 44, betrifft die Jugendarbeit auf der Engehalbinsel. Das ist ein sozialer Brennpunkt. Wir haben den Treff im September als Kommission besucht und uns die Probleme vor Ort angehört. Mit den im Budget vorgesehenen 60'000 Franken wird das Minimum, eine 50%-Stelle, gewährleistet. Mit einer Erhöhung könnten auch sinnvolle Projekte mit den Jugendlichen erarbeitet und durchgeführt werden. Die SBK beantragt eine Erhöhung der Nettokosten um 38'000 Franken. Der Antrag 45 will, dass die Steuerungsvorgaben entsprechend der Erhöhung in Antrag 44 angepasst werden, von 10'500 auf 10'700 Stunden. Beim Sportamt gibt es bei P380120 eine Abweichung von 11%. Diese ist bedingt durch die stets steigenden Heiz- und Nebenkosten der alten Anlagen. Jetzt haben die Renovationsarbeiten im Hallenbad Weyermannshaus angefangen und wegen

der Schliessung sind auch Mindererlöse zu erwarten. Weiter muss die Schliessung für die Schulen neu angeschaut werden, weil zu viel Platz abgesperrt wurde, was zu Mindererlös führte. Das Problem mit den fehlenden Wasserflächen beschäftigt das Sportamt weiterhin und es wird intensiv an einer Lösung gearbeitet. Hier gibt es den Antrag Nr. 54 der SBK. Die Freibadsaison wurde von 21 auf 19 Wochen verkürzt, die erste und die letzte Saisonwoche wurden abgeschnitten. Die SBK beantragt dem Stadtrat die Erhöhung der Nettokosten des Produkts Freibäder um 47'000 Franken. Alle restlichen Anträge zur Direktion BSS konnten in der SBK nicht diskutiert werden, weil sie nicht rechtzeitig eingereicht wurden.

Conradin Conzetti (GFL) für die Fraktion GFL: Unsere Fraktionserklärung betrifft die Direktion BSS als Ganzes, wir werden entsprechend viel weniger Detailbemerkungen machen zu den einzelnen Anträgen. Ich gehe noch einmal von dem aus, was Peter Künzler am Anfang gesagt hat. Mit Blick auf die allgemeine Wirtschaftslage und die Prognosen finden wir das Budget des Gemeinderats alles in allem ein gutes Budget. Es ist die richtige Mischung mit Blick auf die Aufgaben, auf die Stabilität, mit ein paar einzelnen Sparvorgaben. Aus diesem Grund folgen wir bei fast allen Anträgen dem Gemeinderat. Es gibt wenige Ausnahmen, wo wir abweichende Anträge stellen oder auch unterstützen, und das gilt jetzt auch ganz explizit und deutlich unterstrichen für die Direktion BSS. Das bedeutet, wir lehnen den Antrag von SVPplus auf Änderung der neu eingerichteten Steuerungsvorgaben ab. Sie sollten jetzt erst einmal mit ihnen arbeiten können. Man kann ja in den Delegationen und in den Kommissionen überprüfen, ob sie stimmen. Andere Anträge von SVPplus zielen auf die Sitzungs- und Kommunikationsarbeit. Wir wissen natürlich alle, dass Sitzungen und Kommunikationen nicht immer ideal ablaufen, das haben wir z.B. auch in der letzten Budgetsitzung erfahren von Seiten der SVP, aber wir finden, das kann man nicht von aussen beurteilen, das ist eine operative Ebene. Wir bitten einfach die Direktion BSS, das im Auge zu behalten, zudem kann man diese Sitzungsmengen ja auch einmal in der Delegation überprüfen. Völlig gegen die Anträge der SVPplus sind wir bei den Integrationsfragen, bei der Vermittlung von Kultur und bei PINTO, wir finden sie unverständlich. Systemwidrig sind auch die Anträge der GLP auf lineare 1-Prozent-Kürzungen. Das sind nicht sehr effektiv politische Signale und das passt nicht zu unserem System.

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die Fraktion GB/JA!: Auch wir ziehen es vor, effizient zu sein. Im Vergleich zum letzten Jahr stehen wir nicht vor einer Antragsflut der SVP, das freut uns, aber die gestellten Anträge sind äusserst provokativ. Wir sind es von der SVP gewohnt, über Kürzungsvorträge zu beraten, die nicht durchdacht sind oder nur das Ziel verfolgen, das System zu sabotieren. Überrascht sind wir von den pauschalen Anträgen der GLP. Sie will in allen Ämtern eine lineare Sparübung durchziehen. Offenbar ist es für die GLP nicht wichtig zu wissen, auf wessen Kosten diese Sparübung betrieben wird. In meinem Votum werde ich auf Sparanträge generell oder punktuell eingehen. Anträge 27 und 28: Unsere Drogenpolitik basiert auf dem Drei-Säulen-Prinzip Schadensminderung, Prävention und Therapie. Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton und Gemeinde ist sehr wichtig, um die Drogenpolitik der Stadt Bern erfolgreich durchzuführen. Dafür brauchen wir eine Koordinationsstelle Sucht. Wir lehnen Sparanträge in diesem Bereich ab. Das neue Ausländergesetz, seit dem 1. Januar 2008 in Kraft, legt grosses Gewicht auf die Integration der Migrantinnen und Migranten. Die Integration ist eine gesellschaftliche Aufgabe, Grundstein einer erfolgreichen Integration sind Zugang zum Arbeitsmarkt, Partizipation, Rassismusbekämpfung, Sensibilisierung etc. Diese Massnahmen werden vom Kompetenzzentrum Integration durchgesetzt.

Zur Kürzung beim Sozialamt um ein Prozent: Das Sozialamt wurde während der letzten Jahre zur Zielscheibe der Kritik: Sozialhilfemissbrauch, fehlende Kontrolle im Sozialdienst, lasches Sozialpersonal usw. Im Grundsatzpapier Sozialhilfe 2008 wurden über 100 Massnahmen be-

schlossen. Unter anderem wurden die Fallzahlen der Sozialarbeitenden reduziert, was mehr Ressourcen bringt für die Betreuung der Klienten und für Kontrolle. Die steigenden Kosten in der Sozialhilfe sind auf Grund gebundener Kosten, z.B. Mietzinskosten, Gesundheitskosten und die restriktive Praxis der IV entstanden. Sollte die AVIG-Revision angenommen werden, müssen die Gemeinden mit einer massiven Fallzunahme und mit Mehrkosten rechnen. Die Mittel des Sozialamtes sind knapp bemessen. Wenn wir diesem Antrag zustimmen, so müssen wir mit einer Budgetüberschreitung rechnen. Leider ist die Anzahl der Sozialhilfe Beziehenden eines Ortes ein Spiegelbild von dessen Wirtschaft.

Kürzung Schulamt: Beim Schulamt sind die Ausgaben – Lehrerbildung, Tagesschulpersonal, interne Kosten, Infrastruktur und Verwaltung Unterhalt etc. – zum grössten Teil vom Kanton festgelegt. Dazu kommen gesetzliche und vertragliche Verpflichtungen mit bildungsnahen Institutionen wie Kornhausbibliothek, Musikschulen Volkshochschule etc. Alle diese Beträge basieren auf gesetzlichen Grundlagen oder Leistungsverträgen und können nicht gekürzt werden. Sparanträge, die das Angebot für Kinder verschlechtern, lehnen wir ab. Zu Antrag 42, Erhöhung der Gruppengrösse pro Betreuende: Bereits im 2007 hat man mit den vorgeschlagenen Sparmassnahmen versucht, diese Anpassung zu machen. Die Reaktion der betroffenen Tagesschulleiterinnen war klar und deutlich: Keine Qualitätseinbussen auf Kosten der Kinder. Die Tagesschulen haben einen pädagogischen Auftrag, der darunter leiden würde: Aufgabenhilfe, Sport treiben, Freizeit gestalten etc. Wir sind der Meinung, dass wenn es um Qualität geht, die Vorgaben des Kantons übertroffen werden sollten. Bei der Bildung zu sparen betrachten wir als verantwortungslos. Zu Antrag 44: Von den 43.6 Mio. Franken des PGB Jugendamt ist der weitaus grösste Teil entweder vom Kanton direkt finanziert oder im Lastenausgleich. Durch die Sparmassnahmen der letzten Jahre verfügt das Jugendamt über keinen finanziellen Spielraum mehr. Wenn der Stadtrat diesem Antrag zustimmt, wären über 400 Stellenprozent gefährdet. Zum Antrag 47, vierzig zusätzliche Kita-Plätze: Die Nachfrage ist gegeben. Wenn wir den Ausbau weiterführen, kann die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf garantiert werden. Es ist auch eine Tatsache, dass gute familienergänzende Angebote die Geburtenrate erhöhen. Ein gutes Beispiel dafür ist Frankreich, mit einer Geburtenrate von 2.2. Dazu kommt, dass Kindertagesstätten eine pädagogische Aufgabe erfüllen, z.B. bei der Frühförderung der Kinder. Es ist in unserem eigenen Interesse, genügend qualitativ gute Plätze anzubieten. Zu Antrag 48: Die Änderungen des Betrages sind unter anderem wegen der folgenden Punkte nicht realisierbar: Städtische Anstellungsbedingungen, 40-Stunden-Woche, Sozialleistungen, Vaterschaftsurlaub verursachen höhere Personalkosten; die städtischen Betriebe beschäftigen fast keine Praktikantinnen, die als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden; deutlich mehr Lehrstellen in städtischen Betrieben als bei Privaten, teilweise höhere Liegenschaftsaufwendungen, unterschiedliche Betreuungsintensität, Controlling Kanton und Stadt, Grundlagenarbeit Informatik etc., die den Privaten nicht oder nur teilweise verrechnet werden, belasten die städtischen Betriebe; tiefere Einnahmen infolge Aufnahme nach sozialen Indikation und Dringlichkeit. Die Umsetzung der Sparvorgabe würde bedeuten, dass die Qualitätsvorgaben der ASIV nicht mehr eingehalten werden könnten und Lehrstellen abgebaut werden müssten, es käme zu einem kurzfristigen massiven Personalabbau mit Kündigungen und Problemen mit den bestehenden rechtlichen Personalgrundlagen. Zudem ist festzuhalten, dass die städtischen Betriebe in den letzten Jahren die Kosten bereits gesenkt haben. Die GB/JA!-Fraktion verfolgt eine soziale und familienfreundliche Politik, wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der niemand fallengelassen oder ausgeschlossen wird, sondern in der alle das Recht und die Möglichkeit auf Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Leben haben. Dementsprechend werden wir uns bei den Abstimmungen verhalten.

Bernhard Eicher (JF) für die Fraktion FDP: Ich kann es recht kurz machen, unsere Fraktion wird grundsätzlich alle Kürzungsanträge annehmen. Wir haben ja schon x Mal aufgezeigt,

dass wir dort sehr viel Sparpotenzial sehen. Im Gegenzug werden wir alle Erhöhungsanträge ablehnen, weil wir den Sinn dahinter nicht sehen. Wenn es zu einer Debatte kommt, können wir uns immer noch im Detail dazu äussern. Es gibt zwei Ausnahmen. Die Streichung von PINTO werden wir grossmehrheitlich ablehnen, wir haben uns schon mehrmals als Fraktion zu PINTO geäussert und zwar positiv und daran halten wir fest. Das zweite, was wir annehmen werden, ist der Erhöhungsantrag bei den Freibädern. Wir sehen nicht ein, warum man hier einen Riesenaufwand betreibt und die Leute verärgert, um einen so geringen Betrag einzusparen. Dort hat sich die zuständige Gemeinderätin wohl etwas verrannt und es hätte eine gewisse Grösse gebraucht, den Antrag zurückzuziehen, aber wir werden jetzt mithelfen, ihn abzulehnen.

- | | | | |
|-----|---|----|--|
| 26. | S. 220
Direktions-
stabsdienste
(300300)
S. 321, Alters-
und Ver-
sicherungsamt
(350300) | GR | Kürzung Nettoerlös Dienststelle um
Fr.13'334'000.00 auf Fr. 65'511'809.40

Kürzung Nettoaufwand Dienststelle um Fr.
13'334'000.00 auf Fr. 35'899'549.84 ⁷ |
|-----|---|----|--|

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 26 zu.

- | | | | |
|-----|---|---------|---|
| 27. | S. 224
Direktions-
stabsdienste
(300200) | SVPplus | Steuerungsvorgabe ändern:
1) Anzahl Sitzungen: soll gesenkt werden auf 8
[statt mind. 12]pro Jahr |
|-----|---|---------|---|

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 27 ab (22 Ja, 42 Nein).

- | | | | |
|-----|---|---------|---|
| 28. | S. 224
Direktions-
stabsdienste
(300200) | SVPplus | Steuerungsvorgabe 2) Veranstaltung für Nach-
barschaft ersatzlos streichen [statt mind. 1] |
|-----|---|---------|---|

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Hier geht es uns darum, dass wir niemanden zu etwas zwingen möchten: Die vorgesehene Veranstaltung kann zwanglos geschehen, es braucht keine Steuerungsvorgabe, damit man sieht, ob man das gemacht hat oder nicht. Vielleicht ist ja auch mancher Nachbar froh, wenn er nicht zu einem Anlass eingeladen wird oder mit seinen Nachbarn ein Fest organisieren muss.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Ich bitte darum, den Antrag abzulehnen, der Kontakt zur Nachbarschaft der Anlaufstelle ist sehr wichtig. Wenn man das nicht hätte, würde Mehraufwand entstehen für andere Stellen und für die Kantonspolizei, die ist bei diesen Nachbarschaftsversammlungen auch dabei.

⁷ Gemäss GR- Beschluss 1351 Anpassung Globalkredit in 2 Dienststellen bedingt durch die Änderung des Finanzierungssystems Spitex (neu Kanton statt Stadt)

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 28 ab (18 Ja, 43 Nein).

29.	S. 230	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 42'696.90 auf Fr. 239'949.10 zu Lasten Zusammenarbeit Migrationsbevölkerung
	Direktionsstabsdienste (300410)		

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir haben bei der Immigration eine deutliche Kürzung beantragt, weil wir der Meinung sind, nach gewissen Jahren des Ausbaus sollten Resultate vorliegen. Und wenn diese Resultate vorliegen, kann man davon ausgehen, dass es etwas günstiger wird. Wir wollen das nicht abschaffen, die Migration braucht Geld, das ist uns klar, aber wir sind der Meinung, es brauche nicht so viel.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 29 ab (21 Ja, 46 Nein).

Der Vorsitzende: Bei den Anträgen 30 bis 35 geht es um Steuerungsvorgaben, wir werden sie alle miteinander diskutieren.

Direktionsstabsdienste (300400)

30.	S. 232	SVPplus	Steuerungsvorgabe 1) Anzahl verwaltungsinterner Informationsveranstaltungen: ändern auf 6 [statt 10]
31.	S. 233	SVPplus	Steuerungsvorgabe 2) Anzahl verwaltungsexterner Informationsveranstaltungen: ändern auf 30 [statt 40]
32.	S. 233	SVPplus	Steuerungsvorgabe 3) Einsatz von Kommunikationsmitteln: ändern auf 6 [statt 10]
33.	S. 233	SVPplus	Steuerungsvorgabe 4) Forum und Treffen: ändern: max. 1 [statt mind. 1]
34.	S. 233	SVPplus	Steuerungsvorgabe 5) Anzahl neuer Partizipationsprojekte :ändern auf 1 [statt 2]
35.	S. 233 und 234	SVPplus	Kennzahl ändern in neue Steuerungsvorgabe: 8) Konferenz der Integrationsverantwortlichen Zahl: maximal 2 Sitzungen pro Jahr

Peter Bühler (SVP) für die Fraktion SVPplus: Das Problem ist, dass das Ganze gar nicht so ausgelastet wird, wie es vorgegeben ist. Wir wollen z.B. beim Antrag 30 eine Änderung auf sechs, weil wir finden, das genüge. Bei den verwaltungsexternen Informationsveranstaltungen braucht es nicht 40 Stück, weil diese 40 Stück nie so ausgelastet sind, wie es angeblich verlangt wird, da reichen dreissig. Bei der Steuerungsvorgabe 3, Einsatz der Kommunikationsmittel, reichen ebenfalls sechs statt zehn und bei Antrag 33 ist es genau dasselbe, dort wollen wir ein Maximum und nicht ein „mindest“. Eine Veranstaltung reicht. Bei 34 wollen wir maximal zwei Sitzungen der Integrationsverantwortlichen, das ergibt bei 35 eine Änderung in der Kennzahl. Wir sind also dafür, dass man das durchführt, aber so, wie es benötigt wird und nicht so, dass man gleich noch einen drauflegt und sagt, machen wir noch etwas zusätzlich, damit wieder etwas Geld rausgeknallt wird.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 30 ab (30 Ja, 37 Nein).
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 31 ab (29 Ja, 37 Nein).

3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 32 ab (30 Ja, 37 Nein).
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 33 ab (30 Ja, 37 Nein).
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 34 ab (29 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltung).
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 35 ab (30 Ja, 37 Nein).

Die Sitzung wird um 16.30 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.45 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Guglielmo Grossi	Stéphanie Penher
Peter Ammann	Beat Gubser	Halua Pinto de Magalhães
Cristina Anliker-Mansour	Leyla Gül	Pascal Rub
Rania Bahnan Buechi	Lukas Gutzwiller	Rahel Ruch
Vinzenz Bartlome	Kurt Hirsbrunner	Hasim Sancar
Giovanna Battagliero	Jimmy Hofer	Martin Schneider
Kathrin Bertschy	Mario Imhof	Alexandre Schmidt
Henri-Charles Beuchat	Roland Jakob	Silvia Schoch-Meyer
Sonja Bietenhard	Ueli Jaisli	Miriam Schwarz
Lea Bill	Dannie Jost	Yves Seydoux
Manfred Blaser	Ruedi Keller	Tanja Sollberger
Peter Bühler	Daniel Klausner	Hasim Sönmez
Rithy Chheng	Vania Kohli	Barbara Streit-Stettler
Conradin Conzetti	Michael Köpfler	Luzius Theiler
Bernhard Eicher	Peter Künzler	Aline Trede
Susanne Elsener	Lea Kusano	Gisela Vollmer
Tania Espinoza	Annette Lehmann	Nicola von Greyerz
Regula Fischer	Edith Leibundgut	Tanja Walliser
Rudolf Friedli	Daniela Lutz-Beck	Peter Wasserfallen
Jacqueline Gafner Wasem	Martin Mäder	Thomas Weil
Judith Gasser	Ursula Marti	Béatrice Wertli
Jeannette Glauser	Corinne Mathieu	Manuel C. Widmer
Simon Glauser	Robert Meyer	Rolf Zbinden
Thomas Göttin	Christine Michel	Christoph Zimmerli
Claude Grosjean	Patrizia Mordini	Beat Zobrist

Entschuldigt

Dolores Dana	Stefan Jordi	Martin Trachsel
--------------	--------------	-----------------

Vertretung Gemeinderat

Barbara Hayoz FPI	Edith Olibet BSS	Regula Rytz TVS
-------------------	------------------	-----------------

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD	Reto Nause SUE
-------------------------	----------------

Ratssekretariat

Bettina Kläy, Ratssekretärin	Beat Roschi, Ratsweibel
Barbara Waelti, Protokoll	Petra Hirt, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadt-
schreiberin

4 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2011 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung: Detailberatung

BSS: Sozialamt

- | | | | |
|-----|----------------------------|-----|---|
| 36. | S. 236; Sozialamt
(310) | GLP | Kürzung der Nettokosten (Globalbudget) um 1%, somit Kürzung Nettokosten um Fr. 939'558.00 auf Fr. 93'016263.69 ⁸ (Lastenausgleich muss noch berücksichtigt werden) |
| 37. | S. 268; Schulamt
(320) | GLP | Kürzung Globalbudget um 1%, d.h. Kürzung Nettokosten von Fr. 97'561'338.55 um 975'613.00 auf Fr. 96'585'725.55 zulasten 320 ⁹ |

Kathrin Bertschy (GLP) für die GLP-Fraktion: Wie im letzten Jahr beantragen wir wiederum eine Kürzung der Nettokosten um 1% im Sozialamt, im Schulamt und im Jugendamt, dies betrifft die Anträge Nrn. 36, 37 und 43. Begründung: Der überproportionale Anstieg der Kosten in der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) und der Unwille, diese Kostensteigerungen zu dämpfen. Wir sind dagegen, dass bei sinnvollen externen Projekten und Dienstleistungen an der Bevölkerung gespart wird; stattdessen soll das Wachstum des Verwaltungsapparates gestoppt werden. Die vorgelegten Sparvorschläge sind derart unpopulär, dass der Eindruck entsteht, sie würden im Wissen unterbreitet, dass der Stadtrat sie rückgängig macht. Wir sind überzeugt, dass auch in der BSS die Kosten konstant gehalten werden können. Ausser den 40 zusätzlichen Tagesbetreuungsplätzen, die mit 500'000 Franken budgetiert sind, ist kein Leistungsausbau ersichtlich, der eine Kostensteigerung in dem Ausmass rechtfertigte. Wir wären geneigt, die Anträge Nrn. 50 und 44 der SBK anzunehmen. Diese betreffen den Gesundheitsdienst, mit einer Erhöhung der Nettokosten um 80'000 Franken für das Projekt „DuSeischWoDüre“ (DSWD) sowie das Jugendamt (Jugendarbeit Engehalbinsel). Jedoch sind wir nicht bereit, das Budget zusätzlich auszubauen. Wir werden diese Anträge nur dann unterstützen, wenn die linke Ratshälfte bei der Einsparung eines dementsprechenden Betrages mithilft. Eine Einsparung von einem Prozent in diesen Ämtern erscheint uns vertretbar und nicht systemwidrig. Die BSS als einzige Direktion gedenkt innerhalb des internen Verwaltungsapparates keine Einsparungen zu machen. Unsere Anträge fordern dazu auf, dies nachzuholen.

Leyla Gül (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Selbst wenn die Anträge für lineare Kürzungen nicht systemwidrig wären, sind sie schwach und bedeuten ein Zeichen politischer Hilflosigkeit. Sie beweisen, dass den Antragstellenden die Ideen fehlen, wo genau gespart werden soll. Die Anträge der SVP erscheinen da ehrlicher, indem sie klar bezeichnen, was weggespart werden soll. Zum Sozialamt: In den letzten Jahren leistete das Sozialamt eine enorme Arbeit, nebst

⁸ Die Ausgaben der Ämter in der BSS steigen seit Jahren massiv überproportional zum Rest der Verwaltung. Die Sparanstrengungen, die der Gemeinderat vorschlägt, sind grösstenteils für die GLP nicht zielführend. Es werden Alibisparübungen vorgeschlagen, wohl im Wissen, dass diese so unpopulär sind, dass sie vom Rat wieder ins Budget aufgenommen werden (bspw. Öffnungszeiten Bäder). Daneben werden erfolgreiche externe Projekte gestrichen. Die GLP ist dagegen, dass primär bei sinnvollen Projekten und Leistungen für die Bevölkerung gespart wird. Vielmehr muss das Wachstum des Verwaltungsapparats endlich gebremst werden.

⁹ Siehe Begründung Sozialamt. Hier möchte die GLP explizit auf die wachsende Bildungsbürokratie hinweisen, welche auch viele Lehrer vor den Kopf stösst, siehe bspw. <http://das-magazin.ch/index.php/frachi-schnore-fuule-siech/>

dem Tagesgeschäft setzten die Mitarbeitenden ein grosses Massnahmenpaket um, überprüften immer wieder ihre eigene Arbeit und hielten grossem politischen Druck stand. Vor dem Hintergrund ist der Antrag GLP, der nahezu eine Million Franken einsparen will, ziemlich unanständig. Unsere Fraktion ist nicht grundsätzlich dagegen, das „Wachstum des Verwaltungsapparates“ zu stoppen. Aber wenn wir der Verwaltung ständig mehr Arbeit zuweisen, sollten wir uns über zeitliche Verzögerungen bei deren Erledigung nicht wundern. Zum Schulamt: Auch hier soll fast eine Million Franken eingespart werden – mit fadenscheiniger Begründung. Der genannte Artikel im *Magazin* über den Lehrer Alain Pichard mag witzig und anregend sein, stellt aber bloss die Einzelmeinung eines Lehrers dar. Es ist peinlich, sogar unseriös, dessen Aussage als Beweis für eine wachsende Bildungsbürokratie zu nehmen. Zum Jugendamt: Hier fehlt jede Begründung, warum fast eine halbe Million einzusparen sei, offenbar sind da den Antragstellenden die Ideen vollends ausgegangen. Eine Erklärung wäre da zu erwarten, zumal diese Kürzung zur Folge hätte, dass das Kita-Platzangebot nicht weiter ausgebaut werden könnte, was wiederum in Widerspruch steht zu den weiteren Äusserungen der GLP zum Thema. Unsere Fraktion lehnt die Anträge Nrn. 36, 37 und 43 ab.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Die GLP hat deutlich erklärt, wieso sie diese linearen Kürzungen vorbringt: Die BSS macht Kürzungen, sogenannte „Sparanträge“, von denen sie weiss, dass sie nicht durchkommen; so kann man sich anschliessend bequem zurücklehnen und auf den Stadtrat verweisen, der nicht sparen wollte. Beispielsweise die Kürzung der Freibad-Saison um zwei Wochen, die nicht einmal 50'000 Franken ausmacht, stellt einen Witz dar, dagegen muss man sich grundsätzlich stellen. Bringt es die BSS nicht zustande, substantielle Anträge zu unterbreiten wie andere Direktionen, muss man zum Mittel der linearen Kürzung greifen. Das ist kein Ausdruck von Hilflosigkeit.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Die SP ist nicht gegen Einsparungen bei der Bürokratie, aber von Ihrer Seite finden sich keine Anträge, die uns helfen, bei der Bürokratie zu sparen. Von daher muss man zu derartigen Mitteln greifen, auch wenn sie unsympathisch sind. Man muss dies ins richtige Verhältnis setzen: Anbetrachts eines Landes in Europa, wo 40% Einsparungen erbracht werden müssen, erscheint die Forderung nach einem Prozent als Glücksfall. Ein Prozent ist machbar und möglich. Wenn das BSS selbst keine vernünftigen Anträge bringt, liegt die Lösung in diesem Mittel. Wir bitten um Zustimmung zu den drei Anträgen.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Die GLP-Sprecherin rügte das Vorhandensein eines Unwillens zur Kostendämpfung. Bei der Bildung und im Sozialen geht es nicht um Investitionen, die man via Abschreibungen und Zinsaufwand usw. über mehrere Jahre abzahlt, vielmehr handelt es sich in diesen Bereichen um Aufgaben in Form von Investitionen in die Zukunft, die in der laufenden Rechnung jedes Jahres anfallen. Dies sind die grossen Kostenblöcke in den Bereichen Schul-, Sozial- und Jugendamt. Es wurde gesagt, dass absichtlich unpopuläre Massnahmen vorgeschlagen würden und unterstellt, dies geschähe im Wissen, dass der Stadtrat diese ablehne. Man muss wissen, dass wir in diesen Bereichen einerseits von kantonaler Ebene, andererseits beispielsweise von der Konjunktur gesteuert werden. Diese Dinge können wir nicht bestellen. Wir würden gerne weniger ausgeben, wenn die Situation so wäre, dass es keine Erwerbslosen gäbe und alle Leute aus eigener Kraft ihre Existenz sichern könnten. In diesem Sinne handelt es sich um viele gebundene Kosten: Es steht ausser Frage, ob wir die Löhne der Lehrer und Lehrerinnen bezahlen oder ob wir Tagesschulen einrichten, wo Angestellte nach kantonalem Anstellungsreglement oder Angestellte nach städtischen Vorschriften beschäftigt werden, genauso wie in der familienergänzenden Kinderbetreuung.

Ihre Unterstellung, dies sei Bürokratie, führt mich zu der Frage: Ist denn Sozialhilfe Bürokratie?

Es wurde gesagt, die Verwaltung werde ständig grösser. Dagegen steht die Betrachtung, wo in den letzten Jahren innerhalb der BSS Stellen ausgebaut oder geschaffen wurden: 1. Im Schulbereich ist dies bei den Schulsekretariaten geschehen, welche die Schulleitungen bei ihren Aufgaben unterstützen, nicht zuletzt, weil die administrativen Anforderungen (vor allem auch) von der kantonalen Seite her anwachsen. Im Budget des Schulamtes fand der Stollenausbau bei den Tagesschulen statt, denn gesetzlich besteht ein Recht auf einen Tagesschulplatz. Dies sind die Stellen, die in dieser „bürokratischen“ Verwaltung ausgebaut wurden. Im Schulamt wird 2011 die Stelle für die Integration weitergeführt, diese wurde vom Stadtrat selbst bei der Teilrevision ins Schulreglement hineinschrieben. Ausserdem gab es eine Stelle bei der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT), die wir im Rahmen der Vorlage an den Stadtrat zwecks Unterstützung der Lehrpersonen ausgewiesen hatten. 2. Im Sozialamt wurden Stellen in folgenden Bereichen ausgebaut: Sozialinspektorat und administrative Stellen, die der Kanton von 30% auf 50% heraufsetzte. Wir brauchen diese Stellen. Würden wir die Erhöhung nicht machen, müssten wir gleichzeitig mit einer Kürzung bei den Sozialarbeitenden rechnen. Wenn die wirtschaftliche Situation schlecht ist, steigen unsere Fallzahlen und wir müssen das notwendige Personal zur Verfügung stellen. Ueli Jaisli besuchte den Sozialdienst Bern-West und konnte sich ein Bild davon machen, unter welchem Druck und mit wie vielen Fällen die Leute dort arbeiten. In der Kernverwaltung wurde beim Sozialamt nicht ausgebaut. Vieles im Kompetenzzentrum Arbeit sind Aufträge des Kantons; diese werden zu 100% abgegolten, wenn sie vom BECO sind oder gehen in den Lastenausgleich ein, wenn sie von der GEF stammen. Es liegt im Interesse von uns allen, dass die Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen, die arbeitslos und ausgesteuert sind, wieder Zugang in den Arbeitsmarkt finden. 3. Zum Jugendamt: Die Einrichtung familienergänzender Betreuungsplätze in den städtischen Kitas hat Auswirkungen auf den Stellenetat. Wir haben in diesen Kitas Plätze geschaffen, um die Infrastruktur besser auszunutzen und optimieren zu können. Dergestalt ist die angebliche Bürokratie, wie sie die GLP darstellt und worauf andere liebevoll einsteigen. Ich bitte um Ablehnung dieser linearen Kürzungsanträge. Hier geht es um Erweiterungen, die wir nicht selbst steuern können.

Kathrin Bertschy (GLP): Mit dem Ausdruck vom Verwaltungsapparat sind nicht nur Stellen gemeint. Sämtliche andere Direktionen erbringen Einsparungen bei den Sachkosten (bei Drucksachen, Honoraren usw.), was aber der BSS nicht gelingt. Von daher unsere Vorschläge mit der linearen Kürzungsmassnahme.

Direktorin BSS *Edith Olibet:* Auch wir machten Einsparungen bei den Sachkosten, die werden aber nicht einzeln aufgeführt.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 36 ab (31 Ja, 39 Nein). *Abst.-Nr. 033*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 37 ab (31 Ja, 39 Nein). *Abst.-Nr. 034*

BSS: Schulamt

- | | | | |
|-----|---------------------------|---------|---|
| 38. | S. 270; Schulamt (320120) | SVPplus | Kürzung der Nettokosten um Fr. 125'371.04 auf Fr. 700'000 zulasten Besondere Angebote für Integration und Chancengleichheit |
|-----|---------------------------|---------|---|

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Es kann nicht sein, dass wir jedes Jahr einer Budgeterhöhung im Schulamt zustimmen, ohne dass greifbare Resultate oder Verbesserungen vorliegen. Die ewigen Versuchsprojekte müssen ein Ende haben, dasselbe gilt für die Integrationsprojekte. Auch unsere Kinder sollen gefördert werden und besitzen ein Anrecht auf eine gute und faire Ausbildung. Es ist falsch, die ganze Schulbildung auf die Migration zu fokussieren. Es bringt nichts, weiter für den aufgeblähten und einseitigen Schulapparat zu bezahlen. Deswegen verlangen wir hier eine vertretbare Kürzung.

Ursula Marti (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion lehnt die Anträge der SVPplus ab. In Zeiten, wo der kantonale Integrationsartikel umzusetzen ist, wo soziale Integration und Chancengleichheit vordringlich sind und von allen Seiten gefordert werden und wo alle nach Gewaltprävention schreien, geht eine Streichung derartiger Projekte nicht an.

Direktorin BSS *Edith Olibet* für den Gemeinderat: Ich muss Ueli Jaisli enttäuschen. Mit den Besonderen Angeboten werden nicht ausschliesslich Migrantinnen und Migranten bedient. In diesem Produkt enthalten sind beispielsweise die MuKi-Deutschkurse, incluso und Kamäleon (ein Unterstützungsangebot für die Sekundarstufe I und II); weiter sind da die Kosten für den HSK-Unterricht samstags morgens, oder „Mein Körper gehört mir“, ein Angebot, das für alle Unterstufenklassen zum Schutz der Kinder durchgeführt und auch besucht wird.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir beabsichtigen nicht, alles zu kürzen, so bleiben gewisse Dinge erhalten. Aber bei einigen Dingen ist der Rotstift anzusetzen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 38 ab (17 Ja, 50 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 035*

- | | | | |
|-----|---------------------------|---------|---|
| 39. | S. 270; Schulamt (320130) | SVPplus | Kürzung der Nettokosten um Fr. 34'530.56 auf Fr. 160'000 (Kulturvermittlung- und Pädagogik) |
|-----|---------------------------|---------|---|

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Die Kultur ist in den Schulen ausreichend integriert und muss nicht noch zusätzlich vermittelt werden. Ausserdem stellt sich die Frage, welche Kultur – unsere Kultur ist zu vermitteln und nicht zu verdrängen. Auch hier muss die Fairness gewahrt bleiben. Einseitige und abgedrehte Darstellungen sind zu eliminieren. Es muss eine ganzheitliche und korrekte Vermittlung unserer Kultur geschehen, es ist nicht nötig, jedem Migranten seine eigene Kultur speziell zu vermitteln. Hier ist Integrationswillen gefragt, deshalb diese Kürzung von 34'530 Franken.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 39 ab (28 Ja, 40 Nein). *Abst.-Nr. 036*

- | | | | |
|------|-----------------------------------|----------|---|
| 40. | S. 275 und 277; Schulamt (320100) | SBK | Kennzahl ergänzen: 7): Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler im Realschulniveau |
| 40.a | S. 275 und 277; Schulamt (320100) | SVP plus | Kennzahl ergänzen: 7): Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Sekundar- und Realschulniveau ¹⁰ |

¹⁰ Um eine aussagekräftige Kennzahl zu erhalten reicht es nicht aus, den ausländischen Schülerinnen und Schüleranteil im Sekundar- und Realschulniveau zu bestimmen. Aussagekräftig ist jedoch der Anteil an Schülerinnen- und Schülern mit Migrationshintergrund im Sekundar- und Realschulniveau.

SBK-Präsidentin *Susanne Elsener* (GFL) für die Kommission: Die beiden vorliegenden Anträge betreffen nicht die gleiche Sache: Beim einen geht es um die Unter- bis Mittelstufe (Realschule), beim anderen um die Oberstufe. Ausserdem wird der Ausdruck „ausländische Schülerinnen und Schüler“ durch „Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund“ ersetzt. Migrationshintergrund ist ein problematischer, da schwammiger Begriff: Habe ich beispielsweise einen Migrationshintergrund, weil ich eine deutsche Mutter habe? Ich empfehle Ihnen die Annahme des Antrages der SBK.

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Es geht sehr wohl um dasselbe, wir haben einzig die Oberstufe mit Sekundarschulniveau hineingenommen. Die Kennzahl als solche wollen wir erheben, aber wir bestehen auf dem Ausdruck „Migrationshintergrund“, denn was heisst ausländisch? Wenn beide Eltern Ausländer sind, ist das Kind auch ausländisch – oder wie wollen Sie dies formuliert haben? Migrationshintergrund bezeichnet klar, was wir wollen. Die Kennzahl soll über alle Stufen erhoben werden, weil ja die Kinder nicht nach der sechsten Klasse aus der Schule gehen.

Martin Schneider (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Ich schliesse mich dem Votum von Susanne Elsener an: Es geht um zwei verschiedene Dinge, die nicht gegeneinander ausgemehrt werden können. Beim einen geht es um ausländische Schüler im Realniveau, beim anderen geht es um das „Kind mit Migrationshintergrund“ im Sekundarschulbereich.

Beschluss

1. Der Antrag 40 der SBK obsiegt dem Antrag 40a der SVPplus (58 Ja, 12 Nein). *Abst.-Nr. 037*
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 40 der SBK stillschweigend zu.

41.	S. 279 und 282; Schulamt (320240)	SP/JUSO	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 50'000 auf Fr. 564'431.28 Neue Steuerungsvorgabe Nr. 6 Ferieninsel: Anzahl Standorte: 5 (bisher Kennzahl) ¹¹
-----	--	---------	--

Ursula Marti (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es geht hier um die Ferieninseln. Wir stellen dazu einen gemässigten Antrag, den wir reiflich überlegt und abgewogen haben (und nicht gedankenlos stellen, wie man uns oft vorwirft). Wir wollen gegenüber dem letzten Budget nicht 100'000 Franken einsparen, sondern nur 50'000 Franken. Somit kann der fünfte Standort der Ferieninseln erhalten bleiben. Er muss nicht geschlossen werden und man kann ihn während derjenigen Wochen mit der grössten Nachfrage weiter betreiben. Die Ferieninseln sind für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unabdingbar. Die Tagesschulen sind nur während der Schulzeit geöffnet. Während der dreizehn Wochen Schulferien sind erwerbstätige Eltern, die in der Regel nur über fünf Wochen Ferien verfügen, darauf angewiesen, dass ihnen für die übrigen Ferienwochen eine Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung steht. Wer immer in diesem Rat sich ein Engagement für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf die Fahne schreibt, sei zur Zustimmung zu diesem Antrag aufgefordert.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Ich bitte um Ablehnung dieses Antrages. Die fünfte Ferieninsel ist momentan einfach nicht notwendig. Das Ziel lautet nicht, fünf Ferieninseln zu führen, sondern

¹¹ Die Kürzung gegenüber dem Vorjahr von 101'000.00 ist zu hoch und soll nur zur Hälfte erfolgen. Der 5. Standort kann somit erhalten bleiben. Die Ferieninseln sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig, da die Tagesschulen während der Ferienzeit (13 Wochen/Jahr) nicht geöffnet haben, die erwerbstätigen Eltern aber meist nur 5 Wochen Ferien beziehen können.

den Kindern, die Plätze bei den Ferieninseln benötigen, eine Aufnahme zu bieten. Es ist verantwortlich, dies in der vom Gemeinderat beantragten Art zu gewährleisten.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 41 ab (31 Ja, 36 Nein). *Abst.-Nr. 038*

- | | | | |
|-----|------------------------------|-----|---|
| 42. | S. 281; Schulamt
(320200) | GLP | Änderung der Steuerungsvorgabe 4) Betreuungsschlüssel Tagesschulen. Vorgabe „Anzahl Kinder pro Betreuungsperson“ (P210) wird erhöht auf 10 bis 12 [anstatt 10]. Der Gemeinderat wird beauftragt, die daraus erfolgenden Anpassungen im Produktgruppen-Budget vorzunehmen. ¹² |
|-----|------------------------------|-----|---|

Kathrin Bertschy (GLP) für die GLP-Fraktion: Wir fordern die Anpassung dieser Steuerungsvorgabe, weil es ausreicht, wenn die Stadt die gesetzliche Vorgabe von 10 bis 12 Kindern pro Betreuungsperson einhält, gemäss Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV). Es gibt keinen Grund, weshalb wir die kantonalen Vorgaben übererfüllen sollten.

Lea Kusano (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Während der letzten Jahre wurde im Bereich der Tagesschulen vieles erreicht. Schülerinnen und Schüler können heutzutage in der Stadt Bern ohne weitere Probleme einen Tagesschulplatz in Anspruch nehmen. Aktuell befinden wir uns in einer zweiten Phase, wo es um die Detailarbeit geht: Die Qualität ist im Detail auszubauen und zu optimieren, beispielsweise um bei den Räumlichkeiten beste Qualität zu erreichen. In der Tagesschule werden Kinder vom Kindergartenalter bis und mit der neunten Klasse betreut. Die grosse Spannweite stellt das Betreuungspersonal vor grosse Anforderungen. Deshalb ist der Einsatz der nötigen Mittel wichtig, damit die Betreuung optimal funktionieren kann. Wir lehnen diesen Antrag ab.

Conradin Conzetti (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion hat diesen Antrag lange besprochen, wurde sich aber nicht einig. Einige finden es einleuchtend, dass man die kantonale Vorgabe von zehn bis zwölf Kindern pro Betreuungsperson nicht unterbietet, weil es sich um eine sinnvolle und stimmige Vorgabe handle. Andere sind der Ansicht, dies bedeute eine Qualitätsfrage und müsse bei Tagesschulen innerhalb der Stadt anders als in ländlichen Gebieten beurteilt werden. Wir geben ein politisches Signal an die Direktion BSS, diese Frage ist weiter zu bearbeiten und zu klären. Wir werden dazu unterschiedliche Stimmen abgeben.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Tagesschulen sind nicht nach der ASIV gesteuert. In diesem Bereich spielt die ASIV keine Rolle mehr, denn die Tagesschulen wurden in die Erziehungsdirektion transferiert. Der Betreuungsschlüssel in den Tagesschulen entspricht einer Mindestvorgabe des Kantons, welche die Gemeinden einhalten müssen. Ich zitiere aus der kantonalen Tagesschulverordnung (TSV) vom 28. Mai 2008, Artikel 5: „Für die Betreuung von zehn Schülerinnen und Schülern ist mindestens eine Betreuungsperson einzusetzen.“ Diese Steuerungsvorgabe kann nicht geändert werden, weil sie übergeordnetes Recht vollzieht, nämlich die kantonale TSV, die in diesem Bereich massgeblich ist. Weil wir sonst einen Widerspruch zu übergeordnetem Recht schaffen würden, bitte ich um Ablehnung dieses Antrages.

¹² Es gibt keinen ersichtlichen Grund, weshalb die Stadt Bern die gesetzliche Vorgabe des Kantons (ASIV, Art. 28) unterschreiten sollte.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 42 ab (32 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 039*

BSS: Jugendamt

- | | | | |
|-----|-----------------------------|-----|--|
| 43. | S. 288; Ju-
gendamt(330) | GLP | Kürzung Globalbudget um 1%, d.h. Kürzung Nettokosten um Fr. 436'774.00 auf Fr. 43'240'697.67 zu Lasten 330 |
|-----|-----------------------------|-----|--|

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 43 ab (32 Ja, 36 Nein). *Abst.-Nr. 040*

- | | | | |
|------|---|-----|--|
| 44. | S. 290; Ju-
gendamt
(330140)
S. 293; Ju-
gendamt(3301 | SBK | Erhöhung der Nettokosten des Produkts 330140 Offene Jugendarbeit um Fr. 38'000.00 auf Fr. 2'324'774.24 (Engehalbinsel).
Steuerungsvorgabe 4) ändern: Erhöhung auf 10'700 h [statt 10'500] |
| 44.a | 80290 Ju-
gendamt
(330160) | GR | Transfer des Beitrags Fanarbeit YB/SCB an die Direktion SUE gemäss GRB 0850 vom 26.5.2010 Ziffer 6; Senkung des Nettokredits um Fr. 30'000.00 auf Fr 4'286'813.13 |
| 45. | S. 293; Ju-
gendamt
(330100) | SBK | Antrag 45 und Antrag 44 werden vereint (siehe oben Antrag 44)
Keine Abstimmung. |

Rudolf Friedli (SVP) für die Finanzdelegation: Bei der Behandlung des Antrages 44 sprach sich die Finanzdelegation mit 2 Ja- zu 4 Nein-Stimmen gegen die Erhöhung aus.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Die Mitglieder der SBK waren eingeladen, sich vor Ort ein Bild zu machen. Die Unterstützung dieses Schwerpunktes ist ein lange währendes Thema und Anliegen in der Länggasse. Grundsätzlich ist dies auch eine sinnvolle Massnahme. Wir hofften auf die Annahme der Anträge GLP mit einem Prozent Einsparungen, so hätte man hier Gegensteuer geben können. Unter den bestehenden Voraussetzungen können wir aber nicht zustimmen. Man muss innerhalb des Budgets mit dem Geld auskommen, das führt eben zu einer gewissen Umverteilung. Das Budget kann nicht aufgestockt werden. Das ist schade für die Länggasse und für diesen Standort, aber man muss konsequent sein.

Ursula Marti (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion unterstützt diesen Antrag und bittet Sie auch um Unterstützung. Der Aareggtreff wurde aufgrund eines Vorstosses des Stadtrats eröffnet. Unbestrittenermassen wird dort gute Arbeit geleistet, die auch sehr notwendig ist, weil es sich um einen sozialen Brennpunkt handelt, der dank des Aareggtreffs schon deutliche Beruhigung erfahren hat. Vieles basiert auf Freiwilligenarbeit und steht daher auf unsicheren Beinen. Um den Aareggtreff zu erhalten und auf eine solide Basis zu stellen und damit die dazu notwendigen Leistungen erbracht werden können, braucht es diese Erhöhung.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Die Arbeit, die dort geleistet wird, ist gut und wichtig, davon konnte sich die Delegation der SBK im Treff auf der Engehalbinsel überzeugen. Die fünfzig Stellenprocente, die wir während der letzten zwei Jahre über den Fonds finanzierten, haben wir ins Budget aufgenommen. Dadurch entsteht für die Leute dort mehr Sicherheit, damit sie

nicht mehr jedes Jahr um das Weiterbestehen dieser Stelle bangen müssen. Ich bitte den Stadtrat, dem Antrag des Gemeinderates (mit fünfzig Stellenprozenten im Budget) zuzustimmen und die Erhöhung abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 44 ab (32 Ja, 36 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 041*
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 44a stillschweigend zu.

45.a S. 234 GLP Kennzahl ergänzen 7) Anzahl Partizipationsprojekte insgesamt¹³

Michael Köppli (GLP) für die GLP-Fraktion: Es besteht diese Steuerungsvorgabe, dass in jedem Jahr zwei neue Partizipationsprojekte eingeführt werden sollen. Dass es regelmässig neue Projekte geben soll, finden wir gut. Aber wir wollen wissen, wie sich die Gesamtzahl entwickelt, ob sich neue und auslaufende Projekte in etwa die Waage halten. Deswegen beantragen wir diese neue Kennzahl.

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die Fraktion GB/JA!: Diese Frage gehört zum Jahresbericht. Wenn Sie eine genaue Übersicht wünschen, welche Projekte laufen oder welche abgeschlossen sind usw., können Sie diesen Antrag zum Jahresbericht stellen. Im Produktgruppen-Budget wird gezeigt, wo das Geld aufgewendet wird.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 45a zu (57 Ja, 12 Nein). *Abst.-Nr. 042*

46. S. 296; Jugendamt SVPplus Ersatzlose Streichung der Bruttokosten Pinto von Fr. 1'008'353.28 abzüglich Erlös von Fr. 17'138.04, somit ersatzlose Streichung der Nettokosten von Fr. 991'215.24 zu Lasten P330260

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir beantragen die ersatzlose Streichung von Pinto, denn Pinto erfüllt die Aufgabe nicht. Man erreicht nichts, wenn man diese Leute mit einer Samthandschuh-Autorität angreift. Es gibt gesetzliche Einschränkungen in der Ausübung, also liesse man es besser sein. Es bringt nichts, wenn die Leute von Pinto in die Rollen von Randständigen oder anderen Zielgruppen schlüpfen und diese zu einem besseren Verhalten im öffentlichen Raum anzuhalten versuchen. Das ist eine Verschwendung von Geld und Ressourcen. Die Polizei soll diese Aufgabe übernehmen, sie verfügt auch über die rechtlichen Mittel, um nötigenfalls durchgreifen. Dem Rechtsstaat ist wieder Geltung zu verschaffen.

Halua Pinto de Magalhães (JUSO) für die Fraktion SP/JUSO: Glücklicherweise wollen Sie von den ursprünglich 900'000 Franken noch 17'000 Franken übriglassen. Sie müssen aber erklären, wie Sie damit 240 Stellenprozente schaffen wollen, wie im Gegenvorschlag zur Sicherheitsinitiative gefordert. Sie sind doch diejenigen, die stets auf den Volkswillen pochen. Zudem erstaunt, wie Sie mehr Sicherheit für die Stadt Bern ablehnen können. Pinto soll doch auch Jugendliche davon abhalten, auf der Strasse etwas anzustellen. Dafür werden Sie doch

¹³ Es gibt eine Steuerungsvorgabe „Anzahl neuer Partizipationsprojekte“. In den Augen der GLP macht es Sinn, wenn regelmässig neue Partizipationsprojekte initiiert werden. Aus Gründen der Transparenz sollte man aber auch einen Überblick darüber haben, wie sich die Gesamtzahl an Partizipationsprojekten entwickelt. (Heisst konkret, ob sich die neuen Partizipationsprojekte und die auslaufenden Partizipationsprojekte einigermassen die Waage halten).

einstehen. Es braucht zusätzlich zur Repression auch präventive Intervention, wie Pinto sie leistet. Man kann nicht nur im Nachhinein aufräumen, wenn etwas geschehen ist, sondern man muss die Leute vorher von Untaten abbringen. Bitte lehnen Sie den absurden Antrag ab.

Conradin Conzetti (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Den letzten Satz meines Vorredners kann ich wiederholen: Bitte lehnen Sie den absurden Antrag ab. Das Sicherheits- oder Kommunikationsverständnis der SVPplus verursacht Kopfschütteln bei uns. Das Wichtige an Pinto ist, dass Gespräche mit den Leuten laufen, dass sie beraten und auf der Strasse aufgesucht werden. Das ist weder Sozial- noch Polizeiarbeit. Selbstverständlich kann auch Pinto nicht alle Probleme lösen, aber in diesem Zwischenfeld ist Pinto unersetzbar. Ganz im Gegenteil zur Beurteilung der SVPplus: Sie leisten gute Arbeit. Stimmen Sie Pinto zu und lehnen Sie den Antrag ab.

Rolf Zbinden (PdA): Wenn es um absurdes Theater geht, kann ich nicht schweigen. Wir haben es immer gesagt – jetzt haben wir es schwarz auf weiss: Der Ausbau von Pinto wird mit dem Gegenvorschlag zur Sicherheits-Initiative begründet. Konsequenterweise sollte die ganze Million für Pinto in das Budget der SUE wechseln, wo sie am besten aufgehoben wäre. Bei der Ambulanten Jugendhilfe hat der Ausbau von Pinto definitiv nichts zu suchen. Pinto belastet die BSS finanziell und mit einer gefährlichen Grenzverletzung. Aus diesem Grund stimmt die PdA dem „absurden“ Antrag zu.

Hasim Sancar (GB) für die Fraktion GB/JA!: Der Antrag ist zu radikal. Die Leute sind angestellt und wir können nicht verantworten, dass sie auf die Strasse gestellt werden. Wir stellen einen **Gegenantrag**: Der Ausbau von Pinto ist um ein Jahr zu verschieben. Anbetrachts der aktuellen finanziellen Schwierigkeiten bitte ich insbesondere die SVPplus um Zustimmung zu unserem Antrag, nachdem der ihre abgelehnt werden wird.

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Es ist eine Tatsache, dass Pinto uns keine Sicherheit bringt. Zwar bietet es eine Diskussionsgrundlage auf der Strasse, aber sicherer wird die Strasse trotzdem nicht. Der Antrag meines Vorredners ist ein Schritt in die richtige Richtung. Unsere Fraktion könnte dem zustimmen. Sicherheit beruht nicht auf Diskussion. Man kann Pinto nicht damit begründen, dass wir ohne Pinto nach dem Geschehen aufräumen müssten. Aufräumen müssen wir nach dem Abendspaziergang oder wenn die Leute auf der Strasse Radau machen. Die Rechtsgrundlage, um da etwas zu unternehmen, liegt bei der Polizei. Wir bitten um Annahme unseres Antrages. Ansonsten könnten wir dem Antrag GB/JA! unsere Zustimmung geben.

Bernhard Eicher (JF) für die FDP-Fraktion: Ich finde den Versuch, den von der Bevölkerung beschlossenen Teil der Sicherheitsinitiative wieder rückgängig zu machen, ein starkes Stück. Unsere Initiative wurde mit dem Argument bekämpft, dass es einen Gegenvorschlag gebe, der als Teil der guten Lösung den Ausbau von Pinto um 2,4 Stellen beinhaltet. Nun kommt von der links-grünen Seite der Antrag, auf den Ausbau zu verzichten. Sie sollten ehrlich sein und nie mehr derartige Gegenvorschläge unterbreiten. Was Sie tun, halte ich für deplatziert. Am Antrag der SVPplus mit der totalen Streichung von Pinto erstaunt, dass Sie, die doch sonst immer am Volkswillen festhalten, den Volksentscheid offenbar nicht mehr als tragend empfinden. Danach müssten Sie eigentlich eine Streichung beantragen, welche die von der Bevölkerung beschlossenen 2,4 Stellen ausnimmt.

Thomas Weil (SVP): Das war eines der berüchtigten Wischiwaschi-Voten der FDP. Schon bei der Einführung von Pinto führte unsere Seite ins Feld, dass das Gewaltmonopol bei der Poli-

zei liegt, laut dem Verfassungsauftrag, der auf eidgenössischer Ebene besteht. Davon geht die Bevölkerung aus und dies darf nicht verwässert werden. In einem demokratischen Rechtsstaat ist es wichtig, dass die Gewalt vom Staat ausgeht und man nicht zu delegieren versucht. Sonst kommt eben etwas heraus wie Pinto, diese Geschwätztruppe. Die Voten der linken Seite sind unglaublich. Es geht Ihnen nicht um die Sicherheit, vielmehr wollen Sie (Pseudo-)Probleme auf der Strasse generieren, über die man plaudern kann, damit genügend Stellen entstehen, wo Sie Ihre Leute unterbringen können.

Bernhard Eicher (JF): Das Problem ist folgendes: Es gab eine Volksabstimmung und die Bevölkerung sprach sich für die Erhöhung von Pinto aus. Nun kommen zwei Anträge in diesem Stadtrat, die sich nicht für diesen Volksentscheid interessieren und ihn aufheben wollen. Wozu machen wir Volksabstimmungen, wenn wir die Entscheidung danach aus dem Budget kippen? So lautet unser Argument, da erwarte ich eine Antwort von der SVP. Vielleicht können Sie ja Christoph Blocher fragen.

Roland Jakob (SVP): Ich bin nicht Erich Hess und auch nicht Christoph Blocher. Aber Bernhard Eicher erinnere ich daran, dass die Wahlen für den Stadtrat 2012 stattfinden und der Wahlkampf bis dahin warten sollte. Um bei der Sache zu bleiben: Wir sind uns bewusst, dass das Volk dies entschieden hat. Dass wir dagegen waren, ist klar. Nun wollen wir dagegen etwas unternehmen. So können wir denn zur Abstimmung schreiten.

Hasim Sancar (GB): Ich erinnere daran, dass wir als einzige Fraktion sowohl Sicherheitsinitiative als auch Gegenvorschlag ablehnten. Es existieren einige Motionen, die angenommen wurden, aber trotzdem nie verwirklicht worden sind. Angesichts der schwierigen Finanzlage erscheint die Verschiebung um ein Jahr berechtigt.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Ich staune, wie salopp man sich über eine Volksabstimmung hinwegsetzt. Auch wenn das GB zweimal Nein gesagt hatte, Hasim Sancar, stimmte das Volk dem Gegenvorschlag zu. Dies war das entscheidende Match, das andere waren Vorspiele. Und ausgerechnet die SVP, welche den Volkswillen und die Volksmeinung noch über dem Herrgott oder dem Papst ansiedelt, setzt sich dergestalt über eine Abstimmung hinweg. In dieser Frage geht es nicht um das Gewaltmonopol, sondern um einen Zwischenbereich zwischen sozialarbeiterischer und ordnungspolitischer Tätigkeit. Bernhard Eicher traf den Nagel auf den Kopf: Was man in der stadträtlichen Abstimmungsbotschaft ausgesagt hat, nämlich den Ausbau von Pinto möglichst noch im Jahr 2010, daran muss man sich halten – nicht an mehr und nicht an weniger. Ich äussere mich nicht inhaltlich dazu. Bei dieser Abstimmung herrschte ein harter Abstimmungskampf. Das Volk stimmte dem Gegenvorschlag zu, nun soll man dies auch vollziehen.

Peter Bühler (SVP): Ich entgegne auf den Vorwurf, wir würden den Volkswillen nicht beachten. Dessen Achtung steht auf unserer Fahne. Wir sprachen uns damals deutlich für die Initiative aus. Wir lehnen Pinto ab und zwar seit jeher. Sie können in den Protokollen der letzten Jahre nachlesen, dass wir Pinto immer abgelehnt haben. In dem Sinne meinten wir auch zum Gegenvorschlag, dass wir damit nicht leben können, weil wir Pinto nicht dabei haben wollen.

Roland Jakob (JSVP): Edith Olibet erwähnte, dass Pinto möglichst noch in diesem Jahr ausgebaut werden soll. Dies ist nicht möglich – das Budget sagt klar, dass Sie das nicht machen können. Man lässt es besser sein.

Antrag GB/JA!

Streichung von 290'000 Franken für den Ausbau von Pinto. (PGB S. 296 Jugendamt, P 330260)

Beschluss

1. Der Antrag GB/JA! obsiegt dem Antrag 46 SVPplus (20 Ja, 30 Nein, 20 Enthaltungen).
Abst.-Nr. 043
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 46 GB/JA! ab (24 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 044*

47.	S. 302 ; Ju- gendamt (330410) S. 304	GB/JA! SP/JUSO (<i>obsolet</i>)	Erhöhung der Nettokosten des Produkts 330410 um Fr. 500'000 auf Fr. 30'025'999.62 (Lastenausgleich unverändert, kein Mehrertrag) Steuerungsvorgabe 1) ändern: Anzahl Plätze: 1462 (Erhöhung um 40 Plätze) ¹⁴
-----	---	---	---

Kathrin Bertschy (GLP) für die Fraktion GLP: Die Begründung zu unserem Antrag 48 ziehe ich an dieser Stelle vor, weil er mit Antrag 47 zusammenhängt. Den Antrag 47 mit den 40 zusätzlichen Plätzen lehnen wir ab, weil wir nicht bereit sind, zusätzliche städtische Plätze zu schaffen. Wir wären bereit, mehr Geld in die familienexterne Betreuung zu investieren, wenn das System gewechselt wird. Deswegen stellen wir Antrag 48: Wir beantragen dass die Vorgabe für die städtischen Betriebe auf das Niveau der subventionierten Betriebe gesenkt wird. Diese Anpassung ist konsequent, denn unabhängig davon, ob sich das Stimmvolk nächstes Jahr für einen Rechtsanspruch auf einen Platz, für Betreuungsgutscheine oder gegen beides entscheidet, müssen die städtischen Betriebe gegenüber den privaten konkurrenzfähig werden. Indem die Steuerungsvorgabe jetzt angepasst wird, obwohl sie vielleicht noch nicht eingehalten werden kann, bereiten wir vor, dass städtische und private Betriebe mit gleich langen Spiessen kämpfen.

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich komme zurück auf Antrag 47 und stelle den folgenden **geänderten Antrag** von GB/JA! und SP/JUSO: Wir wollen die Erhöhung um 20 Plätze anstelle der 40. Der Betrag ist entsprechend auf 250'000 Franken zu halbieren. Ich appelliere an die GFL-Mehrheitsmacher, diesen Antrag zu unterstützen. Die Begründung haben wir bereits im Eingangsvotum dargelegt.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Sie ändern also den eigenen Antrag und halbieren auf 20 statt 40 Plätze und 250'000 Franken statt 500'000 Franken. Somit liegt ein neuer Antrag vor, der andere ist obsolet.

Lea Kusano (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir fordern ebenfalls den Ausbau der Kita-Plätze. Trotz stetigem Weiterausbau ist die Warteliste für einen Kita-Platz in der Stadt Bern sehr lang. In der Debatte über die Kita-Initiative und den Gegenvorschlag fanden alle Parteien, mit Ausnahme der SVP, den Ausbau notwendig. Der Rat stimmte einem Rechtsanspruch auf Gutscheine zu, ein Ausbau des Platzangebotes ist vorausschauende Konsequenz. Wir bitten um Annahme des geänderten Antrages.

Direktorin BSS *Edith Olibet* für den Gemeinderat: Im Rahmen der Sparübung, die in Hinblick auf das Budget gemacht wurde, mussten auch die Kindertagesplätze leiden. Der Gemeinderat

¹⁴ Es sind zusätzliche 40 Plätze Tagesbetreuung zu schaffen (pro rata 7,5 Monate). Die Stadt Bern ist weit von einem bedarfsgerechten Angebot an subventionieren Kita -Plätzen entfernt. Die Plätze sind nötig, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Integration der Kinder zu fördern.

legt dem Stadtrat deshalb nur einen Ausbau von 40 Plätzen vor. Bitte folgen Sie dem gemeinderätlichen Antrag. Den Antrag 48 der GLP empfehle ich abzulehnen. Die Kosten sind höher in den städtischen Kitas, erstens wegen der Anstellungsbedingungen nach dem Personalreglement, das für alle Mitarbeitenden der Stadt Bern zählt. Auch bieten wir wenig Praktikaplätze an, dafür umso mehr Ausbildungsplätze, was die Sache verteuert. Teilweise kommen höhere Liegenschaftsaufwände hinzu. Erhebungen zeigen, dass wir gegenüber den privaten Kitas eine unterschiedliche Betreuungsintensität aufweisen. Zudem werden die Overheadkosten für Vermittlung, Controlling usw. gar nicht oder nur zum Teil den privaten Kitas weiterverrechnet. Weiter liegt es auch an den tieferen Einnahmen, weil wir die Kinder gemäss Reglement nach sozialer Dringlichkeit aufnehmen. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Sparvorgabe bedeutete, dass wir die Qualitätsvorgaben der ASIV nicht mehr einhalten könnten. Gewisse Dinge können wir nur bedingt beeinflussen, wie die Anstellungsbedingungen, die Liegenschaftskosten (also die Mieten), die Overheadkosten für Vermittlungsarbeit und Controlling, welche die Stadt leistet. Bitte lehnen Sie den GLP-Antrag ab.

Antrag 47 GB/JA!/SP/JUSO (geändert)

- | | | | |
|-----|--------------------------------|-------------------|--|
| 47. | S. 302 ; Jugendamt
(330410) | GB/JA!
SP/JUSO | Erhöhung der Nettokosten des Produkts 330410 um Fr. 500'000 250'000 auf Fr. 30'025'999.62 29'775'999.62 (Lastenausgleich unverändert, kein Mehrertrag) |
| | S. 304 | | Steuerungsvorgabe 1) ändern:
Anzahl Plätze: 4462 1442 (Erhöhung um 40 20 Plätze) |

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 47 ab (30 Ja, 41 Nein). *Abst.-Nr. 045*

- | | | | |
|-----|-------------------------------|-----|--|
| 48. | S. 304; Jugendamt
(330410) | GLP | Änderung Steuerungsvorgaben 3 und 4 (Bruttosowie Nettokosten pro Betreuungsplatz): die Vorgabe für städtische Betriebe (134.60) wird auf das Niveau der subv. Betriebe (115.03) gesenkt (Steuerungsvorgabe 3, Bruttokosten, neu: 115.03). Bei den Nettokosten gilt analog: Die Vorgabe für städtische Betriebe (98.76) wird auf das Niveau der subv. Betriebe (87.71) gesenkt (Steuerungsvorgabe 4, Nettokosten, neu: 87.71). Der GR wird beauftragt, die daraus folgenden Anpassungen im Produktegruppen-Budget vorzunehmen ¹⁵ |
|-----|-------------------------------|-----|--|

Conradin Conzetti (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Bei der Abstimmung zum Antrag 47 sind wir dem Gemeinderat gefolgt, im Bewusstsein, dass im kommenden Budget schon 40 Plätze ausgebaut werden. Wir sind selbstverständlich nicht gegen den Ausbau. Zum Antrag 48 der GLP: Wir stehen im Kita-Bereich eventuell vor grossen Systemänderungen. Kita-Initiative und Kita-Motion liegen vor, im nächsten Jahr werden Systemänderungen (möglicher- oder wahrscheinlicherweise, ziemlich sicher oder hoffentlich) kommen.

¹⁵ Es gibt keinen ersichtlichen Grund, weshalb städtische Betriebe höhere Kosten aufweisen sollten als subventionierte. (Hier macht ausnahmsweise eine Anpassung der Bruttokosten Sinn, diese sollten den Vorgaben aus ASIV entsprechen).

Lea Kusano (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Aus diesem Antrag wird deutlich, worum es den Parteien der Mitte eigentlich geht: Sie wollen mehr Plätze generieren, durch Einsparungen bei den Löhnen des Personals und somit bei der Qualität der familienexternen Kinderbetreuung. Dies können wir nur ablehnen. Es kann nicht sein, dass wir Einsparungen zulasten der Qualität durchführen, denn so würden wir eines der wichtigsten Ziele, die Förderung der Chancengleichheit der Kinder, total verfehlen. Wir wehren uns dagegen, dass ausgerechnet in einem frauentypischen Beruf die Löhne gedrückt werden sollen. Dies macht deutlich, dass es an einer gewissen geschlechterspezifischen Sensibilität fehlt und man vielleicht das Amt für Gleichstellung noch weiter ausbauen sollte. Im Kanton Bern existieren zahlreiche Gemeinden, welche die Kitas nicht innerhalb der Vorgaben betreiben können und für die Differenz selbst aufkommen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 48 ab (32 Ja, 37 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 046*

BSS: Gesundheitsdienst

- | | | | |
|-----|---------------------------------------|---------|---|
| 49. | S. 339; Gesundheitsdienst
(370140) | SP/JUSO | Erhöhung der Nettokosten um Fr. 150'000 auf Fr. 1'707'829.56 zugunsten der Schulsozialarbeit (370140) ¹⁶ |
|-----|---------------------------------------|---------|---|

Ursula Marti (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir stellen diesen Antrag, um eine zusätzliche Stelle in der Schulsozialarbeit zu schaffen. Die Evaluation, die vor zwei Jahren gemacht wurde, stellt fest, dass die grossen Schulen eine hohe Belastung tragen und bei der Schulsozialarbeit eine Unterversorgung herrscht. Es gibt Empfehlungen des Kantons bezüglich der minimalen bzw. angebrachten Stellenprozente. Demnach fehlen uns 180 Stellenprozente. Wir stellen aber keine Maximalforderung, sondern beantragen 100 Prozent, derart kann die Diskrepanz zu den kantonalen Empfehlungen schrittweise verkleinert werden. Wir bitten Sie, zugunsten der Schulkinder und einer integrativen Schule, diesen Antrag zu unterstützen.

Martin Schneider (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Die Schulsozialarbeit ist zweifelsohne wichtig. Im letzten Jahr stimmten wir einer Erhöhung zu. Momentan sind wir in einer schwierigen finanziellen Situation. Wenn es uns gut ginge, würden wir die Schulsozialarbeit sofort erhöhen. Dem ist leider nicht so, deswegen bitte ich um die Ablehnung der Erhöhung, weil dazu zu wenig Geld im Portemonnaie ist.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 49 ab (30 Ja, 40 Nein). *Abst.-Nr. 047*

- | | | | |
|-----|---|-----|---|
| 50. | S. 347; Gesundheitsdienst
(370320)
S. 349; Gesundheits- | SBK | Erhöhung der Nettokosten: die Nettokosten des Produkts 370320 (Gesundheitsförderung in der Schule) sind um Fr. 80'000 auf Fr. 954'967.48 zu erhöhen (Programm DuSeischWoDüre). Steuerungsvorgabe 2) DSWD Anzahl bediente Oberstufengruppen: Zahl neu wieder aufnehmen und fest- |
|-----|---|-----|---|

¹⁶ Damit soll eine zusätzliche Stelle (100%) in der Schulsozialarbeit geschaffen werden. Die Evaluation hat gezeigt, dass die Belastung in grösseren Schulen gross ist und eine Unterversorgung besteht. Der Stadt Bern fehlen 180 Stellenprozente, um die kantonalen Empfehlungen zu erfüllen. Mit einer 100%-Stelle kann die Differenz verkleinert werden.

dienst

legen auf 30 Gruppen [statt 0]

SBK-Referent *Ueli Jaisli* (SVP) für die Kommission: Die SBK beantragt eine Erhöhung des Betrages um 80'000 Franken, damit das Kursangebot von DuSeischWoDüre (DSWD) in reduzierter Form weiter geführt werden kann. Dies mit folgender Begründung: Seit 1988 ist DSWD ein bewährtes und erprobtes pädagogisches Konzept, das vom Gesundheitsdienst (GSD) in den 8. und 9. Klassen der Stadt Bern mit Erfolg umgesetzt und laufend weiterentwickelt wird. DSWD leistet einen Beitrag zur Entlastung der Lehrpersonen. Es dient der Unterstützung der Schülerinnen und Schüler auf dem Weg in die Berufswelt und allgemein im Übergang zur Welt der Erwachsenen. DSWD fördert Selbstständigkeit und Eigenverantwortung in einer für die Jugendlichen heiklen Phase. Durch die vollständige Streichung fehlte ein bewährtes und wirksames Angebot, um die Jugendlichen auf niederschwellige Art und Weise zu unterstützen. Da DSWD seit zwanzig Jahren angeboten wird, verfügt der GSD über grosses Know-how. Das Angebot ist mindestens in einer Minimalform weiterzuführen, sonst gehen langjähriges Wissen und Erfahrung verloren. Ein späterer Wiederaufbau würde viel Zeit beanspruchen. DSWD richtet sich vorwiegend an Realklassen. Kürzlich wurde das Angebot auch auf die Klassen zur besonderen Förderung (KbF) ausgedehnt. So ist es auch für benachteiligte Schüler und Schülerinnen möglich, am Programm teilzunehmen. Dort können sie mit anderen Fachstellen erfolgreich vernetzt werden. Das Programm hilft bei der frühen Erkennung, wenn Jugendliche Probleme haben und macht es möglich, dass man entsprechend reagiert und Hilfe anbietet. So spart man Folgekosten. Mit den 80'000 Franken kann ein Minimalangebot von 6 Realklassen und 3 KbF weitergeführt werden.

Rudolf Friedli (SVP) für die Finanzdelegation: Diesen behandelten wir als finanzrelevanten Antrag einer Kommission in der Finanzdelegation. Bei der Abstimmung ergab sich das Resultat von 3 gegen 3 Stimmen, da der Präsident über kein Stimmrecht verfügt.

Martin Schneider (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: DSWD ist ein lang erprobtes Mittel zur Stärkung der Selbstbewusstheit der Schülerinnen und Schüler. Es ist ein gutes Instrument, um den Schülerinnen und Schülern auf niederschwellige Art begreiflich zu machen, dass sie zu sich selbst stehen und sagen müssen: „Ich bin jemand und ich bin etwas wert.“ Im normalen Unterricht wird solches leider wenig gewichtet, was sich hoffentlich zum Bessern ändern wird. Dieses Projekt darf nicht unter den Einsparungen leiden, deswegen stimmt unsere Fraktion dem Antrag der SBK zu. Dies liegt auch im Sinne der schwächeren Schülerinnen und Schüler der KbF, für die das Projekt neu aufgelegt wurde. Das Geld wurde bereits investiert und das Projekt ist sehr gut – ich spreche aus Erfahrung, weil ich dieses auch schon durchgeführt habe – es wäre fahrlässig, DSWD abzusagen.

Patrizia Mordini (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Heute bestimmen wir, wo es mit DSWD hingehen soll. Wir wollen das Projekt weiterführen. Das Programm bietet im Rahmen eines klar definierten Gesprächszyklus' den Schülerinnen und Schülern Räume zur Reflexion, um über ihre Lebenssituation nachzudenken. Es befähigt sie, selbstbewusst und selbstständig an Problemlösungen zu arbeiten. Die besprochenen Themen reichen von der Suche nach einer Lehrstelle über die Lehre selbst zu Konflikten im sozialen Umfeld; Drogen können zur Sprache kommen oder die Freizeitgestaltung. Betrachtet man den gesellschaftlichen Nutzen dieses Projektes, leistet dieses einen wesentlichen Beitrag zu weniger Gewalt (Gewaltprävention) und zur Chancengleichheit der Jugendlichen bei der Lehrstellensuche. Sie lernen Konflikte besser zu lösen. Es bringt weniger Gewalt und Vandalismus sowie weniger Jugendliche ohne Lehrstellen. Das Projekt ist nicht nur jahrzehntelang erprobt, sondern auch wissen-

schaftlich evaluiert und bekam ausgezeichnete Resultate. Mit dem guten Projekt DSWD soll es weitergehen!

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Dieser gehört in das Kapitel unechter Sparvorschläge, wie ich sie vorher beschrieb. Alle sehen den Sinn und Zweck dieses Projektes, es ist bis in bürgerliche Kreise breit verankert. Genau da setzt man den Sparstift an, weil man weiss, dass die Massnahme wieder umgedreht wird. Eine Rettung des Projektes wäre möglich gewesen, wenn aufgezeigt worden wäre, dass das Geld anderswo eingespart wird. Dies wollen Sie aber nicht, entsprechend müssen wir dem Gemeinderat folgen, auch wenn es *contre coeur* geschieht.

Michael Köpfler (GLP) für die GLP-Fraktion: Pascal Rub trifft den Punkt, dies ist exemplarisch für das Spielchen, das hier läuft. Die Direktorin BSS, Mitglied der SP, unterbreitet Sparanträge und die SP ist diejenige Partei, die diese am meisten bekämpft. Dies wusste sie und genau dort sparte sie. Wir sind nun in der schwierigen Situation, ein sinnvolles Projekt in das Budget zurückzuholen oder nicht. Tun wir es nicht, sind wir die Bösen, die Mitte- oder die rechtsbürgerlichen Parteien, die das Projekt beerdigten. Da machen wir nicht mit. Wir bleiben konsequent, insofern als wir dem Antrag nicht zustimmen. Nur wenn vorher Sparanträge in gleichem Ausmass angenommen worden wären, hätten wir zugestimmt. Weil dies nicht der Fall ist, werden wir uns enthalten. Wir fänden die Weiterführung des Projektes sinnvoll, aber nur, wenn dies nicht dazu führt, das Budget in die roten Zahlen fallen zu lassen. Deswegen werden wir uns enthalten und bitten die Direktion BSS, in Zukunft ein ehrlicheres Spiel zu zeigen.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wenn der Gemeinderat und sogar Edith Olibet für eine Streichung sind, ist dieses Projekt wohl überflüssig. Dann ist nicht einzusehen, wieso es wieder ins Budget aufgenommen werden sollte. Oder: Edith Olibet wendet einen Trick an, indem sie etwas streicht, das alle wollen und das „böse“ Parlament holt es dann wieder zurück.

Simon Glauser (SVP): Ich nehme das Argument von Martin Schneider zu einem vorangehenden Antrag auf: Dazu ist zu wenig Geld im Portemonnaie. Projekte wie DSWD können innerhalb des normalen Schulbetriebes genauso umgesetzt werden. Ich war vor zwei Wochen mit ihm und seiner Klasse unterwegs, wo es auch um so etwas ging. Dazu braucht es kein separates Projekt. Zudem unterstützen wir die Argumentation, dass es sich um ein böses Spielchen handelt, wenn die Direktorin BSS Sparanträge unterbreitet, die wir ablehnen. Wir hoffen, dass Sie diese 80'000 Franken streichen.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: DSWD ist ein gutes Angebot, das ist unbestritten. In dieser ganzen Sparsituation geht es leider nicht anders, auch die Streichung derartiger Angebote muss beantragt werden. Mehrere Redner brachten den Vorwurf ein, ich würde Anträge bringen, von denen ich wüsste, dass sie rückgängig gemacht würden. Sie müssen wissen, dass ich zuerst den Kopf hinhalten muss, zusammen mit dem Gemeinderat. Mir ergeht es wie den anderen Kolleginnen und Kollegen auch, dass die eigene Fraktion eine andere Haltung als der Gemeinderat einnimmt. Dies ist Teil des Zusammenspiels, respektive sind dies die unterschiedlichen Rollen, die wir als Gemeinderatsmitglieder einnehmen. Ich bitte Sie, diesen Antrag nicht anzunehmen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 50 zu (45 Ja, 18 Nein, 7 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 048*

BSS: Sportamt

51. S. 356 Sport- SBK Erhöhung der Nettokosten:
amt (380110) die Nettokosten des Produkts 380110 (Freibäder) sind um Fr. 47'000 auf Fr. 5'976'805.16 zu erhöhen (keine Kürzung der Badesaison)
- S. 358 Steuerungsvorgabe 2) Freibäder ändern: Betriebswochen von 19 auf 21 Wochen erhöhen

Rudolf Friedli (SVP) für die Finanzdelegation: Die Finanzdelegation sprach sich mit 4 Ja- zu 2 Nein-Stimmen dafür aus, dass die Freibäder für die ganz normale Saisondauer geöffnet bleiben sollen.

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Nettokosten der Freibäder betragen 6 Millionen, 47'000 Franken machen eine Einsparung von 0,8 Prozent aus. Die Bäder sind während 21 Wochen pro Jahr geöffnet, eine Kürzung auf 19 Wochen bedeutet 10 Prozent weniger Leistung bei einer Einsparung von gerade mal 0,8 Prozent. Wenn das Geld bis anhin ausreichte, reicht es auch weiterhin. In den letzten beiden Jahren sprach sich der Stadtrat zweimal für eine Verlängerung der Freibad-Saison aus, was der Gemeinderat aber nicht umsetzte. Eine Verkürzung kommt sicher nicht in Frage, bitte nehmen Sie den Antrag an.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Alle sind der gleichen Meinung. Hier wird ad absurdum geführt, was wir vorher besprochen haben. Diese Streichung wird geändert werden. Wir bitten den Gemeinderat, die gehörten Voten ernst zu nehmen und uns Derartiges im nächsten Jahr zu ersparen.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Ich gehe ausnahmsweise mit Beat Zobrist darin einig, dass die Einsparung von nicht einmal 50'000 Franken in keinem Verhältnis dazu steht, dass die Leute zwei Wochen weniger lange ins Freibad gehen können. Die SVP steht hinter dem Sport. Die längere Badesaison ist viel wirksamer als manch ein Projekt, das in dieser Stadt auf sozialem Niveau angerissen wird.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Es geht immerhin um 50'000 Franken. Es gab Zeiten, wo wir um 7'000 Franken eine halbstündige Diskussion führten. Warum halten wir diese Kürzung für vertretbar? Die Benutzerstatistik der Freibäder zeigt deutlich, dass sie während der ersten Woche nach Öffnung und in der letzten Woche vor Schliessung wenig genutzt werden. Die Saisonverkürzung bedeutet auch eine Anpassung an die Öffnungszeiten der Bäder in der Region Bern. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 51 zu (52 Ja, 17 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 049*

Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün

PVS-Referent *Daniel Klauser* (GFL): Das Gesamtbudget der TVS sieht Nettoausgaben von 101,9 Millionen Franken vor, dies sind rund 2 Millionen weniger als im Budget 2010. Innerhalb des Budgets der TVS gibt es eine Verschiebung bezüglich der Abschreibungen und Investitionskosten. Dies steht in Zusammenhang mit der Revision des Reglements zur Förderung des

Fuss- und Veloverkehrs, wo die Abschreibungen von der Verkehrsplanung ins Tiefbauamt verschoben werden. Wir werden dieses Reglement voraussichtlich in der nächsten Woche zu Ende beraten. Je nachdem, was der Stadtrat bei dieser Reglementrevision beschliesst, wirkt sich dies künftig auf das Budget aus. Gegenüber dem Budget des Jahres 2010 gibt es folgende Veränderungen: Bei den Direktionsstabsdiensten wurde eine halbe Million Franken eingespart, beim Tiefbauamt (eigentlich) eine Million, aber die Investitionen wurden verschoben, deswegen ist dort ein Plus von zwei Millionen. Bei der Stadtgärtnerei bleibt es gleich. Beim Vermessungsamt wurden 300'000 Franken eingespart. Bei der Verkehrsplanung beträgt das Budget 3,25 Millionen Franken weniger, wobei gut 3 Millionen Franken davon auf die Verschiebung dieser Investitionen zurückzuführen sind. Auf den vielen Grossprojekten, in den Bereichen Tiefbau und Verkehr, liegt natürlich der Schwerpunkt: Hochwasserschutz, Zukunft Bahnhof Bern, Tram Region Bern, Wankdorfplatz, Stadttangente usw. In der Direktion TVS ist sehr vieles am Laufen. Die Direktion ist bemüht, in finanziell schwierigen Zeiten mit knappen Mitteln viel zu leisten. Im Budget der TVS sind keine Erhöhungen beantragt, im Gegensatz zu den Budgets anderer Direktionen. Die PVS diskutierte lange über die Frage der Gebührenerlasse bei Anlässen im öffentlichen Raum. Die PVS erwartet die Einhaltung der entsprechenden Steuerungsvorgabe, die besagt, dass für die Gebührenerlasse noch maximal 90'000 Franken zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Gewerbe- polizei über Gebührenerlasse entscheidet, dies aber zulasten des Tiefbauamtes geht. Kommt es zu einer Überschreitung, muss das Tiefbauamt die Nachkredite verantworten. Es ist störend, wenn in einer Direktion über etwas entschieden wird, das auf Kosten einer anderen Direktion geht. Die PVS wird das Thema im Hinblick auf das nächste Budget weiter verfolgen. Bei der Ausschreibung für die Plakatkozession kam es schliesslich zur Vergabe, woraus sich ein jährlicher Minderertrag von 500'000 Franken ergibt. Das kann beim Beitrag an den öffentlichen Verkehr kompensiert werden. Die neuen Planwerte des Kantons sind eingetroffen, wo der eingesetzte Beitrag um eine halbe Million Franken höher ist. Dies betrifft den Antrag Nr. 52 des Gemeinderates, über den die Kommission nicht abstimmte. Die Anträge Nrn. 53 bis 57 lagen der PVS nicht vor.

Patrizia Mordini (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir stimmen dem Antrag Nr. 52 zu, hier ist eine Anpassung im Budget geschehen: Als man wusste, dass die Plakatkonzessionserträge geringer werden, konnte man dies über das andere Budget auffangen, das dies über die tieferen Gemeindebeiträge an den öffentlichen Verkehr kompensiert, wie von Daniel Klausner bereits erläutert wurde. Die unbefriedigende Situation, die seit Jahren bei den Gebührenerlassen herrscht, hebe ich ebenfalls hervor. In diesem Jahr stellen wir keine Anträge, aber wir beobachten die Sache genau. Zu den Anträgen Nrn. 53 bis 57 der SVP: Obwohl der Fraktionspräsident der SVPplus Mitglied der Kommission war, sind diese Anträge leider nicht in den regulären Prozess eingeflossen. Bedauerlicherweise wurden sie nicht zwecks Diskussion in die PVS gebracht. Nun legen Sie uns diese Anträge mit Einsparungen von drei Millionen Franken vor. Antrag Nr. 53 betrifft den Bereich Planung und Koordination des Tiefbauamts. Dieser Bereich ist für die Erhaltungsplanung aller technischer Infrastrukturen und für die Koordination aller Bauprojekte im öffentlichen Raum zuständig. Eine Einsparung von 500'000 Franken würde hohe Folgekosten auslösen. Alle Planungen und Bauarbeiten im öffentlichen Raum werden mit rund 34 stadtinternen und externen Stellen koordiniert, beispielsweise mit Swisscom und ewb. Wir können die Folgekosten dieser Einsparung nicht vertreten. Antrag 54 betrifft den Posten Betrieb und Unterhalt Kunstbauten Tiefbauamt, also Brücken, Unterführungen, Stützmauern, Treppen usw. Es geht um die Überwachung und Inspektion der Funktionalität, beispielsweise der Statik einer Brücke und kleinere Reparaturen sowie Reinigung. Werden diese Dinge vernachlässigt, dient diese Einsparung von 500'000 Franken der Sache nicht, denn nicht zuletzt geht es auch um den Werterhalt. Antrag Nr. 55 betrifft die Verkehrs-

planung. Aktuell werden Mobilitätsplanung und -umsetzung mit rund zehn Vollzeitstellen koordiniert und ausgeführt. Für eine Stadt wie Bern ist die Stellendotierung niedrig, der Personalbestand gering. Eine Einsparung von 700'000 Franken würde es erschweren, dem Mobilitätsdruck der Stadt standzuhalten. Antrag Nr. 56 betrifft die Beeinflussung des Verkehrsverhaltens. Hier arbeitet man daran, die Verkehrssicherheit durch Planung und Sanierung der Verkehrsanlagen umzusetzen, was in enger Zusammenarbeit mit der Polizei geschieht. Auch hier macht eine Einsparung keinen Sinn. Zum Posten, den Antrag Nr. 57 betrifft, gehört das neue Konzept zum Fuss- und Veloverkehr, das wir in der PVS behandelt haben. Es gelangt in Kürze vor den Stadtrat. Die SVP will hier 900'000 Franken kürzen. Die Zielrichtung ist klar: Die SVP will mehr Parkplätze und mehr Platz für Autos. Der Stellenwert von Fuss- und Veloverkehr liegt für die SVP im Keller, dem können wir nicht zustimmen. Wir bitten Sie um Ablehnung all dieser Anträge, damit die TVS in gewohntem Rahmen weiterfunktionieren kann.

Daniel Klauser (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Es gibt nicht viele Anträge bei der TVS, weil sie beim Budgetieren sehr sparsam handelte. Das Gesamtbudget nimmt um Nettokosten von rund 2 Millionen Franken ab. Es laufen sehr viele Grossprojekte in dieser Direktion, von denen wir hoffen, dass sie alle bewältigt werden können. In diesem Sinne unterstützen wir alle die von der SVPplus gestellten Kürzungsanträge nicht. In diesen Bereichen, vor allem in der Planung und im Unterhalt, erträgt es keine Kürzungen. Zum Antrag Nr. 52 des Gemeinderats mit der Verschiebung: Es ist bedauerlich, dass wir bei der Plakatkonzession eine halbe Million Franken weniger einnehmen, aber auf die Ausschreibung erfolgte kein höheres Angebot. Dies nehmen wir zur Kenntnis und sind froh, dass die Einbusse kompensiert werden kann. Wir nehmen Antrag 52 an, die restlichen Anträge lehnen wir ab.

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir haben uns zu allen Direktionen Gedanken gemacht, so auch zur TVS. Wir stellen Sparanträge, weil wir der Meinung sind, dass die Verwaltung allgemein aufgeblasen ist. Verstehen Sie das Wort „aufgeblasen“ nicht als Versuch, alles schlechtzumachen. Es braucht Leute in der Verwaltung und Planungsstellen muss es geben, welche an der Umsetzung arbeiten. Aber man sollte nicht immer gleich eine neue Stelle schaffen, wenn die Belastung etwas zunimmt, die anschliessend über Jahrzehnte weitergezogen wird. Zum Antrag 57: Der Stellenwert des Velofahrens liegt bei uns nicht im Keller, sondern im Parterre, auch unter uns gibt es Leute, die sich per Velo fortbewegen. Es geht für uns darum, dass nicht planlos immer mehr realisiert wird. Wir stellen unsere Anträge in gutem Wissen und Gewissen. Sie waren nicht in der Kommission, weil es innerhalb unserer Fraktion einen Wechsel gab, sie wurden aber auf ordentlichem Wege eingereicht. Wir bitten um konstruktive Beurteilung unserer Anträge, lehnen Sie sie nicht von vornweg ab, denn das Budget muss im Gleichgewicht bleiben. Von der SP hörten wir zwar viele Sparversprechen, aber bis jetzt stellten Sie nur Anträge, bei denen Sie mehr ausgeben wollen.

Luzius Theiler (GPB-DA): Der Kommissionsreferent erwähnte, wie man 90'000 Franken spart, indem man künftig kleinlicher ist mit dem Gebührenerlass für Leute, die Veranstaltungen organisieren, für kleine Vereine und kleine Aktionen in der Stadt. Die Gebühren, die man bezahlt, beispielsweise für einen Stand am Zibelemärit, sind in den letzten Jahren auf das Doppelte gestiegen. Es ist stossend, wenn man mit dieser Politik fortfährt, zumal man sich gegenüber kommerziellen Veranstaltern, vor allem aus dem sportlichen Sektor, sehr grosszügig zeigt. Man verzichtet auf Geld, beispielsweise aus Sicherheitskosten. Bei grossen Sportveranstaltern erweist man sich als grosszügig, während bei den kleinen Veranstaltern, die für die Vielfalt der Kultur in Bern wichtig sind, 90'000 Franken gespart werden sollen.

PVS-Referent *Daniel Klauser* (GFL) für die Kommission: Zur Präzisierung meines Kommissionsvotums: Die 90'000 Franken betreffen die Steuerungsvorgabe, wie viel Geld für den Gebührenerlass zur Verfügung stehen soll. Die PVS setzte sich mit dem Thema auseinander und verlangte im Rahmen der Delegationsbesuche eine Liste der Anlässe, die Gebührenerlass erhalten. Dabei stellten wir fest, dass kommerzielle Anlässe darunter sind, bei denen wir die Befreiung von den Gebühren nicht gutheissen. Die PVS sprach sich dafür aus, dass derartige Anlässe keinen Gebührenerlass mehr bekommen.

52.	S. 371; Direktionsstabsdienste (500) S.382 Tiefbauamt (510)	GR	Kürzung Globalkredit Dienststelle um Fr. 550'000.00 auf Fr. 32'680'611.48 zulasten Direktionsstabsdienste (PG 500500) Erhöhung Globalkredit Dienststelle um Fr. 550'000.00 auf Fr. 47'872'196.76 (PG 510400) ¹⁷
53.	S. 384; Tiefbauamt (510100)	SVPplus	Kürzung Nettokosten um 500'000 auf 1'818'496.56 zulasten Planung und Koordination ¹⁸
54.	S. 390; Tiefbauamt (510'320)	SVPplus	Kürzung Nettokosten um 500'000 auf 583'994.04 zu Lasten Betrieb/Unterhalt Kunstbauten ¹⁹
55.	S. 428; Verkehrsplanung (PG 580100)	SVPplus	Kürzung Nettokosten um Fr. 745'637.25 auf Fr. 3'000'000.00 zulasten 580100 Verkehrsplanung ²⁰
56.	S. 428; Beeinflussung Verkehrsverhalten (580130)	SVPplus	Kürzung Nettokosten um Fr. 300'000.00 auf Fr. 298'828.91zulasten 580130
57.	S. 428; Verkehrsplanung (580140)	SVPplus	Ersatzlose Streichung der Bruttokosten von Fr. 1'581'077.12 abzüglich Erlös von Fr. 631'077.12, somit ersatzlose Streichung der Nettokosten von Fr. 950'000.00 zulasten Förderung Fuss- und Veloverkehr

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 52 (Anpassung Globalkredit) stillschweigend zu.
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 53 (Planung und Koordination) ab (15 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 050*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 54 (Betrieb/Unterhalt Kunstbauten) ab (15 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 051*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 55 (Verkehrsplanung) ab (17 Ja, 49 Nein). *Abst.-Nr. 052*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 56 (Beeinflussung Verkehrsverhalten) ab (16 Ja, 51 Nein). *Abst.-Nr. 053*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 57 (Verkehrsplanung) ab (17 Ja, 52 Nein). *Abst.-Nr. 054*

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Nachdem zu den Sonderrechnungen keine Wortmeldung erfolgt, schlage ich vor, dass wir eine Viertelstunde früher in die Pause gehen. Danke fürs Mitmachen.

¹⁷ Gemäss GRB 1368 Anpassung Globalkredite infolge geringerer Plakatkonzessionserträgen, kompensiert durch tiefere Gemeindebeiträge an den öffentlichen Verkehr

¹⁸ Einsparung zugunsten Stadtentwicklung

¹⁹ Synergie nutzen mit anderen Unterhaltsmassnahmen

²⁰ Synergienutzung um Kostenersparnis

Die Sitzung wird um 18.45 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Barbara Waelti*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.45 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
 Peter Ammann
 Cristina Anliker-Mansour
 Rania Bahnan Buechi
 Vinzenz Bartlome
 Giovanna Battagliero
 Kathrin Bertschy
 Henri-Charles Beuchat
 Sonja Bietenhard
 Lea Bill
 Manfred Blaser
 Peter Bühler
 Rithy Chheng
 Conradin Conzetti
 Dolores Dana
 Bernhard Eicher
 Susanne Elsener
 Tania Espinoza
 Regula Fischer
 Rudolf Friedli
 Jacqueline Gafner Wasem
 Judith Gasser
 Jeannette Glauser
 Simon Glauser
 Thomas Göttin

Guglielmo Grossi
 Beat Gubser
 Leyla Gül
 Lukas Gutzwiller
 Kurt Hirsbrunner
 Jimmy Hofer
 Mario Imhof
 Roland Jakob
 Ueli Jaisli
 Dannie Jost
 Ruedi Keller
 Daniel Klauser
 Vania Kohli
 Michael Köpfli
 Peter Künzler
 Lea Kusano
 Annette Lehmann
 Edith Leibundgut
 Daniela Lutz-Beck
 Martin Mäder
 Ursula Marti
 Corinne Mathieu
 Robert Meyer
 Christine Michel

Patrizia Mordini
 Stéphanie Penher
 Halua Pinto de Magalhães
 Pascal Rub
 Rahel Ruch
 Hasim Sancar
 Martin Schneider
 Alexandre Schmidt
 Silvia Schoch-Meyer
 Miriam Schwarz
 Yves Seydoux
 Hasim Sönmez
 Barbara Streit-Stettler
 Luzius Theiler
 Aline Trede
 Gisela Vollmer
 Tanja Walliser
 Peter Wasserfallen
 Thomas Weil
 Béatrice Wertli
 Manuel C. Widmer
 Rolf Zbinden
 Christoph Zimmerli
 Beat Zobrist

Entschuldigt

Claude Grosjean
 Stefan Jordi

Tanja Sollberger
 Martin Trachsel

Nicola von Greyerz

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
 Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE
 Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

Ratssekretariat

Bettina Kläy, Ratssekretärin
 Franziska Meyer, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
 Petra Hirt, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadt-
 schreiberin

4 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2011 (Abstimmungsbotschaft); Detailberatung

Gemeinde und Behörden

SBK-Referentin *Susanne Elsener* (GFL): Die SBK hat das Budget in der Sitzung vom 20. August beraten. Im Namen der SBK danke ich der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und die Beantwortung der zahlreichen Fragen. Die Delegationsbesuche sind sehr zufrieden stellend verlaufen. Wir haben festgestellt, dass sich das Budget der Gemeinden und Behörden im bisherigen Rahmen bewegt. Die heute vorliegenden Sparanträge 1–6 lagen der Kommission nicht vor und konnten deshalb nicht diskutiert werden. Aus diesem Grund werden sie auch nicht kommentiert. Die SBK hat dem PGB in der Version des Gemeinderats grossmehrheitlich zugestimmt und beantragt dem Stadtrat das PGB Gemeinden und Behörden zur Annahme.

- | | | | |
|----|----------------------------|---------|---|
| 1. | S. 39; Stadtrat
(10010) | GFL/EVP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 40'000.00 auf Fr. 890'988.77 und Ergänzung der Bemerkungen: Einsparung zufolge neuer kostengünstigerer Revisionsstelle |
|----|----------------------------|---------|---|

Conradin Konzetti (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Wir haben in der Nachmittagssitzung beschlossen, dass wir die Revision des Jahresberichts der Firma BDO AG übergeben. Das kostet uns jährlich 35'000 Franken. Bisher haben wir im Budget jährlich rund 80'000 Franken für die externe Revision budgetiert. Also ergibt dies eine Reduktion von 40'000 Franken. Wir bitten den Stadtrat, dem Antrag zuzustimmen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt Antrag 1 zu (59 Ja, 0 Nein).

- | | | | |
|----|---------------------------------------|----|--|
| 2. | S. 45; Ombudsstelle (020020)
S. 46 | AK | Erhöhung der Nettokosten: des Produkts 020020 Datenschutz um Fr. 50'000 auf Fr. 101'105.04
<i>Veränderung der Steuerungsvorgaben im Produktgruppen-Budget, sodass die zusätzlichen Ressourcen ausschliesslich dem Produkt „Datenschutz“ zur Verfügung stehen.</i> |
|----|---------------------------------------|----|--|

AK-Referent *Hasim Sancar* (GB): Wie der Ombudsmann und Datenschutzbeauftragte der Stadt Bern in seinem Jahresbericht 2009 erwähnt, öffnet die Informationsgesellschaft laufend und mit zunehmender Geschwindigkeit neue Dimensionen im Umgang mit Daten und Informationen. Der Schutz der Persönlichkeit und Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ist zunehmend neuen Risiken ausgesetzt. Dies bedingt auch Anpassungen der rechtlichen Massnahmen im Datenschutzbereich. Dadurch wird auch die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten komplexer. Das Datenschutzgesetz des Kantons Bern musste dem neuen Rahmen angepasst werden und bringt den Datenschutzbeauftragten neue Kompetenzen und Aufgaben. Die Ressourcen der Ombudsstelle und des Datenschutzbeauftragten blieb bisher immer gleich. Das Geschäftsvolumen stieg hingegen massiv an. Um das wachsende Geschäftsvolumen zu bewältigen und den zunehmenden Aufgaben im Datenschutzbereich gerecht zu werden, braucht die Stelle mehr Ressourcen. Die AK hat für neue Ressourcen eine Erhöhung von 50'000 Franken beantragt. Zum Erstaunen der AK hat der Gemeinderat den Antrag nicht auf-

genommen. Die AK setzt sich aber weiterhin für diese unverzichtbare Aufstockung ein. Das Anliegen wurde in der Kommission einstimmig unterstützt. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb die Finanzdelegation den Antrag nicht einstimmig unterstützte. Die zusätzlichen Mittel fliessen auf der einen Seite in das Pensum des Ombudsmann, das um 10 Prozent erhöht werden soll, nämlich von 80 auf 90 Prozent. Auf der andern Seite sollen damit Honorare und Dienstleistungen von Dritten entschädigt werden. Es gibt natürlich auch eine Anpassung der Steuerungsvorgaben. So werden mindestens 70 Prozent für die Ressourcen der Ombudstätigkeit eingesetzt und weniger als 25 Prozent für den Datenschutz. Die GB/JA!-Fraktion unterstützt den Antrag.

Rudolf Friedli (SVP) für die FD: Hasim Sancar hat gesagt, dass es unverständlich sei, dass die AK das Anliegen nicht einstimmig unterstützt hat. Es herrschte einfach die gleiche Situation wie letztes Jahr, nämlich dass das Stimmenverhältnis drei zu drei war. Das Problem ist, dass laut Reglement kein Stichentscheid durch den Präsidenten möglich ist. Die einen sagen, dass dies eine kantonal vorgegebene Aufgabe sei, die anderen wollen hingegen keine zusätzlichen Stellen schaffen. Diese waren auch der Meinung, dass sich der Datenschutzbeauftragte auf das absolute Minimum beschränken soll. Das hat zu diesem Resultat geführt.

Annette Lehmann (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Das Thema Datenschutz ist sehr wichtig und wir möchten die Ressourcen dafür zur Verfügung stellen. Es geht um den Schutz der Grundrechte von Personen, deren Daten durch die Behörden und Organe des Kantons und der Stadt bearbeitet werden. Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass Mario Flückiger dem Parlament signalisiert hat, dass er seine Aufgabe in diesem Bereich nicht genügend wahrnehmen kann. Durch die Revision des kantonalen Datenschutzgesetzes kamen nun weitere Aufgaben hinzu. Diese Aufgaben muss der Datenschutzbeauftragte von Gesetzes wegen erfüllen. Der Zusatzaufwand kann mit den heutigen Ressourcen nicht aufgefangen werden, vor allem auch, weil die Geschäftslast der Ombudsstelle insgesamt zugenommen hat. Es reicht nicht, nur die Steuerungsvorgaben zu ändern. Wir müssen hier Gelder sprechen. Wir unterstützen den Antrag.

Hans Peter Aeberhard (FDP) für die FDP-Fraktion: Wir unterstützen den Antrag, da es eine bescheidene Erhöhung ist. Dieser Antrag stellt sicher, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die der Kanton den Gemeinden vorschreibt, eingehalten werden. Wir haben die Wahl, entweder wir foutieren uns um ein kantonales Datenschutzgesetz und nehmen die Aufgabe nicht wahr, oder wir tun, was der kantonale Gesetzgeber vorsieht. Wir sind der Meinung, dass man den kantonalen Vorgaben folgen muss. Tun wir es nicht, handeln wir gesetzeswidrig.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt Antrag 2 (AK) zu (49 Ja, 12 Nein, 4 Enthaltungen).

- | | | | |
|----|------------------------------|---------|---|
| 3. | S. 54; Stadtkanzlei (040010) | SVPplus | Kürzung der Bruttokosten um Fr. 190'000 auf Fr. 259'006.83 zulasten Beziehungspflege und Repräsentation ²¹ |
| 4. | S. 54 ;Stadtkanzlei (040010) | GLP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 100'000 auf Fr. 310'211.83 zulasten Beziehungspflege/ Repräsentation ²² |

²¹ Im Budget 2008 wurde dieser Posten im Hinblick auf div. Grossveranstaltungen um Fr. 250'000 erhöht – dieser Betrag kann nun wieder gesenkt werden.

Simon Glauser (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Der Antrag bekam rund um die Diskussion über die Plauschreise des Gemeinderats nach New Bern einen aktuellen Bezug. Es ist aber nicht so, dass wir dem Gemeinderat diese Reisen nicht gönnen. Man hat im Budget 2008 diesen Posten um 250'000 Franken erhöht, mit der Begründung, dass besondere Anlässe bevorstünden, etwa die EURO08 oder die Hockey-WM. Seit dann ist dieser Betrag im Posten enthalten, obwohl man sagte, dass diese Erhöhung nur vorübergehend sei. Ich habe mich damals beim Stadtpräsidenten unbeliebt gemacht, indem ich ihm unterstellte, dass er mit dem Geld seinen Stadtpräsidentenwahlkampf finanziere. Da ich davon ausgehe, dass Alexander Tschäppät im nächsten Jahr weder für den Nationalrat noch für den Ständerat kandidieren wird, kann man der Kürzung von 190'000 Franken getrost zustimmen.

Peter Ammann (GLP) für die GLP-Fraktion: Auch wir gönnen es dem Gemeinderat, dass er in den USA unsere Stadt repräsentieren kann. Wir sind aber auch der Meinung, dass man bei diesem Posten die Kosten reduzieren kann. Die Beziehungspflege und Repräsentation sind wichtig und sollen wahrgenommen werden. Wir können die Höhe des Kürzungsantrags der SVPplus nicht ganz nachvollziehen. Wir kamen zum Schluss, dass man mit Antrag 4, der Kürzung der Nettokosten um 100'000 Franken, etwa auf das Niveau von 2007 kämen.

Lea Kusano (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Wir lehnen die Anträge ab. Wir sind der Meinung, dass die Beziehungs- und Netzwerkpflege einen hohen Stellenwert hat, vor allem auch im Bezug auf die Realisierung der Hauptstadtreion. Die Kostensteigerung ist vor allem auf die natürliche Lohnentwicklung zurückzuführen. Es wäre schade, wenn man wegen der Budgetkürzung wichtige Anlässe, beispielsweise den Neuzuziehenden-Anlass, streichen müsste.

Hasim Sancar (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Die Beziehungspflege und die Repräsentation sind für unsere Jungen nicht ganz nachvollziehbar. Deshalb werden sie den Antrag der GFL/EVP unterstützen. Ich werde beide Anträge ablehnen.

Luzius Theiler (GPB-DA): Dieser Posten ist sehr undurchsichtig. Man weiss nicht so genau, wofür das Geld eingesetzt wird. Wir wissen, dass es beispielsweise auch eine Gemeinderatskasse gibt, die Reisen finanziert. Es wäre wünschenswert, wenn man hier klare Informationen und Steuerungsvorgaben hätte. Mit Recht wurde auf das aktuelle Beispiel, der Reise nach New Bern, hingewiesen. Ich mag dem Gemeinderat die Reise auch gönnen, muss allerdings schon fragen, weshalb unbedingt zwei Gemeinderäte plus der Stadtschreiber dorthin fliegen müssen. Und das zu einem Anlass, wo es eigentlich nicht viel zu feiern gibt. Das ist ein trüber Anlass, nämlich das Gedenken an die Zwangsdeportation von mehreren hundert Bernern, die nicht erwünscht waren, die falsche Religion hatten und zwangsweise nach Amerika abgeschoben wurden. Ich möchte dem Gemeinderat ans Herz legen, dass er die Auseinandersetzung mit der Berner Geschichte nicht einfach ausblendet, sondern der Menschen gedenkt, denen vor 300 Jahren Unrecht geschah. Wenn man über Repräsentation spricht, meint man

²² Das Budget für Beziehungspflege und Repräsentation steigt von Jahr zu Jahr, dafür gibt es keinen ersichtlichen Grund. Die Beziehungspflege und Repräsentation stellt gemäss eigener Beschreibung „eine effiziente, kontinuierliche Koordination und Gestaltung der Repräsentationsaufgaben für den Stadtpräsidenten und den Gemeinderat sicher“.

Unsere Regierung repräsentiert sich bereits heute ausgiebig, teilweise wird der Repräsentation auch zu viel Gewicht beigemessen (siehe aktuelles Beispiel „New Bern“). Bei diesem Budgetposten kann daher ohne spürbare Folgen für die Bevölkerung der Stadt Bern gespart werden, indem sich der Gemeinderat selbst etwas einschränkt und sich auf die tatsächlich zwingenden Repräsentationsaufgaben beschränkt. Bei der Beziehungspflege und Repräsentation (P040010) sollen 100'000 Franken eingespart werden.

vielleicht nicht nur die Beziehungspflege und das Networking, sondern auch etwas wichtigeres, nämlich dass man sich überlegt, wann und zu welchem Zeitpunkt mit welchen Themen die Stadt repräsentiert wird. Ich stimme beiden Anträgen weit gehend zu, schon nur ihrer Undurchsichtigkeit wegen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich danke für die sachliche Diskussion der diesjährigen Budgetdebatte. Ich danke auch für die guten Reisewünsche und Empfehlungen. Lassen Sie mich noch einiges zum Streichungsantrag sagen: Man muss die Emotionalität dieser Reise ausblenden. Wenn Sie diesen Posten um 190'000 Franken kürzen wollen, entspricht dies dreiviertel des Postens. 100'000 Franken entsprechen etwa der Hälfte. Dabei sprechen wir in erster Linie von Löhnen, aber auch von vielen unspektakulären Anlässen, die mit Reisen nichts zu tun haben, beispielsweise Anlässe für Neuzuziehende, den 1. August oder auch Ehrungen von Sportlern. Im Weiteren enthält der Posten alle nationalen, regionalen und lokalen Beziehungen, die immerzu gepflegt werden müssen. Zum Beispiel Einladungen im Zusammenhang mit dem diplomatischen Corps, mit dem National- und Ständerat oder mit dem Grossrat. Nun kann man sagen, dass dies alles nicht nötig ist. Aber dann weiss ich nicht, weshalb man die Hauptstadt sein will. Ich möchte Ihnen einfach bewusst machen, dass Sie Dienstleistungen streichen. Dazu gehört auch die Anlaufstelle im Erlacherhof, wo Bürgerinnen und Bürger täglich die Möglichkeit haben, bei der Stadtverwaltung ihre Anliegen vorzubringen. Daher möchte ich bitten, die beiden Anträge abzulehnen.

Peter Ammann (GLP) für die GLP-Fraktion: Wenn wir eine Kürzung von 410'000 Franken auf 310'000 Franken verlangen, dann entspricht dies aus meiner Sicht knapp einem Viertel. Wir sind der Meinung, dass man mit den verbleibenden Dreivierteln die wichtigen Repräsentationen immer noch wahrnehmen kann.

Simon Glauser (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Dieser Meinung bin ich auch. Ich weiss es noch genau, weil ich damals in der Verwaltungsdelegation war. Ich habe für die Begründung der 250'000 Franken gefragt. Und da war der Grund, dass es für ausserordentliche Anlässe sei, wie eben die EURO08 und die Hockey-WM. Und dass man auch vorsieht, das Geld wieder zurückzunehmen.

Beschluss

1. Antrag 3 (GLP) obsiegt Antrag 4 (SVPplus) mit 55 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltung)
2. Der Stadtrat stimmt Antrag 3 (GLP) zu (44 Ja, 24 Nein, 3 Enthaltungen).

- | | | | |
|----|---------------------------------------|--------|---|
| 5. | S. 66 ; Informati-
onsdienst (050) | GPB-DA | Kürzung Nettokosten um Fr. 200'000 auf Fr. 826.154.75 zulasten Informationsdienst (050), je zur Hälfte zu Lasten P 050010 und P050020 ²³ |
|----|---------------------------------------|--------|---|

Luzius Theiler (GPB-DA): Die Information durch die Regierung ist eine heikle Angelegenheit. Sie bewegt sich immer zwischen eigentlicher Information und Staatspropaganda. Tendenziell werden bei umstrittenen Projekten professionelle PR-Leute beigezogen, um so das Volk von der Vorlage zu überzeugen. Das geschah beispielsweise bei der geplanten und glücklicherweise begrabenen Planung in der Elfenau. Die wenigen Angaben im Budget lassen erahnen, dass es sich einerseits um die interne und andererseits um die externe Information handelt.

²³ Immer häufiger werden PR-Büros mit der „Information“ über umstrittene Vorhaben beauftragt. Beim übertriebenen „Design“ von unbedeutenden Publikationen kann gespart werden. Die „MAZ“ hat angesichts viel aktuellerer Informationsmittel an Bedeutung verloren.

Man macht ein CI und ein CD für die Stadt Bern. Jede kleine Broschüre und jeder Bericht ist immer völlig perfekt und nobel durchgestylt und teuer gedruckt. Der Bericht wird meistens nicht einmal von den Stadträten richtig gelesen und landet sofort in einer Schublade oder im Altpapier. Da kann man sich schon fragen, ob der grosse Aufwand überhaupt gerechtfertigt ist. Man könnte solche Berichte und Broschüren auch einfach ordentlich und gut lesbar in einem normalen Rahmen publizieren. Das ist also die eine Hälfte des Kredits. Die andere Hälfte betrifft das Heft namens MAZ. Dieses Heft hat eine Anmutung wie ein Betty-Bossi-Kochbuch und der Inhalt ist genauso bieder. Man erfährt, wer neu bei der Stadt arbeitet, wer Geburtstag hat und dass der Stadtschreiber gerne Blut- und Leberwürste mag. Aber im Internetzeitalter gibt es im MAZ nichts von informativem Wert. Daher könnte man mal überprüfen, ob man dieses Heft wirklich braucht. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Ursula Marti (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Diese Kürzung ist nicht sinnvoll. Die Informationsdienstleistungen, die der Informationsdienst erbringt, sind wichtig für eine Stadt wie Bern. Wir würden uns ins eigene Fleisch schneiden, wenn wir weniger informieren würden. Beispielsweise entnehmen die Medien fast alles aus unseren Medienmitteilungen. So kann die Stadt laufend und ohne zusätzliche Kosten die Bevölkerung über Neuerungen informieren. Es wäre massiv teurer, wenn die Stadt über eigene Kommunikationskanäle alles finanzieren müsste. Es ist wichtig, dass wir ein einheitliches Erscheinungsbild haben. Schliesslich soll man ja auch merken, was die Stadt mit den Steuergeldern tut. Wäre nicht alles einheitlich, sähe man gar nicht, was von der Stadt kommt. Wir sind der Ansicht, dass der Informationsdienst schlank ausgestaltet ist und sehr effizient arbeitet, das heisst mit wenig Ressourcen eine grosse Leistung erbringt. Eine Kürzung würde einen einschneidenden Leistungsabbau bedeuten, und das ist unverantwortlich.

Hasim Sançar (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Wir lehnen den Antrag ab. Die MAZ ist durchaus eine gute Zeitschrift für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Rudolf Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Wir unterstützen den Antrag Theiler, weil wir der Meinung sind, dass die Vorlagen, die der Gemeinderat durchbringen will, für sich selbst sprechen müssen und nicht, indem sie von einem PR-Büro in schöne Broschüren verpackt werden.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich möchte einiges klarstellen: Weder vergeben wir Aufträge an PR-Büros, noch tut dies der Informationsdienst. Er stellt auch keine eigenen Publikationen her und finanzieren tut er sie auch nicht. 75 Prozent des Budgets sind Lohnkosten für 4.9 Stellen, die restlichen Kosten beinhalten die Miete, Informatik, Büromaterial, Abschreibungen und den Druck der Mitarbeiterzeitung. Man kann diese wollen oder nicht. Wir haben 1'800 Angestellte, die Mitarbeiterzeitung wird mit einer 40-Prozentstelle bestritten und dient der internen Kommunikation. Wenn Sie also die ersten 100'000 Franken streichen, heisst dies, dass die Mitarbeiterzeitung eingestellt wird und die Person für die interne Kommunikation überflüssig wird. Dass dies nicht sehr personalfreundlich ist, brauche ich wohl nicht zu erklären. Die weiteren 100'000 Franken betreffen in erster Linie die Frage der Medien- und Onlinedienste. Wir versuchen mit einer CD-Beratung die Direktionen dazu zu bringen, dass sie keine Aufträge nach aussen geben, sondern dass sie ihre Dokumentationen und Darstellungen an einer zentralen Stelle beziehen. So wollen wir einen einheitlichen Auftritt schaffen und Kosten in den einzelnen Direktionen einsparen. Es ist falsch, die Kosten für den Informationsdienst, der noch nie so gut funktioniert hat wie in den letzten Jahren, nun zu streichen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

FPI-Direktorin *Barbara Hayoz*: Ich muss auch eine Aussage von Luzius Theiler korrigieren: Das Projekt in der Elfenau ist nicht eingestellt, es läuft genauso weiter. Das Projekt wird nicht durch Steuergelder finanziert. Es wird über den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik finanziert, nämlich über die Sonderrechnung. Es geht also nicht zulasten der hoheitlichen Stadt.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Antrag 5 (GPB-DA) ab (19 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltung).

Präsidialdirektion

SBK-Referentin *Susanne Elsener* (GB): Wir haben das Geschäft im August beraten und ich danke der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und die Beantwortung der Fragen. Die Delegationsbesuche sind sehr zufrieden stellend verlaufen. Im Finanzinspektorat gibt es, entgegen der vom Stadtrat beschlossenen Kürzung, eine Erhöhung um 72'000 Franken. Als Begründung werden Mindererträge von wegfallenden Mandaten angegeben. Es sind aber auch Mehrkosten bei den Löhnen, unter anderem wegen zuvor ausgesetzten Beförderungen, angefallen. Die Abteilung Kulturelles hat zur besseren Transparenz neu nur noch zwei Produkte. Bisher wurde es unter Grundlagen und Dienstleistungen aufgeführt. Jetzt wird es auf die zwei verbliebenen Gruppen aufgeteilt. Laut dem PGB Seite 95 sollen 15 Prozent der Mittel in die direkte Förderung fließen. Es sind aber faktisch nur zehn Prozent. Wenn man von den Bruttozahlen ausgeht, entspricht dies dem Ist-Wert der letzten Jahre. Da hier aber die Steuerungsvorgabe nicht erreicht werden kann, muss der Umstand eruiert werden. Es handelt sich hier um eine technische Änderung. Die SBK stellt hier den einstimmig angenommenen Änderungsantrag zum PG110'000. Die Kulturförderung soll in der Steuerungsvorgabe P020 im Jahr 2010 von 15 Prozent auf 11 Prozent gesenkt werden. Die SBK stellt keine finanzrelevanten Anträge zur Präsidialdirektion. Die SBK beantragt dem Stadtrat grossmehrheitlich die Zustimmung zur bereinigten Produktegruppe. Die heute vorliegenden Sparanträge 6–15 lagen der Kommission nicht vor und konnten deshalb nicht diskutiert werden. Die Kommission hat dem Produktegruppen-Budget der PRD in der Version des Gemeinderats grossmehrheitlich zugestimmt und beantragt dieses dem Stadtrat mit der neuen Kennzahl 4 zur Annahme.

PVS-Referent *Daniel Klauser* (GFL): Wir haben in der Präsidialdirektion über alle Bereiche hinweg einen Ausbau der Nettokosten von 46.4 Millionen Franken auf 48.1 Millionen Franken. Bei der Stadtentwicklung sind es 2.47 Millionen Franken im Vergleich zu 2.38 Millionen Franken im letzten Jahr. Beim Bauinspektorat gab es eine leichte Senkung, nämlich von 1.9 Millionen Franken auf 1.87 Millionen Franken. Beim Stadtplanungsamt gab es eine Erhöhung von 4.77 Millionen Franken gegenüber 4.25 Millionen Franken im letzten Jahr. Zu den drei Abteilungen: Die Abteilung Stadtentwicklung wurde in der PVS vor allem wegen mangelnden Wohnungen in der Stadt und dem Zustand, dass zu wenig gebaut wird, diskutiert. Damit ist nämlich auch das Einwohner- und Steuerwachstum zu wenig stark. Beim Bauinspektorat hat sich aus den Delegationsbesuchen ergeben, dass die Anzahl der widerrechtlichen Bauten zunimmt. Das gilt auch für den Aufwand für die Bearbeitung eingereicherter Baugesuche. Ein weiterer zusätzlicher Aufwand ergibt sich wegen dem neuerdings notwendigen Baubewilligungsverfahren bei der Reklamen und Aussenbestuhlung. Beim Stadtplanungsamt war der Ausbau der Stellen der Hauptdiskussionspunkt. Er wird von der Präsidialdirektion begründet mit Arealplanungen, die man vorantreiben will. Da lag der PVS auch eine Liste der Stadtentwicklungsarealen vor, die das Stadtplanungsamt in erster Priorität bearbeiten will. Der Stellenausbau wurde kontrovers diskutiert. Die vorliegenden Kürzungsanträge lagen der PVS nicht vor und konnten nicht diskutiert werden.

- | | | | |
|----|--|---------|---|
| 6. | S. 83; Direktions-
stabsdienste,
(100100)I | GFL/EVP | Kürzung der Nettokosten um 100'000 auf Fr. 2'310'353.59 zulasten Leistungen für Politik und Verwaltungsführung (100100) ²⁴ |
|----|--|---------|---|

Daniela Lutz-Beck (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Wir stellen den Antrag, den Stellenausbau nicht zu bewilligen. Wir stehen sowieso der Aufstockung weiterer Stellen kritisch gegenüber. Ein Ausbau der Dienstleistungen ist momentan nicht angezeigt. Uns ist es wichtig, transparent in Projekte zu investieren. Der Bedarf einer zusätzlichen Teilzeitstelle im Stab ist für uns im Moment nicht genügend ausgewiesen.

Leyla Gül (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Wir lehnen den Antrag ab. Wir sind der Meinung, dass der Bedarf für die Schaffung einer zusätzlichen Teilzeitstabsstelle sehr wohl ausgewiesen ist. Ohne Personen gibt es keine Projekte. Die Anforderungen sind nämlich nachweislich gestiegen. Inhaltlich handelt es sich um wichtige Aufgaben, unter anderem um Lobbyarbeit und um Koordination mit Bund, Kanton und der Hauptstadtregion als einem der wichtigsten aktuellen Projekte. Insgesamt würden wir es schade finden, in diesem Bereich zu bremsen. Das ist ein Ort, der Vernetzung und Wissenstransfer mit der näheren und weiteren Umgebung bedeutet und die Anforderungen einer vernetzten und globalen Welt ernst nimmt.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Vor der Pause wurden wir gelobt, weil die Präsidialdirektion eine Direktion ist, die im letzten Jahr gespart hat. Wir haben uns Mühe gegeben und jetzt sind wir am Anschlag. Wir haben viele neue Aufgaben, dadurch dass wir uns im Kanton und in der Region vernetzen und die Hauptstadtregion aufbauen sollen. Das haben wir bisher mit dem bestehenden Stab gemacht. Dafür wurden viele Überstunden geleistet und jetzt sind wir am Anschlag. Wir sind auf eine Teilzeitstelle angewiesen, die uns erlaubt, die Pendenzen abzubauen. Ich möchte meinem Personal nicht weiteren Stress zumuten. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

PVS-Referent *Daniel Klauser* (GFL): Wenn der Stadtpräsident vor der Pause hier gewesen wäre, hätte er gehört, was ich gesagt habe. Ich habe nämlich die PVS gelobt dafür, dass sie beim Budget zurückhaltend war. Es geht uns nicht darum, das Projekt Hauptstadtregion zurückzustufen, sondern wir sind der Meinung, dass in der Abteilung Stadtentwicklung genügend Ressourcen vorhanden sind, um das Projekt voranzutreiben.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt Antrag 6 (GFL/EVP) zu (43 Ja, 28 Nein).

- | | | | |
|----|--|---------|---|
| 7. | S. 88; Direktions-
stabsdienste
(100330) | GLP | Streichung der Nettokosten von Fr. 83'321.36 zulasten Öffentlichkeitsarbeit/Gleichstellung (100330) ²⁵ |
| 8. | S. 88; Direktions- | SVPplus | Streichung der Nettokosten von Fr. 416.607.45 |

²⁴ Der Bedarf einer zusätzlichen Teilzeitstabsstelle ist nicht ausgewiesen

²⁵ Die GLP findet es wichtig und richtig, dass die Stadt Bern Gleichstellungsprojekte durchführt und Auskunft und Beratungen in diesem Bereich durchführt. Allerdings kennt bereits der Kanton eine kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (FGS), welche vielfältige Dienstleistungen für die Bevölkerung und die Verwaltung auf kantonaler Ebene erbringt. Ebenso führt der Bund das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, welches als Kernaufgabe „die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen“ zum Ziel hat. Die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann in der Stadt Bern soll sich daher auf Projekte, Auskunft und Beratung für die Stadtverwaltung konzentrieren, auf eine separate Öffentlichkeitsarbeit (P100330) kann hingegen verzichtet werden.

stabsdienste
(100300)

zulasten Gleichstellung (100300)²⁶

Tanja Sollberger (GLP) für die GLP-Fraktion: Auf den ersten Blick ist dies ein unpopulärer Antrag. Ich bin eine glühende Befürworterin der Gleichberechtigung. Wir sind klar für die Gleichberechtigung. Wir leben das. Wir sind als zwei Frauen und zwei Männer gewählt worden. Dieser Antrag zielt nicht auf die Gleichstellung, sondern auf den Abbau der Doppelspurigkeiten. Es ist wichtig, dass die Stadt Bern Gleichstellungsprojekte durchführt. Was aber die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Gleichstellung von Mann und Frau betrifft, gibt es auf kantonaler und nationaler Ebene ein Amt, das sich als Kernaufgabe die Förderung der Gleichstellung in allen Bereichen zum Ziel setzt. Die Fachstelle der Stadt Bern soll sich also auf Projekte für die Auskunft und Beratung der Stadtverwaltung konzentrieren. Auf eine separate Öffentlichkeitsarbeit kann man verzichten. Sie ist vielleicht für die Sache der Frauen eher kontraproduktiv. Eigentlich kann man diesen Antrag auch als Bitte an das Amt verstehen, für uns Frauen wirklich gute Arbeit zu leisten.

Simon Glauser (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Wir verlangen die Abschaffung des Gleichstellungsbüros. Die Veröffentlichung des Sprachleitfadens für geschlechtergerechtes Informieren war für mich ein Zeichen, dass dem mit zwei Frauen besetzten Gleichstellungsbüro die sinnvollen Arbeiten und Projekte ausgegangen sind. Es geht hier um Ideologien, die sehr verkrampft und engstirnig sind. Damit kann ich nichts anfangen. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist in der Stadt Bern vollzogen. Alle wichtigen Anliegen wurden umgesetzt.

Christine Michel (GB) für die GB/JAI-Fraktion: Die Gleichstellung der Geschlechter ist heute auch in der Stadt Bern noch lange nicht realisiert. Das gilt auch für einige Fraktionen. Frauen haben weniger Aufstiegschancen im Beruf und Mädchen wählen aus einem engen Berufsspektrum aus, was Auswirkungen auf ihre weitere Laufbahn hat. Gewalt hat geschlechterspezifische Auswirkungen und auch Männer können Beruf und Familie nicht im gewünschten Mass vereinbaren. Es ist wichtig, dass die Fachstelle für Gleichstellung nicht nur einen Auftrag innerhalb der Stadtverwaltung hat, sondern auch gegenüber der Stadtbevölkerung. Die Streichung des gesamten Produkts Öffentlichkeitsarbeit würde dazu führen, dass die Fachstelle diesen Auftrag nicht mehr wahrnehmen kann. Somit kann auch der Aktionsplan Gleichstellung, der seit zwei Jahren lanciert ist, nicht mehr umgesetzt werden. Die Öffentlichkeitsarbeit kann nicht von den Projekten getrennt werden. Mit dem Aktionsplan Gleichstellung werden in allen Direktionen Projekte unterstützt, die die Stadt Bern für Frauen und Männer in allen Bereichen lebenswerter macht. Beispielsweise gibt es das Projekt „Lares“, das mehr Frauen in die Planungs- und Bauprozesse einbezieht. Es gibt in Schulen ein wichtiges Präventionsprojekt zu sexueller Gewalt mit passenden Unterrichtsmaterialien. Ausserdem wurden Aus- und Weiterbildungen für Lehrpersonen erarbeitet und durchgeführt. Auch das Projekt „Avanti“ ist sehr wichtig. Es hat zum Ziel, dass Mädchen und Jungen eine weniger stereotype Berufswahl treffen. Mit dem Produkt Öffentlichkeitsarbeit werden Publikationen, Veranstaltungen und Vernetzungsaktivitäten in diesen Bereichen realisiert. Sie setzen einen Teil dieser Projekte um. Zu diesem Produkt gehört sowohl der Personal- wie der Sachaufwand, der hier geleistet wird. Wenn Sie das streichen, gibt es nicht etwa weniger Publikationen. Diese Aufgaben können weder das eidgenössische noch das kantonale Gleichstellungsbüro übernehmen. Es geht um Projekte, die auf kommunaler Ebene realisiert werden und auf die Stadt Bern zugeschnitten sind. Wir bitten Sie, die Kürzungsanträge abzulehnen.

²⁶ Die Gleichstellung von Mann und Frau in der Stadt Bern ist vollzogen.

Robert Meyer (SD) für die SVPplus-Fraktion: Der Sprachleitfaden ist nicht nur ärgerlich, sondern auch gefährlich, weil es um die Sprache geht. Die Sprache ist auch ein Instrument. Wenn man beginnt den Leuten vorzuschreiben, wie sie sprechen sollen, ist dies sehr bedenklich. Ich muss damit leben, dass es im Stadtrat Politiker gibt, die eine Ideologie vertreten, die ich gar nicht teile. Womit ich nicht leben kann, ist, wenn mir erwachsene Leute mit Leitfaden vorschreiben, wie man zu reden hat.

Bernhard Eicher (FDP) für die FDP-Fraktion: Wir lehnen die totale Streichung des Gleichstellungsbüros ab. Es gibt durchaus Fragen, die geklärt werden müssen, beispielsweise die Lohnunterschiede oder aber die Diskriminierung, neuerdings auch von jungen Männern. Wir haben schon mal in einem Vorstoss verlangt, dass die Genderfrage ausgeweitet wird und ein Diversity Management geschaffen wird. Das beinhaltet mehr als nur das Geschlecht und das gibt es in jedem modernen Unternehmen. Offensichtlich sind die Leute beim Gleichstellungsbüro unterbeschäftigt, denn der Leitfaden ist ein absoluter Blödsinn. Das ist kontraproduktiv und lächerlich für die Frauenbewegung. Wir unterstützen den Antrag der GLP.

Patrizia Mordini (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die Stadt hat vom Gesetz und der Verfassung her einen Gleichstellungsauftrag. Den muss sie auch auf Gemeindeebene erfüllen. Die Aufgaben und Kompetenzen sind hier klar geregelt. Der Gleichstellungsauftrag ist ein Dauerauftrag. Die Gleichstellung ist zwar faktisch verankert, aber noch nicht erreicht, was sich in den Bereichen des täglichen Lebens zeigt. Beispielsweise der Lohnunterschied von 21 Prozent zum Nachteil der Frauen. Der Gleichstellungsauftrag ist deshalb eine Kernaufgabe der Stadt. Die Fachstelle für Gleichstellung hat eine Querschnittsfunktion. Der Auftrag besteht darin, die Gleichstellung von Frau und Mann sowohl verwaltungsintern als auch -extern voranzutreiben. Das Wirkungsfeld ist also nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch private Betriebe und bezieht auch die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern mit ein. Die Fachstelle verfügt über das Gender-Know-how, das es braucht, um die Umsetzung voranzutreiben. Sie kommt dem Gleichstellungsauftrag kompetent und kostengünstig nach. Einige konkrete Beispiele aus dem Aktionsplan hat Christine Michel beschrieben. Zu Antrag 7: Nur 30'000 Franken sind nicht gebundene Gelder. Wenn man die Öffentlichkeitsarbeit von rund 83'000 Franken streicht, dann betrifft dies auch personelle Ressourcen. Wir wollen nicht, dass dort Abstriche gemacht werden. Wir brauchen die Kompetenzen und für die Umsetzung des Aktionsplans brauchen wir Ressourcen. Antrag 8 lehnen wir ab. Wir sind noch lange nicht so weit, um die Fachstelle abzuschaffen, vor allem wenn man den Frauenanteil gewisser Fraktionen sieht.

Daniela Lutz-Beck (GLF) für die GFL/EVP-Fraktion: Wir haben bei Antrag 7 Stimmfreigabe beschlossen. Die Themen der Gleichstellung sind auch heute noch aktuell, auch wenn nicht alle meiner Meinung sind. Es muss jedoch sichergestellt sein, dass die Gleichstellungsbeauftragten auf allen Ebenen zusammenarbeiten und Aufgaben in der Stadt übernehmen, die nicht von anderen Büros oder Institutionen übernommen werden. Da werden wir auch weiterhin ein Auge darauf haben und schauen, dass keine Doppelspurigkeiten stattfinden. Zu Antrag 8: Eine generelle Abschaffung der Gleichstellungsstelle steht für uns nicht zur Debatte. Gerade diejenigen Parteien, die diese Stelle abschaffen wollen, haben sich vor kurzem in den Medien als Frauenförderer in der Islamdebatte bekannt. Gerade auch im Migrationsbereich ist die Gleichstellung von Mann und Frau ein wichtiges Thema. Da werden noch einige Fragen auf uns zukommen.

Roland Jakob (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Wir haben gehört, dass Frauen in einigen Parteien untervertreten sind. Wir werden ja vom Volk gewählt. Wir können nicht mehr als Frauen aufstellen. Es liegt ja auch an den Leuten, dass sie gewählt werden. Zur Gleichstellung im

Schulwesen: Es gibt sehr viele gute, junge engagierte aber auch ältere Damen im Schulwesen. Da sind die Männer aber wahnsinnig untervertreten. Da müsste man langsam die Bremse ziehen und mehr Männer anstellen, damit auch im Schulwesen die Gleichstellung vollzogen wird. Aber für Sie ist das eben nicht dasselbe. Es kommt halt immer drauf an, wie man es anschaut.

Ursula Marti (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Zum Sprachleitfaden: Das Parlament hat einen Aktionsplan für Gleichstellung gefordert. Dieser beinhaltet, dass der Sprachleitfaden erneuert wird. Die Fachstelle für Gleichstellung hat also getan, was wir verlangt haben. Wir können jetzt nicht einfach sagen, dass wir die Fachstelle abschaffen, nur weil diese getan hat, was wir verlangt haben. Ein Sprachleitfaden ist etwas völlig normales. Jede grössere Firma hat einen Sprachleitfaden. Der Bund, die Kantone und andere Städte haben einen Sprachleitfaden. Der Sprachleitfaden war ein ungerechtfertigter Medienhype. Meiner Meinung nach ist es nicht gut, wenn man den Sprachleitfaden als Vorwand nimmt, um die Fachstelle für Gleichstellung zu redimensionieren.

Rudolf Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Es mag ja sein, dass dies ein parlamentarischer Auftrag war. Aber wir haben nicht erwartet, dass ein derart sonderbarer Leitfaden dabei herauskommt. In gewissen Bereichen sollte man sensibilisieren, in dem man beispielsweise Ärztinnen und Ärzte sagt. Ich bin enttäuscht, dass die Fachstelle einen solchen Leitfaden gemacht hat. Wer Zeit hat solchen Scheiss zu machen, muss damit rechnen, dass er weniger Geld kriegt.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Die Streichung der Gleichstellungsstelle ist ein altes Thema. Und ausser der SVP wünscht dies auch niemand. Der Sprachleitfaden wird nun als Beispiel genommen, um Kürzungen zu verlangen. Nimmt man beispielsweise den Sprachleitfaden vom Bund, stellt man fest, dass der Bernische Sprachleitfaden fast denselben Inhalt hat. Das sind also Inhalte, die es schon lange gibt und die nie zu irgendwelchen Aufregungen geführt haben. Für die Veröffentlichung des Sprachleitfadens wurde wahrscheinlich einfach der falsche Zeitpunkt gewählt. Die zentrale Frage ist, was man mit der Gleichstellung will. Wir haben eine interne und externe Gleichstellung. In vielen Bereichen ist die Gleichstellung nicht erreicht. Der Streichungsantrag ist ungenügend begründet, wenn man darauf hinweist, dass es eine eidgenössischen und eine kantonalen Gleichstellungsstelle gibt, die Öffentlichkeitsarbeit leisten soll. Wir sind bemüht, Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Auf der kommunalen Ebene gibt es nur eine Gleichstellungsstelle, die kommunizieren und Öffentlichkeitsarbeit leisten kann und das ist die städtische. Wenn man die Koordination und Information in der Gleichstellung wirklich umsetzen will, braucht es eine entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit.

Beschluss

1. Antrag 7 (GLP) obsiegt Antrag 8 (SVPplus) (59 Ja, 12 Nein, 1 Enthaltung).
2. Der Stadtrat lehnt Antrag 7 (GLP) ab (36 Ja, 38 Nein).

9.	S.94; Abteilung Kulturelles (110020)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten Beiträge direkte Förderung (3650105 bis 3650109) (vgl. S. 565) um Fr. 686'000.00 auf 1 Mio.Fr., das heisst von Nettokosten (P110020) Fr. 3'321'787.96 auf Fr. 2'635'787.96
----	--	---------	--

Jimmy Hofer (parteilos) für die SVPplus-Fraktion: In Anbetracht der Gelder, die zukünftig etwas knapper werden, wollen wir bei der Kultur massvolle Kürzungen erreichen. Bei Antrag 10

könnte man Kultur und Kulturaustausch zusammenlegen und unter einem einheitlichen Betrag aufführen und die Aufteilung die Behörden machen lassen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen. Es ist der kreativste Teil der Kulturpolitik. Er enthält freie Kredite, mit denen einzelne Projekte unterstützt werden können. Wenn man derart massiv kürzen will, verlieren wir das, was die Kulturpolitik spannend macht, nämlich neue Projekte und Ideen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Antrag 9 (SVPplus) ab (25 Ja, 41 Nein).

10.	S. 94; Abteilung Kulturelles (110020)	SVPplus	Kürzung Beiträge (3650118 und 3650120) (vgl. S. 565) um Fr. 42'000.00 auf max. Fr. 100'000.00, d.h. von Nettokosten 3'321'787.96 auf Fr. 3'279'787.96
-----	---	---------	--

Jimmy Hofer (parteilos) für die SVPplus-Fraktion: Hier geht es um eine Aufteilung der Kürzungen. Man sollte überall kleine Kürzungen vornehmen. Wir sind ja hier in der „Just for Fun“-Abteilung, die nicht unbedingt zum Kerngeschäft einer Stadt gehört. Hier könnte man Einsparungen machen, ohne dass es grosse Auswirkungen auf die Stadt hätte. Das betrifft fünf verschiedene Sparten, die wir um 686'000 Franken kürzen wollen, das macht dann 140'000 Franken pro Sparte aus. Man könnte durchaus verkraften, wenn man das eine oder andere Projekt nicht so durchführen könnte, wie es geplant war.

Martin Schneider (BDP) für die BDP/CVP-Fraktion: Kultur ist ein wichtiges Gut. Das städtische Kulturangebot ist sehr vielfältig und komplex finanziert. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass das Kulturangebot als Ganzes unter die Lupe genommen werden sollte. Es sollte im Sinne und Interesse des Volkes betrachtet und finanziert werden. Diese Anträge sind Pflasterlipolitik. In diesem Budget sind viele Ausgaben gebunden und daher können wir sie auch nicht diskutieren. Deshalb gehen die einzigen möglichen Kürzungen an die direkten Fördermittel. Das können wir in diesem Jahr nicht verändern. Wir werden schauen, dass man bei den neuen Verträgen etwas korrigieren und richten kann. Wir befinden uns in einer finanziell sehr schwierigen Situation. Wir müssen überall sparen. Und aus diesem Grund werden wir auch dem Kürzungsantrag mit schmerzenden Herzen zustimmen.

Daniel Lutz-Beck (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Wir lehnen den Antrag ab. Es handelt sich hier um Gelder, die den Künstlern direkt zufließen. Sie sind eben nicht an Leistungsverträge gebunden. So werden die Ausgaben transparent gemacht und ermöglichen der Stadt, flexibel auf Projekte zu reagieren und das Kunstschaffen in der Stadt auf einem hohen Niveau zu halten. Das ist auch dringend notwendig.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Wenn ich den Antrag richtig lese, geht es hier um die Kürzung von 42'000 Franken bei den Positionen 3650118 und 3650120. Was beinhalten die beiden Positionen? Das eine ist der Kulturaustausch, also Stipendien im Kulturaustausch, von der Schweiz ins Ausland oder umgekehrt. Gleichzeitig ist ausgerechnet die Breitenkultur in dieser Position untergebracht, beispielsweise die Unterstützung von Blasorchestern, Jodlertreffen oder Handharmonikavereinen. Es handelt sich also um kleinste kulturelle Beiträge, die für diese Organisationen von Bedeutung sind. Das kann ja nicht im Sinne der Antragssteller sein. Ich bitte Sie, sie den Antrag abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Antrag 10 (SVPplus) ab (17 Ja, 48 Nein).

- | | | | |
|-----|---|---------|--|
| 11. | S. 95; Abteilung
Kulturelles
(110020) | SBK | Änderung Steuerungsvorgabe 2)
Fördern des zeitgenössischen Kulturschaffens
und des Kulturaustauschs: 11% [statt 15%] |
| 12. | S. 95; Abteilung
Kulturelles
(110020) | SVPplus | Änderung Steuervorgabe 2) Fördern des zeitge-
nössischen Kulturschaffens und des Kulturaus-
tauschs: maximal 10% [statt 15%] ²⁷ |

Beschluss

1. Antrag 11 (SBK) obsiegt Antrag 12 (SVPplus) mit (59 Ja, 9 Nein).
2. Antrag 11 (SBK) wird stillschweigend genehmigt.

- | | | | |
|-----|-------------------------------------|---------|--|
| 13. | S. 100; Denkmal-
pflege (120000) | SVPplus | Ersatzlose Streichung der Nettokosten von
Fr.682'876.90 zulasten Denkmalpflege (120000) ²⁸ |
|-----|-------------------------------------|---------|--|

Simon Glauser (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Wir sind der Meinung, dass man die städtische Denkmalpflege dem Kanton Bern übertragen sollte. Nicht zuletzt wenn man sieht, wie die Denkmalpflege teilweise unsinnig handelt. Beispielsweise beharrt der Denkmalpfleger bei der bevorstehenden Sanierung der Marktgasse auf Pflastersteinen, obwohl dies für Tramschienen alles andere als ideal ist. Oder wenn beispielsweise eine Privatperson einen Balkon ansetzen will, ist sofort der Denkmalpfleger zur Stelle, um es zu verbieten. Auf der anderen Seite drückt der Denkmalpfleger beide Augen zu, wenn es beispielsweise um die Reitschule geht. Da wird offenbar mit andern Ellen gemessen. Wer noch weitere Argumente will, soll dies in den Protokollen der letzten Jahre nachlesen.

Rudolf Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Zwei Personen in unserer Fraktion werden dem Antrag nicht zustimmen. Aus meiner Sicht ist Denkmalpflege etwas wichtiges, auch wenn sie manchmal etwas extrem ist.

Gisela Vollmer (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Da werden verschiedene Dinge in einen Topf geworfen. Die Reitschule wurde sehr wohl nach denkmalpflegerischen Kriterien saniert. Dass sie jetzt in der Nutzung nicht funktioniert, ist ein anderes Problem und aus meiner Sicht nicht unbedingt Sache der Denkmalpflege. Zur Sanierung der Marktgasse: Da ist sogar Jimmy Hofer dafür, dass diese mit Pflastersteinen saniert wird. Also ich weiss gar nicht, wo das Problem liegt. Denkmalpflege wird immer mit Verboten und Behinderungen gleichgesetzt. Aber dass die vielen Touristen einzig und allein wegen der Altstadt kommen und viel Geld bringen, sieht dann niemand. Die Denkmalpflege bringt uns eigentlich einen unglaublich grossen Ertrag. Warum nehmen Sie dies nicht zur Kenntnis?

Jimmy Hofer (parteilos) für die SVPplus-Fraktion: Es geht um das Erscheinungsbild der Reitschule. Sie ist denkmalgeschützt und das Erscheinungsbild ist wahrscheinlich nicht so denkmalgeschützwürdig. Das hat Simon Glauser gemeint. Der Denkmalpfleger hat mich mit seiner Argumentation bezüglich der Bepflasterung der Marktgasse nicht überzeugt. Eine Vollpflasterung kommt nicht in Frage. Die Denkmalpflege kann auch vom Kanton gemacht werden. Es ist eine Feudalstelle, die wir da in Bern haben. Dort, wo ihm der Gemeinderat vorschreibt die

²⁷ bedürfnisgerecht

²⁸ Die Denkmalpflege soll durch die Denkmalpflege des Kantons übernommen werden.

Augen zu verschliessen, tut er es, aber bei Privaten tut er alles, um diese zu plagen. Und wenn er ein politisches Machtwort sprechen sollte, wie bei der Reitschule, tut er es nicht.

Bernhard Eicher (FDP) für die FDP-Fraktion: Die Tatsache, dass der Denkmalpfleger mit zwei Ellen misst, finden wir auch sehr stossend. Wenn ich eine Türklinke auswechseln will, kommt der Denkmalpfleger und mischt sich ein. Auf der andern Seite die Reitschule, wo es um die Aussenfassade geht und da muss jetzt niemand sagen, dass dies etwas mit Denkmalpflege zu tun hat, da drückt man dann beide Augen zu. Man muss dies trennen. Einerseits haben wir ein politisches Problem, nämlich jenes des linksgrünen Gemeinderats und der linksgrünen Seite des Parlaments, das dies seit Jahren deckt und toleriert. Das ist ein politischer Wille. Auf der andern Seite gibt es die Denkmalpflege, die schlussendlich nur den politischen Willen ausführt. Aber die Denkmalpflege an sich ist sinnvoll. Es kann ja nicht sein, dass man die Stadt Bern zusammenstampft und neu baut. Daraus ist die Denkmalpflege ja entstanden. Man hat Häuser abgerissen und im Nachhinein gemerkt, dass es gar nicht gut war. Die Denkmalpflege hat durchaus ihre Berechtigung und deshalb werden wir den Antrag ablehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Antrag 13 (SVPplus) ab (9 Ja, 60 Nein, 2 Enthaltungen).

14.	S. 105; Abteilung Stadtentwicklung (130130)	Finanzde- legation/ SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 20'000 auf Fr. 424'749.57 zulasten Aussenbeziehun- gen und politisches Controlling (Verzicht Städtepartnerschaft)
-----	---	-----------------------------------	---

Rudolf Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Vom Projekt Hauptstadtregion kam das Bedürfnis nach einer Städtepartnerschaft. Dafür sollen 20'000 Franken budgetiert werden. Es stand dann die Frage im Raum, was eine Städtepartnerschaft der Hautstadtregion bringen könnte. Aber das hat auf den Wirtschaftsstandort Bern keinen Einfluss. Jede Gemeinde hat eine Gemeindeparterschaft und wenn man nachfragt, kommt dabei heraus, dass es nicht viel gebracht hat, ausser dass sich die beiden Gemeinderäte einmal getroffen haben. Danach geschieht meistens nichts mehr. Dieses Projekt verursacht Kosten, bringt aber eigentlich nichts.

Stéphanie Penher (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Abgesehen davon, dass ein Kürzungsantrag von 20'000 Franken kleinlich ist, möchte ich sagen, dass die Städte gerade auf der Verwaltungsebene ihr Know-how austauschen können. Wir sind der Meinung, dass Städtepartnerschaften mit europäischen Städten gemacht werden sollen. Davon kann man profitieren. Wir lehnen den Antrag ab.

Rudolf Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Die Finanzdelegation befand mit 4 zu 2 Stimmen, dass man das Anliegen durchaus streichen kann.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Das Parlament wünscht Städtepartnerschaften. Es gab entsprechende Vorstösse zu diesem Thema. Sie wünschen sich eine Hauptstadtregion. Wenn man eine Städtepartnerschaft ernsthaft prüfen und allenfalls umsetzen will, müssen dafür Mittel gesprochen werden. Wenn Sie bei der Städtepartnerschaft kürzen wollen, müssten Sie konsequenterweise sagen, dass Sie weder eine Hauptstadtregion noch eine Partnerschaft wollen. Dann sollten wir uns besser einigeln und isolieren. Aber dann dürfen Sie auch keine Postulate einreichen, die eine vermehrte Vernetzung mit anderen Städten fordern.

Rudolf Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Ich hoffe, dass sich der Stadtpräsident auch auf andere Weise mit Städten austauschen kann, als mit dem Budget der Städtepartnerschaft. Ich erwarte, dass er nicht nur mit der Partnerschaftsstadt Probleme diskutiert, sondern sich grossflächig austauscht, wenn dies denn nötig sein sollte.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt Antrag 14 (SVPplus) zu (43 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltung).

15.	S. 119 ;Stadtplanungsamt (170500)	Finanzdelegation/ SVPplus/ GLP	Kürzung der Nettokosten PG 170 500 Stadtplanung um Fr. 274'000 auf Fr. 4'493'790.65
15a	S. 119, Stadtplanungsamt (170500)	SP/JUSO	Gegenantrag zu Nr. 15 Die Kürzung der Nettokosten PG 170 500 Stadtplanung um Fr. 274'000.00 ist abzulehnen. Auf die geplante Stellenaufstockung ist zu verzichten. Stattdessen soll das Honorarkonto (3180 000) im Ausmass der gefallenden Lohnkosten von Fr. 274'000.00 erhöht werden (Verwendung Geld für notwendige Planungen in Bern) ²⁹

Rudolf Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Es geht um die Kürzung von zweieinhalb Stellen. Wir wollen keine zusätzlichen Stellen schaffen. Die Verwaltung hat gesagt, dass es sich um befristete Stellen handelt. Dann wurde vermutet, dass die befristeten Stellen immer in unbefristete Dauerstellen umgewandelt werden. Das darf nicht sein. Da muss sich das Stadtplanungsamt anders organisieren.

Beat Zobrist (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Wir lehnen Antrag 15 ab und fordern stattdessen, dass das Honorarkonto aufgestockt wird. Man kann diese Aufträge nämlich auch nach aussen vergeben. Ich glaube, dass sich viele daran stören, dass das Stadtplanungsamt immer weiter ausgedehnt wird. Mit unserem Antrag wäre auch die Gefahr gebannt, dass dies immer so weiter geht. Da das Globalbudget gleich bleibt, ist unser Antrag eigentlich ein Vorschlag an den Gemeinderat. Es liegt in der Kompetenz des Gemeinderats, auf welche Konten das Geld verteilt wird. Falls dieser Antrag durchkommt, muss er das Budget in eine andere Produktgruppe verlagern. Deshalb hängt unser Antrag davon ab, ob der Gemeinderat bereit wäre, das Geld zu verschieben. Die Stadtplanung ist aus unserer Sicht sehr wichtig. Es gibt viele Projekte, die in Planung sind. Die Stadt kann sich nur durch Planung entwickeln. Nur dies garantiert ein urbanes Wachstum. Wir wollen Steuererträge, mehr Wohnraum und mehr Aufträge für das Gewerbe in der Stadt Bern vorantreiben. Nicht zuletzt in Konkurrenz zu anderen Städten. Bei der Stadtplanung zu kürzen oder diese knapp zu halten, ist rückwärts gedacht, Hauptstadt schädigend und wirtschaftsfeindlich. Wir wollen ein modernes Zentrum.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Der Zwischenstand gegenüber der Ausgangslage des Budgets liegt momentan bei -400'000 Franken, das heisst 400'000 schlechter, als zu Beginn.

²⁹ Angesichts der Notwendigkeit, die Einwohnerzahl Berns zu erhöhen, wäre es fahrlässig, notwendige Planungen zu stoppen. Es muss zwingend Geld für Planungen, d.h. für Investitionen in Wohnungen und den Umgebungsraum vorhanden sein. Mit der Verschiebung des Gelds von der geplanten Besetzung der Planerstelle auf das Konto Honorarkredite werden Planungen nicht verhindert, sondern an Dritte vergeben.

Wir hätten jetzt die Möglichkeit, dies substantiell zu korrigieren und ich hoffe auf die Unterstützung der GFL in dieser Sache.

Daniel Lutz-Beck (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Bereits in den letzten und vorletzten Jahren hat die GFL/EVP jeglichen Ausbau des Stadtplanungsamts abgelehnt. Die auszuführenden Aufgaben lassen sich unserer Meinung nach mit dem vorhandenen personellen Ressourcen bewältigen. Wir stellen immer noch die Zuteilung der verschiedenen Ämter in Frage, in diesem Fall die Zuordnung des Stadtplanungsamts in die PRD. Ein dahingehendes von mir eingereichtes Postulat vom 26.11.2009 wurde bis anhin nicht im Stadtrat traktandiert. Der vorliegende Antrag des Gemeinderates ist zudem nicht genügend begründet. Ich zitiere Conradin Conzetti aus der Budgetdebatte 2008 „Wenn nötig, kann der Gemeinderat ja gezielte Aufträge an Spezialisten auch ausserhalb der Verwaltung übertragen, zum Beispiel in der Stadtplanung. Dafür sind Projektkredite im Rahmen der Investitionsrechnung vorzusehen.“ Wir lehnen daher auch den Antrag 15a ab. Wir setzen aber auch grosse Erwartungen in den neuen Vorsteher des Stadtplanungsamtes, nämlich dass er mit den vorhandenen Ressourcen haushälterisch umgeht.

Stéphanie Penher (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Man stellt in einer Budgetdebatte keine Anträge, um eine Direktionsreform voranzutreiben. Wir sind wie die SP/JUSO auch der Meinung, dass man dem Antrag so zustimmen könnte. Im Globalbudget gibt es keine Differenz dazu. Persönlich bin ich auch nicht der Meinung, dass man befristete Stellen ausschreiben soll. Aber die Lösung, die die SP/JUSO vorschlägt, finde ich gut. Der Leerwohnungsstand der Stadt Bern lag im letzten Jahr bei 0.6 und dieses Jahr bei 0.45. Wenn wir weiterhin beim Stadtplanungsamt so kürzen, liegen die Tendenzen im nächsten Jahr wohl bei 0.3.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Was Pascal Rub gesagt hat, mag arithmetisch stimmen, aber so macht man keine Politik. Man kann nicht einfach schauen, wie viel fehlt, um auf Null zu kommen. So trifft man politische Fehlentscheide. Man sagt in dieser Stadt seit Jahr und Tag, dass zu wenig gebaut wird und dass man die Steuereinnahmen verbessern will. Man will etwas gegen den Leerwohnungsbestand machen. Sie reichen 1000 Vorstösse ein und nun wollen Sie das Stadtplanungsamt zusammenstreichen. Wir haben klar eine befristete Stelle beantragt, um den Planungsstau, den wir aufgezeigt haben, aufzufangen. Zum Beispiel beim Mittel- oder Viererfeld könnten wir sofort anfangen. Die GFL/EVP hat gesagt, dass sie bereit wäre, dies mit Einzelkrediten aufzufangen. Deshalb kann ich verstehen, wenn man temporäre Stellen nicht bewilligen will. Der SP/JUSO-Antrag ist richtig gestellt, er sagt nämlich, dass Honorarkredite beschlossen werden, die an das Versprechen des Gemeinderats gebunden sind. Diese dürfen nur für konkrete Einzelplanungen verwendet werden. Das war ja auch der Wunsch der SP/JUSO. Das würden wir machen, wenn Sie die Position nicht als befristete Stelle bewilligen, dafür aber als Honorarkredit. So würden wir das Geld nur brauchen, wenn wir bei Einzelplanungen externe Aufträge herausgeben. Dies würden wir dann vorgängig der Kommission mitteilen. Der Gemeinderat hat sich das Ziel gesetzt, in der Stadt 135'000 Einwohner zu haben. Wir wollen per Ende 2012 mit den Steuereinnahmen ausgeglichene Budgets haben, um wieder Spielraum zu haben. Dann muss man nicht am Anfang der Geschichte, nämlich bei den Grundlagen einer Stadtentwicklung, sparen. Antrag 15 erstaunt mich, weil er letztendlich gewerbefeindlich ist. Wenn man nicht plant, baut man nicht, wenn man nicht baut, hat weder der Maurer noch der Baumeister noch der Banker am Ende der Kette irgendwas. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem SP/JUSO-Antrag zuzustimmen.

Bernhard Eicher (FDP) für die FDP-Fraktion: Der Stadtpräsident prangert die Rechnungsweise von Pascal Rub an und sagt, dass man so keine Politik mache. Genau so macht man Poli-

tik – das heisst dann Finanzpolitik. Vielleicht hat ja irgendein Gemeinderatsmitglied dieses Wort auch schon mal gehört. Ich kann die Aussage, wonach der Antrag gewerbefeindlich sei, nicht nachvollziehen. Letztendlich kommt es nicht darauf an, wie viel Geld in die Planung gebuttert wird, um möglichst viel zu planen, sondern das Entscheidende ist, was Sie planen. Da gab es einfach massive Fehlplanungen. Das ist überhaupt nicht wirtschaftsfeindlich.

Daniel Klauser (EVP) für die GFL/EVP-Fraktion: Es geht darum, dass wir keinen massiven Stellenausbau beim Stadtplanungsamt wollen. In einer Situation, wo man ein Sparbudget vorlegt und in vielen Bereichen spart, kann man nicht einfach beim Stadtplanungsamt ausbauen. Zu Stéphanie Penher: Das Stadtplanungsamt baut keine Wohnungen. Also wenn wir jetzt drei Stellen bewilligen, heisst dies nicht, dass wir nächstes Jahr mehr Wohnungen haben. Das ist allenfalls etwas Längerfristiges. Alexander Tschäppät hat von Planungen gesprochen, bei denen man sofort loslegen könnte, beispielsweise beim Mittel- oder Viererfeld. In diesem Zusammenhang gab es runde Tische. Am runden Tisch sassen auch Leute aus dem Stadtrat. Es liegt also nicht an den Ressourcen des Stadtplanungsamt, dass nichts geschieht.

Rudolf Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Wir sind auch dafür, dass es ein Baugewerbe gibt und die Wirtschaft angekurbelt wird. Es kommt aber drauf an, wie intensiv eine Planung ist. Ich habe manchmal den Eindruck, dass alles bis ins letzte Detail geplant wird. Wenn man so detailliert plant, ist die Planung selbst die Verzögerung. Dann gibt es Stau. Man muss dann warten, bis das Stadtplanungsamt bereit ist, obwohl es vielleicht schon Investoren gibt.

Beat Zobrist (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Zu Daniel Klauser: Es gibt keinen massiven Stellenausbau, es geht um 2.5 Stellen. Bei unserem Antrag geht es nicht um einen Stellenausbau, sondern darum, dass man die Aufträge gezielt nach aussen vergeben könnte. Das ist der Unterschied. Planen ist in Geld investieren, das wieder kommt. Und wenn wir dort kürzen, wo dann die Investitionen kämen, ist dies ein schlechtes Zukunftsverhalten.

Daniel Klauser (EVP) für die GFL/EVP-Fraktion: Zu Beat Zobrist: Es geht nicht um eine Kürzung, sondern dass wir keinen Ausbau wollen. Zu den Honorarkrediten: Wir können als Stadtparlament beschliessen, dass in gewissen Produkten Kürzungen oder Erhöhungen vorgenommen werden. Der Antrag der SP ist identisch mit dem des Gemeinderats. Was der Gemeinderat mit dem Betrag genau macht, liegt in seiner Kompetenz. Der Antrag der SP/JUSO ist aus meiner Sicht nicht NSB-konform.

Beschluss

1. Antrag 15 (FD/SVPplus/GLP) obsiegt Antrag 15a (SP/JUSO) (44 Ja, 29 Nein).
2. Der Stadtrat stimmt Antrag 15 (FD/SVPplus/GLP) zu (46 Ja, 28 Nein).

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik

FSU-Referent *Peter Bühler* (SVP): Die Sitzung fand am 23. August dieses Jahres statt. Ich danke allen Beteiligten für die Kooperation. Es war sehr interessant zu sehen, dass die FPI sich selbst gut organisiert. Der Bilanzfehlbetrag von jährlich 12.5 respektive 25 Millionen Franken alle zwei Jahre gab zu diskutieren. Wir haben drei Anträge gestellt. Antrag 60 betrifft eine Steuerungsvorgabe. Dem Stadtrat wird beantragt, dass es eine neue Kennzahl 15 gibt. Und bei Antrag 61 fordern wir, dass der Kostendeckungsgrad von 90 auf 93 Prozent erhöht wird. Alle Anträge, die ich jetzt vorgestellt habe wurden in der Kommission einstimmig angenommen.

- | | | | |
|-------|-------------------|-------------|---|
| 57. a | S. 469;
630400 | PG SVP plus | Die PG 630400 Steuereinnahmen ist bei der Ertragsart 4001010 „Natürliche Personen, Einkommenssteuer“ um Fr. 400'000.00 zu kürzen. ³⁰ |
| 63. | S. 469;
630400 | PG SVP plus | Eventualantrag wurde zurückgezogen und als normaler Antrag eingereicht siehe neu Antrag 57 a)
Keine Abstimmung |

Robert Meyer (SD) für die SVPplus-Fraktion: Die Stadt Bern ist gesetzlich verpflichtet, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, da noch ein altrechtlicher Bilanzfehlbetrag besteht. Damit sind die Einnahmen vorgegeben. Deshalb sind wir der Meinung, dass man sich erst einmal mit der Einnahmeseite befassen muss, da sie die Vorgabe für die Ausgabenseite ist. Da befinden wir uns knapp unter einer Milliarde. Es ist ja sicher kein Zufall, dass wir nicht tiefer gelangten. Deshalb habe ich den Verdacht, dass man auf der Einnahmeseite beim einen oder andern Posten geschraubt hat. Aus diesem Grund habe ich den grössten Einnahmeposten, nämlich die Steuern der natürlichen Personen, genauer angeschaut. Es gibt nämlich auch eine Steuerschätzung des Kantons. Dann habe ich beide Steuerschätzungen verglichen. Es sind keine ausserordentlichen Abweichungen, aber der Kanton rechnet von 2009 auf 2010 mit 1.5 Prozent Steigerung, die Stadt nur mit 1.4 Prozent. Von 2010 auf 2011 rechnet der Kanton mit 0.72 Prozent, die Stadt mit 1 Prozent. Wenn man dies jetzt in Beträgen ausrechnet, kommt man auf rund 850'000 Franken. Bei Ausfall von Revisionen rechnet der Kanton mit 2 Prozent, die Stadt hingegen mit einem höheren Betrag. Durch diese Rechnungen kam ich auf einen Betrag von 400'000 Franken. Ich bin der Meinung, dass man diesem Antrag im Sinne der Klarheit und Wahrheit zustimmen muss. Wenn Sie zustimmen, haben Sie ein objektiveres Budget. Das Budget sieht etwas schlechter aus, aber die effektiven Einnahmen werden einfach so sein, wie sie sein werden. Im Sinne der Transparenz bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

FPI-Direktorin *Barbara Hayoz*: Die ganze Frage des Steuerertrags ist keine exakte Wissenschaft und wer am Schluss recht hat, zeigt das Ergebnis von 2011. Es wäre aber hier zu gefährlich, vom Kanton auf die Stadt zu schliessen und ich kann Ihnen versichern, dass bei der Steuerverwaltung immer sehr vorsichtig budgetiert wird. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Es geht um eine Scheingenaugigkeit nach unten und oben. Das macht hier gar keinen Sinn.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Antrag 57a (SVPplus) ab (15 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltung).

- | | | | |
|-----|--------------------------------------|--------|---|
| 58. | S. 476; Perso-
nalamt
(640120) | GB/JA! | Erhöhung der Nettokosten des Produkts P640120 Leistungen für die Verwaltung um Fr. 1'400'000.00 auf Fr. 3'281'735.96. ³¹ |
|-----|--------------------------------------|--------|---|

³⁰ Die Steuereinnahmen sind eher optimistisch geschätzt. Die Kantonale Steuerbehörde rechnet mit einer Steigerung der Einnahmen 2009-2010 um 1.4% und 2010-2011 um 0.72%, während im vorliegenden Budget mit 1.5% bzw. 1% gerechnet werden. Auch wenn hingegen die Ausfälle durch die kantonale Steuerrevision von der Stadt höher als vom Kanton geschätzt werden, verbleiben doch ca. Fr. 400'000. Da hier eine vermutlich zu optimistische Schätzung vorliegt, ist im Sinne eines objektiven Budgets dieser Einnahmeposten zu kürzen.

³¹ Der Betrag entspricht 0.5% der Lohnsumme. Falls die Teuerung im November nicht 1% beträgt und gemäss Personalreglement nicht ausgeglichen werden muss, soll der Betrag zu einem Teilausgleich oder einer Lohnerhöhung verwendet werden. Damit bleiben die Löhne der Stadt Bern eher konkurrenz-

Christine Michel (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Der Gemeinderat hat Anfang des Jahres, zu Beginn des Budgetprozesses, entschieden, den Teuerungsausgleich für das Personal im nächsten Jahr nicht zu budgetieren. Nach Personalreglement ist der Teuerungsausgleich in der Regel ausgeglichen, wenn er 1 Prozent oder mehr beträgt. Die Teuerung über das ganze Jahr hinweg wird momentan vom Bundesamt für Statistik auf 1.1 Prozent geschätzt. Es ist uns bewusst, dass die Stadt immer den November nimmt und ihn als Basisindex mit dem November des vergangenen Jahres vergleicht. Deshalb stellen wir den Antrag, dass man nicht 1 Prozent budgetiert, sondern 0.5 Prozent. Es ist aus unserer Sicht besser, wenn der Teuerungsausgleich budgetiert ist, als dass man Nachkredite stellen muss. Dies erlaubt auch einen Teilausgleich während des Jahres und die Stadt gerät nicht ins Hintertreffen. Es erlaubt auch einen Ausgleich unter 1 Prozent und gibt Spielraum. Wir sind der Meinung, dass das Personal dies verdient hat. Damit bleiben auch die Löhne der Stadtangestellten eher konkurrenzfähig. Die Leute profitieren vom Aufschwung, ihre Kaufkraft wird gestärkt. Wir wissen auch, dass grosse Krankenkassenprämien-Erhöhnungen ins Haus stehen. Schlussendlich profitieren dann auch wieder die Steuereinnahmen der Stadt Bern.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die GFL/EVP-Fraktion: Der Teuerungsausgleich wird aufgrund des Personalreglements ausbezahlt. Unsere Finanzprofis haben in Bezug auf das Budget 2011 die Prognose gestellt, dass aufgrund des Reglements kein Teuerungsausgleich ausbezahlt werden muss. Wenn unsere Fraktion den Antrag ablehnt, heisst dies nicht, dass wir den Angestellten etwas vorenthalten wollen, sondern dass wir auf die Prognose vertrauen und falls sie nicht ganz so eintreffen sollte, sind wir mit einem Nachkredit einverstanden.

Giovanna Battagliero (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Wir sind bereit, den Betrag ins Budget aufzunehmen und dem Antrag zuzustimmen. Ob und wie der Betrag dann verwendet werden soll, überlassen wir den Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern und dem Gemeinderat.

Rudolf Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Wir schliessen uns dem Votum von Barbara Streit an. In der Begründung Fussnote 32 heisst es, dass, falls man laut Reglement nicht ausgleichen muss, der Betrag von 1.4 Millionen Franken für den Teilausgleich oder für Lohnerhöhungen verwendet werden soll. Also das Geld ist dann laut Auffassung der Antragssteller einfach weg. Wenn das Geld einmal im Budget ist, bedeutet dies, dass es dort bleiben und gebraucht werden soll. Es ist besser, wenn wir dies nicht ins Budget aufnehmen. So muss die Verwaltung wieder zu uns kommen, um einen Nachkredit zu stellen. Wenn laut Reglement der Ausgleich nötig ist, dann müssen wir ihn auch bewilligen. Und für diesen Fall ist der Nachkredit genau das Richtige.

FPI-Direktorin *Barbara Hayoz*: Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen und keine weiteren Spielregeln aufzustellen. Wir haben eine bewährte Sozialpartnerschaft, die jeweils den Teuerungsausgleich aushandelt, basierend auf dem Novemberindex. Dies ist anerkannt und wird seit Jahrzehnten so gemacht. Ich kann Ihnen auch sagen, wo wir momentan stehen: Wir haben den ausgeglichen Index 109.3 und haben gegenwärtig eine Teuerung 108.8. Das bedeutet, dass wir einen Vorsprung, beziehungsweise eine Negativentwicklung haben. In diesem Sinne hat unser Personal bereits einen Vorsprung auf den Index. Wir gehen davon aus, dass dies innerhalb der nächsten zwei Monate auch keinen grossen Sprung machen wird. Jedenfalls nicht in der Höhe, die wir gemäss Personalreglement ausgleichen müssten.

fähig, die Mitarbeitenden profitieren etwas vom Wirtschaftsaufschwung und können ihren Kaufkraftverlust (insb. Erhöhung Krankenkassenprämie) abfedern.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Antrag 58 (GB/JA!) ab (28 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung).

- | | | | |
|-----|--|-----|---|
| 59. | S. 479; Personalamt (640100) | FSU | Neue Kennzahl 14: Kostendeckungsgrad für das freiwillige Aus- und Weiterbildungsangebot |
| 60. | S. 479; Personalamt (640100) | FSU | Neue Kennzahl 15: Aufwand Organisationsberatung intern (in h) |
| 61. | S. 501; Schul- und Büromaterialzentrale (660300) | FSU | Änderung Steuerungsvorgabe:
Der Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen Logistik, Entsorgung, Postdienste und Reparaturdienst (660310 und 660320) ist auf 93 % [statt 90.0%] zu erhöhen. |

Beschluss

Anträge 59 bis 61 (FSU) sind unbestritten und werden genehmigt.

- | | | | |
|-----|--------------------|--------|---|
| 62. | S. 504 StaBe (110) | GPB-DA | Neues Produkt schaffen (P 130) für Rückstellung Sanierung Stadttheater- Gebäude Fr. 5'000'000.00 zulasten P110 (Gewinnablieferung reduziert sich damit auf Fr. 15'334'000.00 ³²) |
|-----|--------------------|--------|---|

Luzius Theiler (GPB-DA): Laut StaBe-Reglement und dem Rahmenvertrag zwischen der Stadt und den StaBe ist es die Aufgabe der StaBe, ihre Gebäude richtig zu pflegen. Vor kurzen haben wir eine Diskussion über das Stadttheater geführt und dabei festgestellt, dass ein grosser Sanierungsnachholbedarf am Stadttheater bestehen. Da muss man die StaBe zur Verantwortung ziehen. Mindestens so lange sie noch besteht. Die StaBe haben den Unterhalt seit ihrem Bestehen sträflich vernachlässigt. Die Stadt hat da mitgemacht, weil dies das Rechnungsergebnis geschönt hat, indem die Gewinnablieferung der StaBe grösser wurde. Aber das Resultat ist, dass wir nun in vielleicht zwei Jahren über grosse Sanierungskredite entscheiden müssen. Da müssen wir dann schauen, woher wir das Geld nehmen. Die Stadt muss dies nicht alles selbst bezahlen, aber wahrscheinlich ungefähr die Hälfte. Da jeder Liegenschaftsbesitzer Rückstellungen machen muss, sollten die StaBe dies auch tun. Das Argument der StaBe ist, dass das Stadttheater zu wenig Miete bezahlt hat und deshalb kein Unterhalt gemacht wurde. Das ist in meinen Augen keine Begründung. Sie ist nicht gedeckt durch das StaBe-Reglement und den Rahmenvertrag. Der Unterhalt muss unabhängig vom Mietertrag gemacht werden. Bei diesem Posten ist eine Summe von über 3 Millionen Franken für den Kirchenunterhalt bereitgestellt. Das ist eine Aufgabe von StaBe und damit von der Stadt. Ich sehe nicht ein, weshalb die Stadt verpflichtet ist, angeblich nach einem Vertrag des vorletzten Jahrhunderts, alle Kirchen zu sanieren. Aber dort ist das Geld auch bereitgestellt. Und so wie es für die Kirchen bereitgestellt ist, sollte es auch für die Stadttheatersanierung bereitgestellt werden.

FPI-Direktorin *Barbara Hayoz*: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Die Finanzierung der Stadttheatersanierung erfolgt nicht durch die StaBe, deren über den Leistungsvertrag vergütete Mieten dazu nicht ausreichen. Die Finanzierung erfolgt über Investitionsbeiträge. Das

³² Das im Eigentum der StaBe befindliche Stadttheater-Gebäude muss in den nächsten Jahren mit Investitionen von geschätzten 20 bis 50 Mio. Franken saniert werden. Gemäss Leistungsauftrag mit StaBe (Art. 6 Abs. 2 StaBeR) sorgt diese für die Instandhaltung und die Instandsetzung der Liegenschaften. Diese Verpflichtung gilt unabhängig von den Mieteinnahmen.

heisst, Beiträge der Finanzierungsträgerinnen Kanton, Stadt und Agglomeration. Also wäre dies bei der Stadt die Investitionsrechnung bei der Abteilung Kulturelles. Dafür wird dann aber eine Volksabstimmung nötig sein. Würden die StaBe die Rückstellung bilden, so reduzierten sich auf dem Buckel der Stadt die einzelnen Investitionsbeiträge von Kanton und Region. Also schiessen wir uns selbst in den Fuss. Das macht überhaupt keinen Sinn. Wir haben dies im Vorfeld Luzius Theiler zu erklären versucht, aber er hat den Antrag jetzt doch gestellt und ich bitte Sie vehement, ihn abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt Antrag 62 (GPB-DA) ab (3 Ja, 68 Nein, 2 Enthaltungen).

Kenntnisnahme Budget Stadtbauten (StaBe)

AK-Präsident *Hans Peter Aeberhard*: Sie sehen auf Seite 205 des PGB eine sogenannte Finanztechnische Dienststelle zur Darstellung der Gewinnablieferung der Stadtbauten an die Stadt. Dort sieht man, dass der Gesamtaufwand der ganzen Dienststelle 3'062'098.20 Millionen Franken beträgt. Das heisst mit anderen Worten, das sind die von Luzius Theiler erwähnten Kirchenunterhaltskosten, die dort als Aufwand entstehen, gegenüber einem Erlös von 20'334'000 Millionen Franken. Das ist der Betrag, den die StaBe gemäss Beschluss des Gemeinderats abzuliefern haben. Das ist die Gewinnablieferung. Damit haben wir einen Nettoerlös der finanztechnischen Dienststelle von 17.2 Millionen Franken und einen Kostendeckungsgrad von 664.1 Prozent. Das ist phänomenal. Wir haben uns im Übrigen mit der effektiven Budgetierung innerhalb von StaBe befasst und diese einstimmig mit positiven Schlussfolgerungen zur Kenntnis genommen. Die StaBe funktionieren immer noch und machen ihre Arbeit gut. Ausserdem ist ein Neuanfang beim Personal unterwegs.

FPI-Direktorin *Barbara Hayoz*: Zum ersten Mal seit über zehn Jahren ist das Budget innerhalb einer einzigen Sitzung beraten worden. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie froh ich bin, dass ich dies erleben durfte. Wir haben momentan ein Defizit von 119'934 Franken aus dieser Beratung gegenüber dem Budget, das wir vorgelegt haben. Wir gedenken den Betrag von 119'934 Franken über eine reduzierte Abschreibung auf dem Bilanzfehlbetrag zu kompensieren. Das bedeutet, dass wir dies bei den 12.5 Millionen Franken abziehen und etwas weniger abbauen, als wir geplant haben. Wir haben nach dieser Korrektur auf der Position Bilanzfehlbetrag bei Aufwand und Ertrag von je 986'101'421.14 Franken ein Produktgruppen-Budget, das ausgeglichen abschliesst, das sind 13'884 Millionen weniger, als wir ursprünglich veranschlagt haben.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt Ziffer 1 des Gemeinderatsantrag zu (53 Ja, 20 Nein). *Abst.-Nr. 073*
2. Der Stadtrat stimmt dem bereinigten Budget zu (39 Ja, 33 Nein). *Abst.-Nr. 074*

Abstimmungsbotschaft

- 63 a) S. 6 GLP Letzter Abschnitt neu: der nächste Integrierte Aufgaben- und Finanzplan 2012-2015 vom März 2011 wird deshalb grössere Sparanstrengungen beinhalten müssen, um in den Jahren 2012-2015

zu einem ausgeglichenen Budgetergebnis zu kommen.³³

Michael Köppli (GLP) für die GLP-Fraktion: Es geht uns darum, dass der Gemeinderat nicht nur den Auftrag hat, das nächste Budget ausgeglichen zu gestalten, sondern dass der ganze IAFP ausgeglichen gestaltet werden muss. Sonst werden die Schulden einfach weiter verschoben, in eine Regierung, die hoffentlich nicht von den Parteien GB oder SP dominiert ist. Vielleicht ist sie nach den nächsten Wahlen etwas anders zusammengesetzt und dann sollte sie mit einem ausgeglichenen IAFP ihre Arbeit aufnehmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Köppli zu (42 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 075*
2. Der Stadtrat stimmt der bereinigten Abstimmungsbotschaft zu (52 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 076*

Der Vorsitzende verabschiedet Charles Pfister, der heute das letzte Mal als Finanzverwalter der Budgetdebatte beiwohnte.

- Der Stadtrat hat alle Traktanden zu Ende beraten. -

³³ Es kann nicht sein, dass beim IAFP die Defizite einfach immer ein Jahr nach hinten verschoben werden. Der IAFP muss im Regelfall über die ganzen vier Jahre ausgeglichen sein.

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Motion Fraktion SVPplus (Peter Bühler, SVP): Umbenennung des Bärengrabens in Bärenpark
2. Interpellation Fraktion GB/JA! (Judith Gasser/Stéphanie Penher, GB): Begegnungszone Mittelstrasse: auch für Fussgängerinnen und Fussgänger
3. Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Peter Bühler (SVP): Steuergeldverschleuderung bei der Gesamtanierung Schwarztorstrasse 71
4. Kleine Anfrage Martin Schneider (BDP): Sicherheit in Berns Schulen – oder Feueralarm mit dem Posthorn?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.45 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Franziska Meyer*

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Friedli	Rudolf	SVP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Höfer	Jimmy	partellos	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jakob	Roland	SVP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Meyer	Robert	SD	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schmidt	Alexander	FDP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Wasserfallen	Peter	SVP	Nein
Weil	Thomas	SVP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Ammann	Peter	GLP	Ja
Aniker-Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Bietenhard	Sonja	BDP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Espinosa	Tania	GFL	Ja
Fischer	Regula	GPB-DA	Ja
Gasser	Judith	GB	Ja
Glauser	Jeanette	GB	Ja
Götsch	Thomas	SP	Ja
Grossi	Guglielmo	SP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Gutzwiller	Lukas	GFL	Ja

Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Klausner	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Köppli	Michael	GLP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Kusano	Lea	SP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Mäder	Martin Michel	BDP	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Pinto	Halua	SP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sollberger	Tanja	GLP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
Walliser	Tanja	JUSO	Ja
Wertli	Béatrice	CVP	Ja
Widmer	Manuel C.	GFL	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Frieden	Urs	GB	****
Gafner	Jacqueline	FDP	
Grosjean	Claude	partellos	
Jordi	Stefan	SP	
Schoch-Meyer	Silvia	SP	
Trachsel	Martin	EVP	
von Greyerz	Nicola	SP	

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Ammann	Peter	GLP	Nein
Barlome	Vinzenz	BDP	Nein
Bertschy	Kathrin	GLP	Nein
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Nein
Bietenhard	Sonja	BDP	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Friedli	Rudolf	SVP	Nein
Glauser	Simon	SVP	Nein
Gubser	Beat	EDU	Nein
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Nein
Höfer	Jimmy	partellos	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jakob	Roland	SVP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Kohli	Vania	BDP	Nein
Köppli	Michael	GLP	Nein
Leibundgut	Edith	CVP	Nein
Mäder	Martin Michel	BDP	Nein
Meyer	Robert	SD	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schmidt	Alexander	FDP	Nein
Schneider	Martin	partellos	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Sollberger	Tanja	GLP	Nein
Wasserfallen	Peter	SVP	Nein
Weil	Thomas	SVP	Nein
Wertli	Béatrice	CVP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Aniker-Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja

Espinosa	Tania	GFL	Ja
Gasser	Judith	GB	Ja
Glauser	Jeanette	GB	Ja
Götsch	Thomas	SP	Ja
Grossi	Guglielmo	SP	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Gutzwiller	Lukas	GFL	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Klausner	Daniel	GFL	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Kusano	Lea	SP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Pinto	Halua	SP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
Walliser	Tanja	JUSO	Ja
Widmer	Manuel C.	GFL	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Frieden	Urs	GB	****
Fischer	Regula	GPB-DA	
Gafner	Jacqueline	FDP	
Grosjean	Claude	partellos	
Jordi	Stefan	SP	
Schoch-Meyer	Silvia	SP	
Trachsel	Martin	EVP	
von Greyerz	Nicola	SP	

**** Präsidentin stimmt nicht

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 16.09.2010 22:39:40

Datum / Zeit des Ausdruckes: 16.09.2010 22:40:10

Aniker-Mansour	Cristina	GB	Nein
Battagliero	Giovanna	SP	Nein
Bill	Lea	JAI	Nein
Chheng	Rithy	SP	Nein
Fischer	Regula	GPB-DA	Nein
Gasser	Judith	GB	Nein
Glauser	Jeanette	GB	Nein
Götsch	Thomas	SP	Nein
Grossi	Guglielmo	SP	Nein
Gül	Leyla	SP	Nein
Keller	Ruedi	SP	Nein
Kusano	Lea	SP	Nein
Lehmann	Annette	SP	Nein
Marti	Ursula	SP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Michel	Christine	GB	Nein
Mordini	Patrizia	SP	Nein
Penher	Stéphanie	GB	Nein
Pinto	Halua	SP	Nein
Ruch	Rahel	JAI	Nein
Sancar	Hasim	GB	Nein
Schoch-Meyer	Silvia	SP	Nein
Schwarz	Miriam	SP	Nein
Sönmez	Hasim	SP	Nein
Theiler	Luzius	GPB-DA	Nein
Trede	Aline	GB	Nein
Vollmer	Gisela	SP	Nein
Walliser	Tanja	JUSO	Nein
Zbinden	Rolf	PdA	Nein
Zobrist	Beat	SP	Nein
Aeberhard	Hanspeter	FDP	Ja
Ammann	Peter	GLP	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Ja
Bietenhard	Sonja	BDP	Ja
Blaser	Manfred	SVP	Ja
Bühler	Peter	SVP	Ja
Dana	Dolores	FDP	Ja

Eicher	Bernhard	JF	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Espinosa	Tania	GFL	Ja
Friedli	Rudolf	SVP	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Ja
Gutzwiller	Lukas	GFL	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Höfer	Jimmy	partellos	Ja
Imhof	Mario	FDP	Ja
Jaisli	Ueli	SVP	Ja
Jakob	Roland	SVP	Ja
Jost	Dannie	FDP	Ja
Klausner	Daniel	GFL	Ja
Kohli	Vania	BDP	Ja
Köppli	Michael	GLP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Leibundgut	Edith	CVP	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Mäder	Martin Michel	BDP	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Rub	Pascal	FDP	Ja
Schmidt	Alexander	FDP	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Seydoux	Yves	FDP	Ja
Sollberger	Tanja	GLP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Wasserfallen	Peter	SVP	Ja
Weil	Thomas	SVP	Ja
Wertli	Béatrice	CVP	Ja
Widmer	Manuel C.	GFL	Ja
Zimmerli	Christoph	FDP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Erh.
Frieden	Urs	GB	****
Gafner	Jacqueline	FDP	
Grosjean	Claude	partellos	
Jordi	Stefan	SP	
Trachsel	Martin	EVP	
von Greyerz	Nicola	SP	

Aeberhard	Hanspeter	FDP	Nein
Blaser	Manfred	SVP	Nein
Bühler	Peter	SVP	Nein
Dana	Dolores	FDP	Nein
Eicher	Bernhard	JF	Nein
Friedli	Rudolf	SVP	Nein
Imhof	Mario	FDP	Nein
Jaisli	Ueli	SVP	Nein
Jakob	Roland	SVP	Nein
Jost	Dannie	FDP	Nein
Mathieu	Corinne	SP	Nein
Meyer	Robert	SD	Nein
Rub	Pascal	FDP	Nein
Schmidt	Alexander	FDP	Nein
Seydoux	Yves	FDP	Nein
Wasserfallen	Peter	SVP	Nein
Weil	Thomas	SVP	Nein
Zimmerli	Christoph	FDP	Nein
Ammann	Peter	GLP	Ja
Aniker-Mansour	Cristina	GB	Ja
Bahnan Buechi	Rania	GFL	Ja
Barlome	Vinzenz	BDP	Ja
Battagliero	Giovanna	SP	Ja
Bertschy	Kathrin	GLP	Ja
Beuchat	Henri-Charles	CVP	Ja
Bietenhard	Sonja	BDP	Ja
Bill	Lea	JAI	Ja
Chheng	Rithy	SP	Ja
Conzetti	Conradin	GFL	Ja
Elsener	Susanne	GFL	Ja
Espinosa	Tania	GFL	Ja
Gasser	Judith	GB	Ja
Glauser	Jeanette	GB	Ja
Glauser	Simon	SVP	Ja
Götsch	Thomas	SP	Ja
Grossi	Guglielmo	SP	Ja
Gül	Leyla	SP	Ja
Gutzwiller	Lukas	GFL	Ja
Hirsbrunner	Kurt	BDP	Ja
Höfer	Jimmy	partellos	Ja
Keller	Ruedi	SP	Ja
Klausner	Daniel	GFL	Ja

Kohli	Vania	BDP	Ja
Köppli	Michael	GLP	Ja
Künzler	Peter	GFL	Ja
Kusano	Lea	SP	Ja
Lehmann	Annette	SP	Ja
Lutz-Beck	Daniela	GFL	Ja
Marti	Ursula	SP	Ja
Mathieu	Corinne	SP	Ja
Meyer	Robert	SD	Ja
Michel	Christine	GB	Ja
Mordini	Patrizia	SP	Ja
Penher	Stéphanie	GB	Ja
Pinto	Halua	SP	Ja
Ruch	Rahel	JAI	Ja
Sancar	Hasim	GB	Ja
Schneider	Martin	partellos	Ja
Schoch-Meyer	Silvia	SP	Ja
Schwarz	Miriam	SP	Ja
Sollberger	Tanja	GLP	Ja
Sönmez	Hasim	SP	Ja
Streit-Stettler	Barbara	EVP	Ja
Theiler	Luzius	GPB-DA	Ja
Trede	Aline	GB	Ja
Vollmer	Gisela	SP	Ja
Wertli	Béatrice	CVP	Ja
Widmer	Manuel C.	GFL	Ja
Zbinden	Rolf	PdA	Ja
Zobrist	Beat	SP	Ja
Gubser	Beat	EDU	Erh.
Frieden	Urs	GB	****
Fischer	Regula	GPB-DA	
Gafner	Jacqueline	FDP	
Grosjean	Claude	partellos	
Jordi	Stefan	SP	
Leibundgut	Edith	CVP	
Mäder	Martin Michel	BDP	
Trachsel	Martin	EVP	
von Greyerz	Nicola	SP	
Walliser	Tanja	JUSO	

**** Präsidentin stimmt nicht

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 16.09.2010 22:42:44

Datum / Zeit des Ausdruckes: 16.09.2010 22:43:12